

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 1,10 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus...

Vorwärts

Die Interlons-Gebühr
Bekannt für die 1. Abgabene Kolonialzeitung oder deren Raum 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 23. Februar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Junker gegen das Volk!

Man muß es den Junkern lassen: so unerfährlich auch ihre Begehrlichkeit ist und so brutal sie sich aller politischen Entwicklung und allen modernen Kulturidealen widersetzen...

Diese, wenn man so sagen will, Tugenden ihrer ins Kolossale ausgewachsenen Fehler konnte man wieder besonders studieren in der Generalversammlung des Bundes der Landwirte, die am Montag unter dem üblichen kolossalen Andrang im Zirkus Busch stattfand...

Von einer Blockpolitik in dem Sinne, daß dem Liberalismus ab und zu, um nach außen seine Bettlerblöße decken zu können, ein kümmerliches Konzessionsbewilligt werde...

Wir haben dann aber auch im verflochtenen Jahre in einer ganzen Reihe von anderen Bundesstaaten bei den Wahlen mitgewirkt. Im Geschäftsbericht sind sie alle aufgezählt: in Posen, in Oldenburg, Anhalt, Gotha, den beiden Schwarzburg, in Lippe und in Waldeck...

Mit diesem wachsenden Einfluß des hinter dem Bunde stehenden Junkertums auf den Reichstag, die Landtage, den Bundesrat, die Kreis- und Provinziallandtage begnügt sich freilich der Bund nicht...

sein! Erteilte doch Herr Diederich Hahn dem derzeitigen Landwirtschaftsminister unter johndem Beifall folgenden offiziellen Ruffel:

„Und noch ein freimütiges Wort! Wenn ich mir ansehe, wie wenig man den Einfluß des jetzigen Herrn Landwirtschaftsministers in der jetzigen Politik merkt (Hört! hört!) und sehr richtig!), bei der Veranung der Gesetzesvorlagen, die uns zurzeit mit schwerer Sorge erfüllt...

Aber nicht nur den agrarischen Brot- und Fleischwucherinteressen, nicht nur der Abwehr dem Krautjunkerum unbequemer Steuern gilt der politische Kampf des Bundes der Landwirte, der Junkerschuttruppe, hinter der, wie Dr. Hahn triumphierend verkündete, bereits 309 000 Bundesmitglieder stehen...

Schon der erste Redner, Freiherr v. Wangenheim, wertete gegen eine Erweiterung der Rechte des Parlaments, gegen den Übergang zur parlamentarischen Regierung, gegen die Anträge auf Wahlrechtsänderung im preussischen Abgeordnetenhaus:

„Wenn aber jetzt die Demokratie glaubt, daß der Augenblick gekommen sei, um durch die Wahlrechtsänderung in Preußen, durch die Erweiterung der Rechte des Reichstages die ganzen politischen Verhältnisse in unserem Vaterlande umzuführen: uns und den gesamten Mittelstand werden sie bei diesen Bestrebungen immer auf ihrem Wege finden. (Lebhafte Beifall.) Und gerade an die Herren, welche leuchtend ist immer unternehmen, da, wo es in ihre Rechnung paßt, Verfassungsänderungen zu beantragen, möchte ich die Warnung richten, daß die Sache sich auch einmal undrehen kann, daß wir es in den Republiken in Deutschland, in den Hansestädten, erlebt haben, auch Momente kommen könnten, wo eine Verfassungsrevision, die weniger nach ihren Wünschen ist, in anderer Richtung herbeigeführt würde. (Sehr richtig!)“

Die folgenden Redner spannen diesen Faden weiter. Und gleich der erste Diskussionsredner, der famose Janschauer Oldenburg, schlug förmlich mit dem Dreiflügel auf die preussische Wahlreform los, die doch die Thronrede, mit der vor ein paar Monaten der preussische Landtag eröffnet wurde, feierlich verheißt und als wichtigste Aufgabe bezeichnen hat!

Der große Schöpfer unserer Reichsverfassung, Fürst Bismarck, hat dem Wahlrecht im Reiche gegenübergestellt die Pflicht, an den indirekten Steuern teilzunehmen und er hat in den konservativen Verfassungen der Einzelstaaten ein Gegengewicht gegen den Reichstag geschaffen. Aber wir sehen, daß, wenn der eine Bundesstaat mit einer Verfassungsänderung beginnt, der andere nachkommt. Jetzt soll es auch in Preußen geschehen. Vor zwei Jahren noch machten wir in Preußen die sogenannte kleine Verfassungsänderung. Dummerweise habe ich sie auch mitgemacht. (Weiterkeit.) Wir haben zehn neue Sitze geschaffen, von denen sieben der Sozialdemokratie zugefallen sind. (Hört! hört!) Herr v. Wetmann-Hollweg hat damals erklärt, in absehbarer Zeit sei an eine Aenderung der preussischen Verfassung nicht zu denken. Jetzt stehen wir mitten drin in dem Ruße: Die Verfassung in Preußen hat sich überlebt, sie muß geändert werden! (Hört! hört!) Bricht die preussische Verfassung, bricht der Damm, der in Preußen die ruhige Bevölkerung verbindet mit einem starken Königtum, bricht der Damm, der ein ruhiges Arbeiten der Staatsmaschine garantiert, dann bekommen Sie den Guß aus erster Hand mit und dieser Guß wird fort schwemmen die Grundpfeiler und die Throne werden trachen und aus der Flut wird auferstehen der Einheitsstaat, der nur eine Etappe ist auf dem Wege zur deutschen Republik. (Lebhafte Zustimmung.)

Noch viel wilder legte sich der ehemalige Staatsminister v. Bobbelski ins Zeug, der berühmte Schweinezüchter und Gatte der Teilhaberin der berühmten Kolonialfirma Toppelkirch:

„Ich komme dann zum Wahlrecht, das Herr v. Oldenburg sehr zutreffend gekennzeichnet hat. Wir können unmöglich mit einem Reichstage arbeiten, dem das Gegengewicht des Oberhauses fehlt. Es nicht diese Ordnung im Reiche eingetreten ist, können wir nie und nimmer in die Frage eintreten, ob und wie in Preußen in eine Aenderung des Wahlrechts eingetreten werden könnte. (Stürm. Beifall.) Ich verstehe wohl, daß die Städte, die sogenannte Intelligenz, das Bestreben haben, auch das Land zu regieren und uns nach ihrer Pfeife tanzen zu lassen. Einen schwereren Fehler könnten wir nicht begehen. Die dümmsten Hälder wählen ihre Regier selber. (Stürmische Beifall.)“

Es ist nicht meine Gewohnheit, politische Gegner zu verunglimpfen und ich will gegen niemand den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit erheben. Aber jenen Härdern, die in der Stadt die Massen verführen und wenn die Massen auf die Straße stürmen hinter dem Ofen sitzen bleiben, muß gesagt werden, daß in Preußen, in Deutschland zu allen Zeiten der Aufregungen hat: Die Führer an die Front. So müssen auch die politischen Führer für das Eintreten, wozu sie die Massen veranlassen. Ich frage aber über diesen Raum hinaus unsere bürgerliche Bevölkerung: Sollen diese Leute, die an dem Tage, wo der König von England Gast des Kaisers, Gast der Stadt Berlin und Gast des deutschen Volkes war, es wagten, die deutsche Fahne herunterzureißen und in den Schmutz zu ziehen, ob diesen verführten Massen dauernd die Macht durch das allgemeine Stimmrecht gegeben werden soll. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Sie werden zugeben, daß der Bürgerstand sich unmöglich diesen Folgerungen unterwerfen kann, die aus diesem allgemeinen Wahlrecht hervorgehen.“

Noch hübscher als Herr v. Bobbelski, der Exminister und Teilhaber jener Kolonialfirma, die so viele Hunderttausende an dem südwestafrikanischen Zusammenbruch gewonnen, verstand es der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Herr Dr. Dertel, eine preussische Wahlrechtsreform nicht nur als das Ende der Junkerherrschaft, sondern auch als das des deutschen Kaiserthrones zu verhorreskieren:

„Den Haß der Sozialdemokratie verstehe ich vollständig. Es ist noch gar nicht lange her, daß die offizielle Wochenschrift der Sozialdemokratie sagte, die letzte Entscheidung würde zwischen der Sozialdemokratie und dem Bund der Landwirte fallen (Juruf: Man löst Große Heiterkeit). Herr v. Bobbelski hat schon von den Straßendemonstrationen gesprochen. Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich die Nachsicht der Polizei manchmal nicht verstanden habe (Sehr richtig), und daß ich es lebhaft bedaure, daß es in Dresden soweit hat kommen können, daß dem König von einer fälschlich erzeugten Menge böhnische Jurufe gemacht wurden. Ich leugne nicht, daß diese Demonstrationen ungeheuer bedenklich sind. Sie mögen manchem als Ankerlücken erscheinen, aber sie sind Exerzieren für das Feuer der Revolution (Sehr richtig!). Die Massen sollen einexerziert werden für den großen Tag der Entscheidung. Nun, jeder Bauer, der ruhig hinter seinem Pfluge hergeht und über den Acker schänd schreit, ist ein Gegendemonstrant von solcher Macht, daß diese Demonstrationen daran scheitern werden. (Großer Beifall.) Bis am Tage des englischen Königbesuches Demonstranten zurückweichendes Militär umringten, da kommandierte der Leutnant einfach Tritt gefaßt, vorwärts marsch und unter diesen Schritten preussischer Soldaten zertrüben die Demonstranten in alle Winde. (Stürmischer Beifall.) Wenn die großen, die letzten, die satanischen Demonstrationen eintrifft stattfinden werden, dann kommen die Bauernscharen und ihre Führer werden kommandieren Tritt gefaßt! Dann werden die Bauern die Schammellen und Blutwellen der Revolution zerstreuen. (Juruf: Über sicher! Stürmische Heiterkeit.) Vorangetragen wird uns die grüne Flagge mit dem schwarzen Kreuz und auf der Fahnenstange oben befindet sich die deutsche Kaiserkrone! (Minutenlanger Beifall und Händeklatschen.)“

Knoten-Dertel kennt das Rezept, nach dem bündlerische Reden fabriziert werden, am besten. Er mischt zu gleichen Teilen agrarischen Ausbeutergimm über das Erbrechen der preussischen Geloten zur Menschenwürde und politischem Rechtsbewußtsein mit blutroter Revolutionsprophetie und faustisch aufgetragenem Hygantinismus. Ein Rezept, das freilich jedem bündlerischen Demagogen bekannt ist, denn in jeder der Reden lehrte die Verhöhnung des Revolutionsfurchts, lehrte in widerlichstem Reklamestil die stereotype Beteuerung wieder, daß die Landbündler die sichersten Stützen des Thrones seien und dessen rote Feinde zerstampfen würden. So trompete auch Herr Dietrich Hahn:

„Unser Vaterland kann seine Stellung in Europa nur behaupten, wenn es einen zahlreichen gutgestellten Mittelstand und eine kräftige Landwirtschaft hat, die das Fundament des Reiches bilden. Dann wird Se. Majestät mit Ruhe in die Zukunft blicken können. Wenn auch einmal die Schritte der Arbeiterbataillone auf dem Asphalt ertönen, darüber brauchen wir uns keine Sorge zu machen. Solange die Bataillone der Agrarier Se. Majestät zur Verfügung stehen, so lange hat es keine Not. (Stürmischer endloser Beifall.) Solange die Landwirtschaft die Mehrzahl der Soldaten stellt, solange mögen die Proletarier und die Volkenschieber (Weiterkeit), die alle diese Theorien zugunsten der Massen erfunden haben, drohen; sie werden nichts anrichten können. Das kann aber nur geschehen, wenn wir eine starke Landwirtschaft haben. Der festeste Hort jedoch für die Landwirtschaft und damit für das Vaterland ist der Bund der Landwirte. Er lebe hoch!“

Dieser hygantinische Appell an die dynastischen Interessen, in dem sich namentlich auch Herr v. Wangenheim ganz Besondere leistete, diese bis zum Erbbrechen wiederholte Beteuerung der monarchischen Gesinnung paßte geradezu köstlich zu der Kriegserklärung, die die Herren Agrarier sowohl gegen die von der Regierung vertretene Nachlasssteuer, als auch besonders gegen die durch die Thronrede erfolgte Verheißung einer preussischen Wahlreform richteten. Aber das ist ja gerade der alte Junkertrick, sich monarchischer zu gebärden, als der Monarch selbst, die Interessen des Monarchen nachdrücklicher zu schützen, als dieser selbst es für zeitgemäß und angemessen hält! Der König absolut, damit er den Junkern den Willen tut! Einen konstitutionellen, einen den Interessen des Volkes Rechnung tragenden Monarchen können ja unsere Krauthunker nicht gebrauchen.

Aber die Junker spekulieren nicht nur auf menschliche Monarchenschwächen, sondern auch auf die dem Agrarierum raffe- und Klassenverwandten Herrenmenscheninstinkte der Schlotbarone. So sagte Herr Dr. Jahn:

„Dann haben wir im Juli auf Seiten des Bundes die Möglichkeit gehabt, auf unserer großen Versammlung in Düsseldorf der Industrie zu zeigen, wie sehr wir ihr wohlgesinnt sind, daß auch wir die großen Kämpfe um den Zolltarif und die Handelsverträge, die hinter uns liegen und die allerhand Differenzen zwischen uns und der Industrie hervorgerufen haben, vergessen haben, daß wir sehr gern bereit sind, mit einer national geeinigten deutschen Industrie zusammen zu arbeiten. (Beifall) Vor allem ihre über die jetzige schwere Zeit der Depression, der Stagnation hinweg zu helfen. (Beifall) Und zu meiner Freude darf ich feststellen, daß diese guten, versöhnlichen Worte, die zuerst aus dem Munde des Bundes kamen, ein freundliches Echo bei der Industrie fanden, daß die Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Industrie sich gebessert haben und auch der Bund der Landwirte und seine wirtschaftliche und soziale Heimatpolitik mehr Verständnis als bisher bei der Industrie gefunden hat. Ja, ich gehe noch einen Schritt weiter: Die Industrie leidet heute schwer darunter, daß die Jungliberalen und andere links gerichtete Schwärmer Einfluß auf die liberalen Parteien leidet mehr und mehr gewinnen und in den Fragen der Arbeiterfürsorge- und Wohlfahrtsgesetzgebung, die uns gewiß am Herzen liegen, meine geehrten Herrschaften, Vorschläge zu allerlei Experimenten machen, bei denen die Großindustrie unmöglich Herr im Hause bleiben kann. (Sehr richtig) Und da erkennt man in jenen Kreisen immer mehr, daß, wenn man die Disziplin aufrecht erhalten will, daß man sich mit uns verbünden muß und nicht mit Parteien und Richtungen, die nach links hinneigen, und die ihre Politik zuletzt soweit links führt, daß sie von der Sozialdemokratie nicht mehr zu unterscheiden ist. (Lebhaftes Sehr richtig)“

Junker, Zentrumsagrarien und nationalliberale Schlotbarone bilden also eine zielbewußte, entschlossene Alliance für Hochschulgülle und gegen Arbeiterschutz und politische Volkrechte! Und mit welchem Erfolg sie ihre unheilvolle politische Wirksamkeit ausüben, beweist ja gerade erst wieder das Zufallbringen der Nachlasssteuer! Denn sich die ausgeplünderten, entrechteten Massen des Volkes einmütig und mit der äußersten Energie gegen diesen Bloß der Ausbeuter, Scharfmacher und Volksrechtsweigerer wenden, dann wird auch die neueste Junkerrevolte gegen die Wahlreform mit einem vollen Triumphus enden!

Das wäre eine beispiellose Schmach der Entrechteten! Denn wer sieht hinter den Landblündern? 300 000 mißleitete Bauern! Hinter der Sozialdemokratie stehen aber mehr als 3 Millionen Proletarier! Und diese zahllosen Arbeiterbataillone sollten sich den frechen Hohn der Junker gefallen lassen?!

Die Jagd nach dem Erfolg.

Bülow kann den Mund immer noch nicht halten. Jetzt hat er, dessen Presse den Wochenschriftsteller Radolin so heftig angreift, weil er einem französischen Journalisten ein paar Worte gesagt hat, den Korrespondenten des „Recht Parisien“ zu einer Erklärung über sein und des Kaisers Verhalten in der Casablanca-Angelogenheit ermächtigt. Die Erklärung lautet:

„Das ist leeres Geschwätz, welches jetzt nach Abschluß des französisch-deutschen Marokkoabkommens besonders bedauerlich ist. Dieses Abkommen ist befriedigend und verspricht gleich günstige Ergebnisse für beide Nationen, die nunmehr, was seit langem dem Wunsch des Kaisers entspricht, mit guter Hoffnung eine bessere Zukunft ins Auge fassen können.“

Leeres Geschwätz in der Tat! Aber dies leere Geschwätz über das Marokkoabkommen kam aus dem Munde Bülows und keines anderen. Er vor allem trägt die Schuld an dem widerlichen Geschäft, das jetzt um das Verdienst, das Abkommen zustande gebracht zu haben, losgebroschen ist und das wieder einmal dem Auslande so berechtigten Anlaß zum Spott und Hohn über die Deutschland Regierenden gibt. Als das Marokkoabkommen abgeschlossen wurde, da ließ Bülow seine Presse sein Schweigen, denn er wußte noch nicht, wie die Sache von der öffentlichen Meinung werden aufgenommen werden. Deswegen blieb er vorsichtig im Hintergrund und als Urheber des Abkommens galten auf deutscher Seite der Staatssekretär v. Schoen und auf französischer Seite der Wochenschriftsteller Cambon. Das war auch natürlich, da ja das Abkommen vernünftig war, also das strittigste Gegenstück jener Politik, die Bülow unter dem Einfluß Dolkeins verfolgt hatte. Man wunderte sich auch nicht weiter, da man ja den Charakter Bülows nunmehr schon zur Genüge kennt, daß damals in der „Südd. Reichsboten“ ein offizieller Kommentar erschien, der die Bedeutung des Abkommens möglichst zu verkleinern suchte und davor warnte, an ein „einzelnes deutsch-französisches Akkordstück von praktisch-geschäftlicher Tendenz große politische Zukunftsgedanken anzuknüpfen“. Man wußte, daß Bülow, der nachgedrungen in der Zeit der Orientkrise die Liquidation des reichsfeindlich begonnenen Abenteuer nicht hindern konnte, wenigstens das Verdienst derjenigen, die das Abkommen abschlossen, möglichst zu verkleinern suchen werde. Denn Bülow ist wie alle kleinen Menschen in steter Angst, von anderen verdängt zu werden, und schaut dann nicht davor zurück, seine Mitarbeiter herabzusetzen. Damals also war das Abkommen von geringer Bedeutung. Jetzt, nachdem Bülow sieht, daß es seit Beginn seiner Kanzlerschaft der einzige Akt der auswärtigen Politik ist, der allgemeine Billigung findet, will er es gewesen sein, der das Abkommen entwarf und zum Abschluß gebracht hat. Jetzt ist es kein gleichgültiges Akkordstück mehr, „dessen Geltung“ wie es damals hochförmlich hieß, „nicht über einen deutlich umgrenzten Bezirk afrikanischer Interessen hinausreicht“, sondern es „verspricht gleich günstige Erfolge für beide Nationen, die nunmehr mit guter Hoffnung eine bessere Zukunft ins Auge fassen können“. Vor vierzehn Tagen also ließ Bülow verkünden, daß man an das Abkommen keine großen „politischen Zukunftsgedanken“ knüpfen dürfe, jetzt gewährt es eine „bessere Zukunft“. Grundlicher kann man sich wirklich nicht mehr widersprechen.

Je doch der Widerspruch erklärt sich leicht. Diesem Erfolgshochmeister ist es ja immer nur um den äußeren Erfolg zu tun und seine ganze Kunst besteht ja in nichts anderem, als scheinbare Erfolge vorzutäuschen und im günstigsten Falle fremde Erfolge sich anzueignen. Dafür war jetzt die Gelegenheit günstig und so nimmt er in diesem speziellen Falle wirklich harmlose Glückwunschtelegramme Wilhelm II. an Radolin zum Anlaß, um die ganze offiziöse Meute auf den deutschen Wochenschriftsteller in Paris loszulassen und sich selbst in den Vordergrund zu drängen. Es wies dies um so widerlicher, da Bülows Verhalten auf das grellste abzielt von dem Bichon. Denn dem französischen Minister des Auswärtigen ist es natürlich nicht einen Augenblick eingefallen, seine Verdienste auf Kosten seines Wochenschriftstellers herauszustreichen. Er hätte sich ja damit auch unnötig gemacht. Denn in Frankreich löst Lächerlichkeit.

Bülow's Auftreten ist aber um so unberücksichtlicher, als es das endlich angebahnte bessere Verhältnis zu Frankreich entschieden nicht fördert. Denn welche Achtung und welches Vertrauen in ihre Zuverlässigkeit kann eine auswärtige Politik beanspruchen, die in ihren Zielen und Entschlüssen stets mit bestimmt ist, durch die Einflüsse, die das unaufhörliche Kamarrillatreiben ausübt, das auch der neueste Standaal wieder in so helle Beleuchtung gerückt hat. Das Verhalten Bülows in diesen letzten Tagen zeigt nur aufs neue, daß er seine Ruhe und Kaltblütigkeit verloren hat und der Kampf um seine persönliche Machtbehauptung sein einziges Interesse geworden ist. Bülow's Erklärungen zu dem Marokkoabenteuer waren wenig glücklich und bedeuten nur eine neue Kompromittierung dieser schon längst bankrotten Politik.

Die konservativ-klerikale Steuerkoalition.

Wie wir bereits in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ mitteilten, hat bei den Kompromißverhandlungen im Unteranschuß der Steuerkommission das Zentrum die Führung übernommen, ebenso wie bei der Stengelschen Reichsfinanzreform vor drei Jahren. Geht es bei der zwischen den Konservativen, Nationalliberalen und der Reichsregierung bestehenden Differenzen benutzt, um als patriotischer Kletter in der Finanznot aufzutreten, die konservativ-liberale Koalition bei Seite zu schieben und der Reichsregierung zu demonstrieren, daß es auch noch da sei und sich nicht ignorieren lasse. Und die Herren Konservativen haben sich nicht getraut, sich der Führung der Zentrumsstrategen unterzuordnen; denn mit Schmunzeln gedenken die protestantischen Agrarier des langjährigen Kompagniegeschäfts mit ihren katholischen Berufs- und Geistesverwandten, das ihnen so reiche Profite eingetragen hat. Auch ein Teil der Freisinnigen hat sich — nationalliberaler als die Nationalliberalen — im Bewußtsein seiner politischen Unzulänglichkeit der konservativ-klerikalen Koalition zum Schutz der Steuerkraft der Besitzenden angeschlossen. Um so erbitterter sind die Nationalliberalen über die Taktik des Zentrums, das, um die politische Vermittlerrolle spielen zu können, ungeniert den „obersten Gedanken“ des ganzen Finanzreformwerks preisgibt und anstelle der von den Besitzenden zu tragenden Nachlasssteuer oder der Reichsvermögenssteuer einfach eine Erhöhung der Matrikularbeiträge vorschlägt, indem sie dieser zur Täuschung der Einsichtigen im Geiste den schönen Namen „Beizsteuer“ beilegt. Zwar darauf, daß die Besitzenden in irgendwelchem erheblichen Maße zur Beizsteuer für die von der Regierung geforderten Summen herangezogen werden, sind die Nationalliberalen ebensowenig erpicht als die Zentrumsgeheimräte, die seit der letzten Reichstagsauflösung immer mehr unter die Fittiche des hohen bischöflichen Klerus geraten sind; aber bisher haben die Nationalliberalen sich immer als die eigentlichen prädestinierten Vermittler im Bloß gefühlt, als die Zentralfürsorge, um die im System des Bloßes die konservativen und freisinnigen Planeten zu kreisen haben — und nun durchbricht mit ihrer Taktik das Zentrum diese Rolle, die der Nationalliberalismus zu spielen gedachte. Das ist bitter; und es ist deshalb begreiflich, daß die nationalliberale Presse über die Gefinnungslosigkeit des Zentrums jähret und leift. Voran die „Köln. Ztg.“, die sich unter dem Titel „Das entschleierte Bild“ folgende Bosheiten gegen das wieder zur „Staatserkhaltenden“ Partei avancierte Zentrum leitet:

„Wenn sich diese Angaben der „Germania“ bewahrheiten, so wäre das Reformwerk als Aufgabe des Bloßes gescheitert, der Bloß wäre mit Hilfe des Zentrums gesprengt, und dieses jäh auf dem Boden der Reformtatsache, neben der es so lange schamollend oder mindestens gleichgültig einhergegangen ist. Ein solcher Triumph des Zentrums mag vielleicht manchen Leuten schwer eingehen; wir selbst würden ihn nicht weiter tragisch nehmen, denn an einem Werke, das das ganze Volk so nahe angeht, soll jede Partei ihr Teil an Arbeit und Verantwortung auf sich nehmen. Ganz anders liegen die Dinge aber nach der sachlichen Seite. Das Kompromiß in der oben bezeichneten Form läuft auf nichts anderes als auf eine Teilreform hinaus, auf eine Erhöhung der indirekten Steuern ohne gleichzeitige Anspannung der direkten. Damit ist aber die Voraussetzung für das ganze Reformwerk, die *conditio sine qua non*, einfach auf die Seite geschoben, und damit ist es allen, die auf eine gesunde Reform hinarbeiten, von vornherein unmöglich gemacht, dem Einigungsantrag ihre Zustimmung zu geben. Der Antrag Comp., auf dem das Kompromiß in der Hauptsache sich aufbaut, besagt, es sei bis zum 1. Oktober 1900 in den Bundesstaaten das Gesamtermögen nach einheitlichen Grundsätzen festzustellen, und die Umlage des Festbetrages auf die einzelnen Staaten sei nach Maßgabe dieses festgestellten Vermögens vorzunehmen. Abgesehen davon, daß die auf diese Weise angeführte Veredelung der Matrikularbeiträge auf der Unterlage des Vermögens allein auch nicht einwandfrei erreicht werden kann, verkennt der Antrag völlig die technischen Schwierigkeiten, die sich einer solchen Vermögensfeststellung entgegenstellen. Das Kompromiß hat deshalb, wie es heißt, den Termin auch gleich um zwei Jahre verlagert. Aber indem es so die Schalla umsetzt, treibt es der Chorabdis zu. Denn es erhebt sich sofort die Frage, was in der Zwischenzeit werden soll, und man stellt dazu unwillkürlich die Nebenfrage, wie lange diese Zwischenzeit wohl werden wird, denn an die zwei Jahre glaubt im Ernst kein Mensch. Die Lösung, die uns mit dem Kompromiß angefallen wird, ist sonach ein Verlegenheitsbergegnis schleimster Art, weil mit ihr die größten Befürchtungen wahrgemacht wurden, daß nämlich die Reichsfinanzreform lediglich mittels Verbrauchssteuern, also auf Kosten der breiten Masse, bewerkstelligt werden soll.“

Begleitend ist, daß die einzige Tat des Zentrums, zu der es bis jetzt in der ganzen Sache sich ausgesprochen hat, als ein ausgesprochener Verrat an dem obersten Gedanken des ganzen Reformwerks sich darstellt. Seine ganze Volksfreundlichkeit enthält sich als ein tiefer Griff in die Taschen der breitesten Volksmassen; die unumgängliche notwendige Belastung der Begüterten verzieht es bis zum Jahre 1911 und damit bis zum St. Nimmerleinstag. Denn das ist doch klar, daß bis dahin im Reichstag mancherlei Änderungen vorgegangen sein können, die für die spätere Besteuerung von Belang sein werden, bis dahin werden wir uns auch hoffentlich wieder aus dem gegenwärtigen Tiefstand unserer Wirtschaftslage herausgearbeitet haben, so daß die Bedürfnisse sich anders darstellen als jetzt und daß das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern, wie es sich im Augenblick darstellt, dann ganz anders sich gestalten muß. Hat man erst einmal die Verbrauchssteuern erhöht, hat sich das ganze wirtschaftliche Leben auf die neuen Verhältnisse eingestellt, dann wird sich schwerlich die Reigung zeigen, hier wieder zurückzugehen und den Ausgleich durch direkte Steuern zu schaffen.“

Die „Köln. Ztg.“ hat unabweisbar recht, das Kompromiß ist nichts als ein infamer Versuch, die sogenannte Reichsfinanzreform lediglich mittels Verbrauchssteuern, d. h. auf Kosten der unbemittelten Masse durchzuführen und die Geldbeutel der Besitzenden, durch deren

eigennützige Finanzwirtschaft die heutige Notlage der Reichsfinanzen herbeigeführt ist, zu schonen. Aber es ist lächerlich, wenn die „Köln. Ztg.“ so tut, als käme das schöne Prinzip, die Steuerlasten möglichst den Unbemittelten aufzubehalten, nur diesmal bei der Reichsfinanzreform zur Anwendung. Dieses Prinzip liegt vielmehr der ganzen Steuer- und Wirtschaftspolitik des neuen Deutschen Reiches zugrunde.

Kriegsgefahr!

Aus Wien wird uns vom 21. Februar geschrieben: Die österreichisch-ungarischen Machthaber schieden sich zu einem recht gefährlichen Spiele an, und wenn ihnen die Mächte nicht rasch zuvorkommen, so kann das sinnlose Annerionsabenteuer mit einem Kriege enden, dessen Objekt zwar nur das kleine Serbien sein soll, der aber auch der Junke werden könnte, der in das europäische Pulverfaß geworden wird. Zwar wird es noch richtig sein, was vom Ballplatz beharrlich versichert wird: daß an Serbien ein Ultimatum noch nicht abgeschickt worden ist, aber sicher ist, daß man sich immer mehr dem Punkte nähert, wo es „unausweichlich“ wird, und diesem Punkte bewußt und beharrlich entgegenzueilen. Die internationale Situation hat sich allerdings seit der Zeit, wo die serbischen Schmerzen im Vordergrund der diplomatischen Intrigen standen, gründlich verändert; es ist tatsächlich Lehrenthal gelungen, Serbien so ziemlich zu isolieren. Durch die Annerion hatte Oesterreich-Ungarn alte Feindschaften lebendig gemacht und neue erworben; für sie alle wurde die Empörung der Serben zu dem Mittel, die Annerionsmonarchie diplomatisch zu bedrängen und in Schach zu halten. Aber diese Gewässer haben sich allmählich verlaufen und der wahnsinnige Gedanke, daß um der serbischen Aspirationen willen die Völker Europas einen Weltkrieg entfesseln werden, der ihre Kultur zerstören und die Arbeit ganzer Geschlechter vernichten könnte, der ist in seinem ganzen Überwieg immer deutlicher geworden. Dazu kommt noch, daß die serbischen Ansprüche, was man trotz aller Sympathie, die das Ringen jedes Volkes verdient, sagen darf und sagen soll, so ziemlich jeder Verechtigung entbehren. Vom höherrechtlichen Standpunkt hat ihr Verlangen, über Länder mitzuberechnen, die niemals in ihrem Besitze waren, keinen Sinn; zumal jetzt, wo sich Oesterreich-Ungarn mit der Türkei über die „Ablösung“ der Souveränitätsrechte verglichen und die Türkei auf ihre „Herrscherhoheit“, die von Serbien reklamiert wird, selbst verzichtet hat. Und was das nationale Recht betrifft, auf Grund dessen Serbien die zwei Länder anspricht, so ist darauf erstens zu erwidern, daß die serbische Nationalität in Bosnien und der Herzegowina nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung ausmacht und das Schicksal der Serben, national nicht vereinigt zu sein, das Schicksal vieler Nationen in Europa ist, ohne daß sich deshalb die Welt zu einer „Grenzregulierung“ veranlaßt fühlen würde, die ganz Europa in Brand setzen könnte. All das, was in der aufgeregten und verbitterten Stimmung nach der Annerion verdundelt erschien, tritt nun, da die Ernüchterung gekommen, wieder deutlich hervor und macht die serbischen Hoffnungen auf eine bewaffnete Intervention Europas zu ihren Gunsten immer aussichtsloser. Dafür hat man nun am Ballplatz die Bitterung und da man jetzt, namentlich durch die Entente mit der Türkei, die Ellbogen freibekommen hat, so will man nun auch, wie der Ausdruck lautet, „mit Serbien Ordnung machen“. Die Ordnung ist sehr einfach: entweder Serbien „rückt ab“, gibt seinen Verzicht auf das kriegerische Unternehmen, für das es seit Monaten rüstet, durch Laten kund, oder es hat die Eröffnung der Feindseligkeiten von Oesterreich-Ungarn zu gewärtigen. Demnach würde der Krieg nur vermieden werden können, wenn Serbien Vernunft annimmt.

Nun ist sicherlich eine Situation, wie sie sich durch die serbische Kriegsbegehr, die so vielfach auf höchst fragwürdigen Demogründen beruht, herausgebildet hat, für Oesterreich-Ungarn ungemein peinlich, und auch das ist nicht unbegrifflich, daß die verantwortlichen Leute, die sie durch die Annerion mitverschuldet haben, das Bedürfnis fühlen, diese offene Wunde irgendwie zu schließen. Denn die Rüstungen Serbiens zwingen Oesterreich-Ungarn zu einer Kriegsbereitschaft, deren Kosten immer größer werden: soll doch die Aufstellung des Schutzkorps und die damit zusammenhängenden Rüstungen schon jetzt die gewaltige Summe von 270 Millionen Kronen verschlungen haben, und ein Ende ist nicht abzusehen, zumal da sich Serbien mit dem frevelhaften Gedanken trägt, die annerierten Länder mittels Wanden zu insurgieren. Demgegenüber ist aber festzuhalten, daß der Zusammenbruch der kriegerischen Hege in Serbien kommen muß, zum Teil schon sichtbar wird, daß aber ein Ultimatum den Prozeß nur ins Gegenteil verkehren und das Feuer der Kriegsbegeisterung erst recht anfachen könnte. Es wäre also die Aufgabe der Großmächte, einestheils Serbien mit allem Nachdruck zu bedrängen, daß sein friedensstörendes Unterfangen auf keine Billigung und noch weniger auf Hilfe von Europa zu rechnen habe, daß es also nur sein Schicksal besiegelt, wenn es den Krieg nicht vermeidet; andernteils aber auch die österreichisch-ungarischen Machthaber ersichtlich vor Schritten zu warnen, die in einen Krieg auslaufen könnten. Denn daß gegenüber der Häufung von Privatität und Ungeschicklichkeit, die die Diplomaten angesichts des Balkanproblems entwickeln, die Völker nur eine Antwort haben, ist selbstverständlich. Diese aber lautet deutlich und entschieden: Wir wollen keinen Krieg! Und diesen Vorbehalt durch die Sozialdemokratie repräsentierten Willen müssen die Völker ihren Regierungen aufzwingen, denn in deren Gut stände es um Frieden und Wohlfahrt schlimm.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 22. Februar 1900.

Agrarische Klagen.

Zu derselben Stunde, wo am Montag die Rösche, Jahn und Konsorten ihre fällige Galaborstellung im Zirkus Busch gaben, beriet das preussische Abgeordnetenhaus den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung. Zwar wies die rechte Seite des Hauses klaffende Lücken auf, aber die wenigen Agrarier, die gewissermaßen als Wächter zurückgelassen waren, schrien desto lauter über die Not der Landwirtschaft. Der Staat kann dieser Gesellschaft nach so viel Millionen auf Kosten der Steuerzahler aufhängen, sie sind doch nie zufrieden, sie verlangen immerfort neue Liebesgaben, sei es in Form höherer Pölle, sei es in Form billiger Arbeitskräfte. Ausländische Arbeiter genügen ihnen nicht mehr, jetzt geht ihre Forderung dahin, daß die Gefangenen ihren Diensten nutzbar gemacht werden sollen. Und in demselben Maße wie sie den Staat

für sich mißbrauchen wollen, weßern sie gegen die Arbeiter, die das Koalitionsrecht für sich beanspruchen.

Erfreulich war es, daß endlich einmal von sozialdemokratischer Seite das agrarische Gebaren gebührend gebrandmarkt wurde. Genosse Leinert wies den Herren nach, was es mit dem Märchen von der Not der Landwirtschaft auf sich hat, er widerlegte an der Hand der Einkommensteuerstatistik die Phrase von dem Rückgang der Einkommen auf dem Lande und hielt den Agrariern ihre Dreistigkeit, sich auf Kosten der Armen noch mehr bereichern zu wollen, in scharfen Worten vor Augen. Die Herren von der Rechten, denen die sozialdemokratische Rede unangenehm auf die Nerven fiel, schickten Herrn v. Wappenheim ins Treffen. Aber dieser Junger wüßte sich, anstatt die sachlichen Argumente sachlich zu würdigen, in persönlichen Anfeindungen gegen Leinert, die unser Genosse natürlich gebührend zurückwies.

Im übrigen verlief sich die Debatte, die am Dienstag fortgesetzt wird, in Einzelheiten.

Kriegervereine und Gewerkschaften.

Die Zeitung der deutschen Kriegervereine hat es bekanntlich den Kameraden Arbeitern nicht nur verboten, sozialdemokratischen Wahlvereinen als Mitglieder anzugehören, sondern sich auch zur Wahrung ihrer Berufsinteressen den freien Gewerkschaften anzuschließen. Zur Rechtfertigung dieses Verbotes hat der Geh. Regierungsrat Dr. A. Westphal, Major der Landwehr a. D. und stellvertretender Vorsitzender des preussischen Landes-Kriegerverbandes, eine Schrift veröffentlicht, in der er nachzuweisen versucht, daß die freien Gewerkschaften lediglich „sozialdemokratische Einrichtungen“ sind.

Für den Fall, daß die Kameraden Arbeiter ihre Berufsinteressen wahrnehmen wollen, werden ihnen folgende „nationale“ und „religiöse“ Verbände empfohlen: Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, die christlichen Arbeitervereine (katholische Fachvereine und evangelische Arbeitervereine), die christlichen Gewerkschaften, die katholischen Gewerkschaften und die vaterländischen Arbeitervereine. „Trotz“, ruft Herr Westphal seinen Kameraden Arbeitern zu, „wenn Ihr eure Arbeitsinteressen wahrnehmen wollt, in eine der nichtsozialdemokratischen Arbeitervereinigungen oder Gewerkschaften ein! Wählt je nach euren Neigungen eine von ihnen! Sucht den sozialdemokratischen Gewerkschaften möglichst Abbruch zu tun! Vertrittet eure Interessen, wie und wo Ihr sonst wollt, möglichst in friedlichen Endernehmen mit euren Arbeitgebern, denn sie sind nicht eure Feinde, Ihr seid vielmehr beide, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, in euren und des Vaterlandes Interesse darauf angewiesen, in Frieden miteinander zu arbeiten!“

In der Hauptsache stimmen wir übrigens Herrn Westphal zu, Arbeiter, die ihre Klassenlage erkannt haben und auf politische Bildung Anspruch erheben, gehören nicht in Kriegervereine.

Protest gegen die Altenburger Wahlreform.

In einer von weit über 1000 Personen besuchten Versammlung protestierte die Altenburger Arbeiterschaft am Sonntag gegen die von der Regierung beim Landtag eingebrachte Wahlgesetzreform, welche die darauf hinausläuft, das bestehende Verfassungswort „recht“ durch Aufzählung von vier Ständevertretern — je einen Vertreter der Handels-, der Landwirtschafts-, der Handwerks- und der erst noch zu schaffenden Arbeitskammer — zu ersetzen. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht auf der Grundlage der Verhältniswahl gefordert wird. Nach Schluß der Versammlung, an der wegen Heberfüllung des Saales gegen 500 Mann nicht teilnehmen konnten, gingen die Massen auf die Straße. An dem Tage beteiligten sich gegen 3000 Personen. Der Zug bewegte sich über den Marktplatz nach dem Ministerium — an der Wohnung des Landtagspräsidenten, Oberbürgermeister Ohwald — vorbei und wieder nach dem Marktplatz zurück, wo sich der Zug auflöste. Die Polizei hielt sich zurück und legte dem Unzuge keine Hindernisse in den Weg. Zwei Kompanien des in Altenburg garnisonierenden Infanterieregimentes waren in der Kaserne konzentriert.

Ein sozialdemokratisches Amtsblatt.

Im Gemeindefolgeamt in Hof stellte Genosse Rauh den Antrag, das Amtsblatt der „Oberfränkischen Volkszeitung“ als Beilage beizugeben. Von 84 Anwesenden stimmten 15 für den Antrag, und der Vorsitzende konstatierte schon Ablehnung, als der Antragsteller die Gegenprobe verlangte. Hierbei erhoben sich 23 Herren, während 6 sich der Stimme enthielten. Damit ist der Antrag angenommen und das sozialdemokratische Organ erhält das Amtsblatt als Beilage.

Zum Arbeitskammer-Gesetzentwurf

Hat auch das Kartell der Arbeitgeberverbände in den Baugewerken Groß-Berlins (17 Verbände mit ungefähr 2000 Unternehmern) dem Reichstage am 10. d. M. eine Denkschrift überreicht.

In der Eingabe wird betont, daß die 17 Arbeitgeberverbände fast alle seit vielen Jahren mit den für sie in Frage kommenden Arbeiterorganisationen Tarifverträge abgeschlossen haben und daß sie seit Jahren gewohnt sind, sowohl über die Erneuerung jener Verträge als auch über die Streitigkeiten, die sich aus den Verträgen ergeben, mit den Gewerkschaften beziehungsweise deren Vertretern zu verhandeln. Die Erfahrungen, welche die Herren dabei gemacht haben wollen, lassen es ihnen wünschenswert erscheinen, daß das Arbeitskammergesetz nicht zu stande komme. Die Gründe werden in dem Memorandum u. a. mit folgenden Worten umschrieben:

„Schroff stehen sich . . . heute wie vor zehn Jahren die Parteien gegenüber; es gibt vorläufig überhaupt keine Brücke, die diese Klüft überbrückt. Es ist deshalb zur Regel geworden, derartige Fragen gar nicht zu diskutieren. . . Gerade aber die prinzipiellen Fragen, gerade die großen sozialen Fragen werden das Programm der Arbeitskammer bilden.“

Holt ein Exkurs über die Gewerkschaften als Übungsstätten und Schulen der sozialdemokratischen Partei, über den Klassenhaß der sozialdemokratischen „Doktrinaire“, über die „Gefahr“, daß allenthalben in Deutschland die Sozialdemokratie wenigstens die Hälfte der Siege in der Arbeitskammer erlangen würde und über die noch größere Gefahr, daß die Vertreter der anderen Gewerkschaften „es sich natürlich angelegen sein lassen werden, nicht weniger thätig zu sein als die Kollegen von den freien Gewerkschaften.“ (1)

Der langen Rede kurzer Sinn ist: Die Unternehmer wollen von der Mitwirkung der Arbeiter allerhöchstens insoweit wissen, als die Mitwirkung bei der Festsetzung der Löhne und Arbeitsbedingungen in Betracht kommt. Was darüber ist, das ist für die Herren vom Uebel — also liegt für die Errichtung von Arbeitskammern „auch nicht das mindeste Bedürfnis“ vor!

Man möchte glauben, die edle Vandalenshaft werde nach solchen Ausführungen konsequent genug sein, nimmer die Errichtung von Arbeitskammern zu empfehlen. Doch weit gefehlt: „Wenn wir die Errichtung von Arbeitskammern als ein Uebel ansehen, müssen wir Arbeiterkammern als ein noch weit größeres betrachten.“

Nach diesen Proben wird es wohl keinen unserer Leser gelüsten, zu vernehmen, was für eventual-Wünsche die Herren

(für den Fall, daß die Vorlage doch Gesetz wird) im Wüten Bergen. Nebenfalls ändert an dem Gesamturteil über das Unternehmern-Wachstum auch der Umstand nicht das geringste, daß — zu § 13 — die Zulassung der Gewerkschaftsführer zu den Arbeitskammern empfohlen wird; denn es ist dies ja der einzige Weg, auf dem die Arbeitgeber ihre Forderungen in die Arbeitskammern hineinzulancieren können! Die sehr dem werten Unternehmertenrat dieser Wunsch am Herzen liegt, ergibt sich daraus, daß es zur Unterstützung seiner „paritätischen“ Anregung sogar die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer über den grünen Klee lobt: dieselben Führer, die vier Seiten vorher als vom Klassenhaß verblendete Demagogen charakterisiert worden sind. . . .

Verurteilung des Landtagsabgeordneten Dr. Schöpp.

Vor dem Schöffengericht Richtenberg kam gestern eine Episode aus dem Landtagswahlkampf in Niederbarum zur Verhandlung. Unter der Anklage des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs standen zwei Mitglieder der demokratischen Vereinigung, der ehemalige Pastor, Schriftsteller Köstke und der Schriftsteller W. Derjenige, welcher sie auf die Anklagebank gebracht hat, ist eine liberale Lokalgröße in Karlsdorf, Baumeister Jean Löwenthal.

Der Hausfriedensbruch soll begangen sein in einer von freisinniger Seite einberufenen Versammlung, zu der alle bürgerlichen Wähler eingeladen waren. Die beiden Angeklagten besuchten die Versammlung. Als Referent trat Dr. Schöpp auf, der von den Konservativen aufgestellt und mit konservativer Hilfe gewählte liberale Landtagsabgeordnete. Schon in mehreren Versammlungen war dem Dr. Schöpp von wirklich liberalen Männern entschiedene Opposition gemacht worden wegen seines Kompromisses mit den Konservativen. In Karlsdorf wollte Dr. Schöpp — wie er vor Gericht als Zeuge sagte — darlegen, daß er durch den Abschluß des Kompromisses nicht die Grundsätze seiner Partei verraten habe. — Aber auch in der Karlsdorfer Versammlung waren zahlreiche Opponenten. Diese wurden von vornherein, anscheinend auf Veranlassung des liberalen Kandidaten Dr. Schöpp, mundtot gemacht. Als der Einberufer der Versammlung, Baumeister Löwenthal, dieselbe eröffnet hatte, teilte er sogleich mit, daß eine Diskussion über das Referat nicht zugelassen wird. Von den Gegnern des Dr. Schöpp wurde das Wort zur Geschäftsordnung verlangt. Aber sie bekamen es nicht. Die Rede „zur Geschäftsordnung“ schied sich fort, und wegen der allgemeinen Unruhe konnte Dr. Schöpp nicht zum Wort kommen. Löwenthal forderte diejenigen, welche sich nicht ruhig verhielten, auf, den Saal zu verlassen. Niemand ging. Löwenthal wandte sich hilfesuchend an den überwachenden Gendarm. Dieser gab ihm den Rat, er möge seine Aufforderung an bestimmte Personen richten. Wenn diese sich nicht entfernten, dann erst könne der Gendarm Herr Löwenthal bei der Entfernung der Verbleibenden behilflich sein. Löwenthal verließ den Vorstandstisch und ging hilflos im Saale unter den erregten Opponenten hin und her. Schließlich forderte er die beiden Angeklagten auf, den Saal zu verlassen. Der eine ging auch. Nur Köstke zweifelte das Hausrecht Löwenthals an und ging erst, nachdem der Gendarm ihn dazu aufgefordert hatte. Die beiden Hinausgewiesenen wurden durch den Gendarm festgesetzt und durch die liberalen Heiben dem Strafrichter überliefert.

Vor Gericht beriefen sich die Angeklagten darauf, daß es ihr gutes Recht sei, der Versammlung beizuwohnen und dort zu sprechen, daß es allem Brauch widerspreche, wenn in einer Wählerversammlung keine Diskussion zugelassen werde, und daß sich die Versammlung sofort beruhigt haben würde, wenn man ihnen das Wort zur Geschäftsordnung erteilt hätte. Sie hätten sich demnach nicht des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht.

Aus rechtlichen Gründen beantragte der Anwalt die Freisprechung der beiden Angeklagten. — Das Gericht erkannte auch auf Freisprechung, weil die rechtlichen Voraussetzungen des Hausfriedensbruchs für beide Angeklagten nicht zutreffen.

Moralisch verurteilt sind durch dies Verfahren der Kompromiß-abgeordnete Dr. Schöpp und seine Freunde, welche erst die Rede- und Versammlungsfreiheit knebelten, die Männer, welche dagegen protestierten, mit polizeilicher Hilfe hinauswerfen und vor den Richter bringen ließen und dann noch erleben müssen, daß die Angeklagten freigesprochen werden.

Wie es mit der Rede- und Versammlungsfreiheit bei den Liberalen steht, hat der vor den Nabi gezerrte Vorfall trefflich illustriert.

Konflikt zwischen Gouverneur und Ansiedlern auf Neu-Guinea.

Nach einem Telegramm der „Königlichen Zeitung“ aus Deutsch-Neu-Guinea haben sämtliche außerordentlichen Mitglieder des Gouvernementsrates ihr Amt niedergelegt. Eine Neubildung des Gouvernementsrates ist unmöglich, da die europäischen Ansiedler ausnahmslos auf der Seite der alten Mitglieder stehen. Danach scheint es zu einem Konflikt zwischen dem Gouverneur und der europäischen Bevölkerung gekommen zu sein, und zwar vermutlich infolge der neuen Zollordnung.

Ueberschwemmungsschäden.

Der preussische Minister des Innern hat Anweisung ergehen lassen, daß ihm unterzüglich Bericht über die Schäden der letzten Hochwasserüberdeungen erstattet wird. Es ist wahrscheinlich, daß die Regierung vom Landtage die Bewilligung außerordentlicher Geldmittel zur Vinderung der Notlage der Ueberschwemmten, namentlich in der Altmark, und zur Wiederherstellung der Deiche und Wege fordern wird, da die Mittel der Kreis für diese Zwecke nicht ausreichen. Der Schaden in der Altmark wird auf Millionen berechnet, die Felder sind total verunflutet, zahlreiches Vieh ist umgekommen, und in fast allen Dörfern der vom Hochwasser berührten Gegend befinden sich vom Wasser beschädigte Häuser, die abgetragen werden müssen.

Der Geseite als „Vorgesetzter“.

Eine sehr hohe Strafe verhängte das Kriegsgericht in Dresden gegen einen Soldaten wegen geringfügiger Vergehen, die dieser sich einem Kameraden gegenüber hat zuschulden kommen lassen, der gerade in dem fraglichen Zeitpunkt „Vorgesetzter“ war. In der Nacht zum 19. Dezember war der Soldat Müller von der 9. Kompanie des 102. Infanterie-Regiments in Jitta auf Wache. Wachthabender war ein Geseite, und dieser somit den auf der Wache befindlichen Mannschaften gegenüber „Vorgesetzter“. Früh gegen 7 Uhr erhielt nun der Soldat Müller vom Geseiten den „Befehl“, die Posten abzulösen. „Ich bin nicht daran; ich gehe nicht“, sagte Müller. Als aber der „Vorgesetzte“ einen zweiten „Befehl“ erteilte, ging Müller, doch führte er den Befehl nicht richtig aus. Er löste den einen Posten nicht ab. Als Müller zu früh nach der Wache zurückkam, und der Geseite dies merkte, befahl dieser nochmals: „Du gehst auch noch den anderen Posten ablösen, und zwar mit Genese!“ „Ich gehe, aber ohne Genese!“ erwiderte Müller. Der Geseite befahl nochmals: „Du gehst mit Genese!“ Müller ging schließlich und löste den Posten ab. Als er auf die Wache kam, war die Zeit herangerückt, wo er selbst auf Posten ziehen mußte. Er war gerade im Begriff seinen Mantel anzuziehen, als der „Vorgesetzte“ bemerkte, daß Müllers Stiefel schmutzig waren. „Du, puh! Die mal Deine Stiefel“, befahl er. Darauf erwiderte der Soldat: „Halt die Schnauze, dummes Ruder; kümmer dich um dich und nicht um mich!“

Der Geseite brachte die „Strafaten“ zur Meldung und Müller kam wegen Gehorsamsverweigerung, Ungehorsams, Beharrens im Ungehorsam, Achtungsverletzung und Beleidigung vor das Kriegsgericht. Er gab den größten Teil zu, will sich aber der Tragweite seiner Handlungsweise nicht bewußt gewesen sein und es nicht so ernst gemeint haben, weil der Geseite doch ein Kamerad war. Als der Anklagevertreter eine mehrtägige Gefängnisstrafe beantragte, wußte der Soldat gar nicht, wie ihm geschah. Er hat weinend um milde Strafe, weil er sich in dem Augenblick nicht klar darüber gewesen wäre daß der Kamerad sein Sorgfester gewesen sei. Das Gericht ließ diese Einwände nicht gelten und erkannte wegen der „Beharrlichkeit“ und der „Unverschämtheit“, mit der der Angeklagte gehandelt habe, auf — — — drei Monate Gefängnis!!! Müller wurde sofort in Haft genommen. —

Die Balkankrise.

Der serbisch-österreichische Konflikt.

Wien, 22. Februar. Die heute in Wien verbreiteten Gerüchte, daß der Krieg mit Serbien beschlossene Sache und ein Ultimatum bereits abgegangen sei, werden von offiziöser Seite entschieden dementiert. Man erklärte, daß ein entscheidender Schritt der österreichischen Regierung gegen Serbien, falls er notwendig sein sollte, erst in zwei bis drei Wochen zu erwarten sei. Zugelassen wird, daß die Situation infolge der Haltung Rußlands, welches das Konferenzprogramm wieder aufgegriffen hat, um einen diplomatischen Erfolg auf Kosten Oesterreichs zu erzielen, und auch bemüht sei, die Mächte zu einem gemeinsamen Schritte in Wien zu bewegen, sich ernster gestaltet hat. Trotz der Schwierigkeiten wird doch noch immer an die Möglichkeit geglaubt, den Frieden zu erhalten.

Die Intervention.

London, 22. Februar. Die Unterhandlungen, welche unter den Signatarmächten bezüglich der österreichisch-serbischen Beziehungen unternommen worden sind, haben bisher noch zu keinem Resultat geführt. Man ist der Ansicht, daß die Friedensausichten sich bedeutend mehreren würden, wenn man die Absichten Baron Lehenthals kennen würde, sowie welche Kompensationen Oesterreich beabsichtigt Serbien aus eigenen Mitteln anzubieten.

Die Unabhängigkeit Bulgariens.

Außer dem serbisch-österreichischen Konflikt bildet auch das neuerliche Hervortreten Rußlands in der Balkankrise Grund zu Beforgnissen. Um seinen Einfluß in Bulgarien zu stärken, schlägt Rußland die sofortige Anerkennung der Selbständigkeit Bulgariens vor. Kaiser Ferdinand, der nach Petersburg gereist ist, ist dort mit königlichen Ehren empfangen worden, was in Konstantinopel bereits als Anerkennung der Unabhängigkeit aufgefaßt wird. Es scheint aber, daß die Bestrebungen dieses Schritt Rußlands nicht unterstützen werden. —

Frankreich.

Nachwahlen.

Paris, 21. Februar. Die Ersatzwahlen für die am 3. Januar zu Senatoren gewählten sechs Deputierten haben heute stattgefunden. In Vellec wurde der Kandidat Troude, in Ezyon der Kandidat Jacquier und in Hochepouart Codet (Radikal) gewählt. In den übrigen Bezirken kommt es zur Stichwahl.

England.

Eine konstitutionelle Frage.

London, 22. Februar. Unterhaud. In Beantwortung einer Anfrage des Nationalisten Mac Neill, warum Sir Edward Grey den König nicht bei seinem Besuch in Berlin begleitet habe, da er doch der verfassungsmäßige Vertreter Englands bei der Besprechung von Angelegenheiten der internationalen Politik mit dem Auslande sei, erwiderte Premierminister Asquith, der König sei von dem Staatssekretär der Kolonien Earl of Crewe begleitet gewesen. Da die Obliegenheiten des einen Staatssekretärs aber auch von einem anderen Staatssekretär erfüllt werden könnten, so sei an der Maßnahme nichts, was der Verfassung widerspreche. —

Parlamentarische Nachwahlen.

London, 20. Februar. Infolge von Amtsbesörderungen und Erhebungen zur Pairwürde wurden in Schottland vier parlamentarische Nachwahlen erforderlich. Die erste derselben findet am 23. d. M. in Taunton statt. Es stehen sich dort zwei Kandidaten gegenüber: B. Peel (Konservativ) und Frank Smith (Arbeiterpartei). Smith wird von der Arbeiterpartei unterstützt. Sein Wahlauftritt beschäftigt sich mit der Arbeitslosenfrage, dann verlangt er Achtundzigt, Erhöhung der Alterspensionen, Westierung des unvertretenen Zuwachses und des Grund und Bodens, Freiheit für die Gewerkschaften, aus ihren Fonds die Arbeiterpartei zu unterstützen.

Taunton ist einer der kleinsten Wahlkreise; er zählt etwa 3900 Wähler. Bei den letzten Hauptwahlen siegte dort ein Konservativer mit 1842 gegen 1503 liberale Stimmen.

Rußland.

Kriegsgerichtsbarkeit.

Warschau, 21. Februar. Das Kriegsgericht verurteilte fünf Offiziere wegen Zugehörigkeit zum russischen Offiziersbunde zu 6 bis 8 Jahren Zwangsarbeit. Außerdem wurden 19 Soldaten und zwei Gymnasiasten wegen Teilnahme an der revolutionären Militärorganisation teils zu Zwangsarbeit, teils zu anderen Strafen verurteilt.

Finnland.

Auflösung des Landtags.

Helsingfors, 22. Februar. Der Landtag ist heute durch kaiserlichen Uak aufgelöst worden. Die Neuwahlen finden im Mai statt. Am 1. Juni soll der neue Landtag eröffnet werden.

China.

Militär gegen Streikende.

Peking, 22. Februar. Weil neun Arbeiter der Kanton-Hankowbahn in Kwantun wegen Fernbleiben von der Arbeit der Lohn nicht ausbezahlt worden war, meuterten (?) einige hundert Arbeiter. Von dem zur Wiederherstellung der Ruhe beorderten Militär wurden 25 Arbeiter verwundet. Drei Soldaten werden vernicht.

Amerika.

Richter Lynch.

New York, 22. Februar. In Omaha (Nebraska) ermordete ein Grieche einen Polizisten. Die Einwohner des Südbiertels hielten daraufhin eine Massenversammlung ab, worin 8 Mitglieder der Legislatur aufreizende Reden hielten. Dann zogen mehrere Pöbelhaufen ins griechische Viertel und demolierten 30 Häuser. Mehrere Häuser wurden angezündet, mehrere Griechen wurden verletzt. Viele hunderte Griechen flüchteten aus der Stadt. Die Un-

ruhen fanden im Gleichgewicht? Statt, wo die Griechen unpopulär sind und die Amerikaner auf dem Arbeitsmarkt unterbieten.

Venezuela.

Castro.

Caracas, 21. Februar. Der Bundesgerichtshof hat nach Prüfung der gegen den Präsidenten Castro erhobenen Anklagen wegen Teilnahme an dem zur Ermordung des Vizepräsidenten Gomez geschiedenen Komplott dahin entschieden, daß genügend Beweismaterial vorliege, um die weitere Verhandlung dem Kriminalgerichtshof zu überweisen. Gleichzeitig erklärte der Bundesgerichtshof, daß Castro verfassungsmäßig von der Präsidentschaft suspendiert worden sei.

Aus der Partei.

Eine Enttäuschung.

Auf dem Nürnberger Parteitage führte Genosse Dr. Frank-Mannheim zur Rechtfertigung der Budgetbewilligung im badischen Landtage auch folgenden Grund an:

„Weiter ist uns die Zusage gemacht, daß in den Eisenbahnen, der allerdings nur beratende Stimme hat, Arbeiter, Gewerkschaftsvertreter zugezogen werden. Das ist jedenfalls ein Ausfluß der Erkenntnis, daß die Macht der Arbeiterklasse Gleichberechtigung und Berücksichtigung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens fordert.“ (S. 321, Protokoll.)

Auch auf diesem Gebiete bereitet die badische Regierung unseren Budgetbewilligern eine Enttäuschung. Es ist nämlich unser Mannheimer Parteiorgan, die „Volkstimme“ (Nr. 50), die zur Wahl der Genossen Segitz und Schägler in den bayerischen Eisenbahnrat ausruft:

„Im ‚Nisterlande‘ Baden denkt man an so etwas nicht; da hat man alle Hände voll zu tun, durch Verschlechterung der Fahrpläne dem arbeitenden Volke das Reisen zu verteuern, und in solchen Zeitläuften kann man Vertreter dieser Gesellschaftsklasse im Eisenbahnrat nicht brauchen. — Es ist bezeichnend, wie das einst so fortschrittliche Baden mehr und mehr auf allen Gebieten sich von anderen Ländern überlagern läßt.“

Das „einst so fortschrittliche Baden“, worin Genosse Frank die Sozialdemokraten „auf dem Wege zu voller bürgerlicher Gleichberechtigung“ sah, existiert aber nach dem Zeugnis des Mannheimer Parteiblattes nicht mehr.

Gemeinderatsfrage.

Bei einer Bürgerwählerwahl der 3. Klasse in Geestmünde, die durch Fortzug des bisherigen sozialdemokratischen Vertreters nötig wurde, stiegen die Stimmen der Sozialdemokratie gegen 1905 um 64, während die der Gegner um 39 zurückgingen.

Bei der Gemeinderatswahl in Steinfeld bei Verdun wurde ein Genosse mit 80 gegen 13 Stimmen als unanständiger Vertreter gewählt.

Eine sozialdemokratische Gemeindevorstanderversammlung des Regierungsbezirks Merseburg, die von 157 Landgemeindevorstellern aus 96 Landgemeinden und 14 Stadtverordneten aus 7 Stadtgemeinden besucht war, fand am Sonntag zu Halle a. S. statt. Nach einem heftig aufgenommenen Referat des Genossen Stadtverordneten Borhardt-Charlottenburg über die Tätigkeit unserer Genossen in den Gemeinden entspann sich eine sehr lebhaft ablaufende Debatte, in der zahlreiche Mißstände in Stadt und Landorten zur Sprache gebracht wurden. Die Volksschulverhältnisse verschiedener Orte wurden als tief traurig bezeichnet. In dem Dorfe Wehlitz bei Schandlitz wird z. B. einem Lehrer noch zugemutet, 120 Kinder in einer Klasse zu unterrichten. Allgemein sei es aber konstatiert worden, daß die sozialdemokratische Propaganda in den Gemeinden die Partei vorwärts bringe.

Die Mannheimer „Volkstimme“ brachte, durch unsere Kritik genötigt, ihren Lesern das kollektive Eingeständnis zur Kenntnis, aber nicht im Wortlaut und nur in indirekter Rede. Die Einleitung kollektiv, worin dieser es als eine ihm bisher unbekannte Tatsache erklärt, daß auf der Kleinheimbacher Konferenz, als er die befristete Neuerung geteilt habe, mehrere Pforzheimer Genossen zugegen waren, unterdrückt die „Volkstimme“. Dieses Geständnis mitzuteilen hätte allerdings Ueberwindung gekostet, weil sie in ihrer Nummer 42 die Behauptung des „Vorwärts“, daß jener kollektive Ausdruck in der Pforzheimer Parteiversammlung mehrfach bekräftigt worden sei, als „höllig und der Luft gegriffen“ bezeichnete.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Zu 50 M. Geldstrafe verurteilt wurde Genosse D. Klampp von der „Eisener Arbeiterzeitung“, weil er durch die Wandungen: „Man sollte doch nicht gleich so fiesch den Geschäftsmann hervorheben!“ und „Wenig ist Wenig und leben lassen soll man seine Vornamen auch“, einen Arzt beleidigt haben soll, der bei der Eintreibung seiner Honorare mit ungewöhnlicher Schroffheit vorging.

Auf zwei Monate in Gefängnis gegangen ist vorige Woche der alte Genosse und Redakteur der „Neubischen Volkszeitung“ Franz Kunkel. In dieser Gefängnisstrafe hat ihm in „Christlicher Nächstenliebe“ ein Pfarrer verholzt!

Soziales.

Beharrliche Arbeitsverweigerung.

Vor dem Gewerbegericht unter Vorsitz des Magistratsassessors Dr. Maguhn klagte am Montag der Zuschneider H. gegen die Firma Nathan u. Marcuse auf Zahlung einer Lohnvergütung für acht Tage wegen unrechtmäßiger Entlassung. Er war bei einem Wochenlohn von 38 M. und einer achtstägigen Kündigungsfrist seit dem 18. August 1905 bei der Beklagten beschäftigt. Am 8. Februar d. J. wurde er plötzlich entlassen. Der Grund bestand darin, daß Kläger am 1. Februar mit Zustimmung der Beklagten das Geschäft verließ, um einen Arzt aufzusuchen. Einer der Mitinhaber der Beklagten ging diesem nach und bemerkte, daß Kläger anstatt zum Arzt zu einer anderen Firma ging, um sich wieder eines in Aussicht stehenden Engagements dort vorzustellen. Von da an begab sich Kläger wiederum nach dem Geschäft zurück. Der Kläger verbleibt bei seiner Behauptung, einen Arzt seines Astmalleidens wegen aufgesucht zu haben. Doch habe er den Arzt nicht angetroffen; bei dieser Gelegenheit habe er allerdings bei der in Frage stehenden Firma mit vorgesprochen. Auf die Frage, weshalb der Kläger erst acht Tage später entlassen worden ist, erwidert die Beklagte, daß sie auf ihre telefonische Anfrage bei der vom Beklagten besuchten Firma erst am 8. Februar Antwort erhalten konnte.

Das Gericht verurteilte die Beklagte, an den Kläger die geforderte Entschädigung zu zahlen. Das Gericht ist zwar der Überzeugung, daß die Angabe des Klägers, er gehe zum Arzt, falsch und daß er nicht krank war. Doch sei in dem einmaligen Verlassen der Arbeit auf wenige Stunden eine beharrliche Arbeitsverweigerung nicht zu erblicken, zumal da die einmal wegen einer ähnlichen Unregelmäßigkeit erfolgte Verwarnung bereits länger als drei Monate zurückliegt.

Schiedsgerichts-Vertrauensärzte.

Von den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung des Stadtkreises Berlin und des Regierungsbezirks Potsdam sind auf Grund des § 8 des Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 für das Jahr 1909: 1. Dr. Weder, Geheimarzt in Berlin W. 30.

Verantwortl. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsanstalt

Rollenborfstr. 10, 2. Dr. Köhler, Sanitätsrat in Berlin W. 50, Augsburger Straße 43, 3. Dr. Wagner, Sanitätsrat in Berlin W. 30, Münchener Straße 48, 4. Dr. Engel, praktischer Arzt in Berlin W. 30, Landbüter Straße 22, 5. Dr. Heyl, Sanitätsrat in Berlin W. 50, Geisbergstr. 27, 6. Dr. Erwin Frank, praktischer Arzt in Berlin W. 15, Joachimshaler Straße 33/34, zu Vertrauensärzten gewählt worden.

Der Umsatz der Großverkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine im Jahre 1908.

Der Gesamtumsatz, den die Großverkaufs-Gesellschaft erzielte, betrug

im Jahre 1908	65 778 277,03 M.
1907	59 806 220,04
also mehr 1908	5 972 056,99 M.

Die Umsatzsteigerung beträgt 9,9 Proz., eine Steigerung, die angesichts der wirtschaftlichen Krise als befriedigend angesehen werden muß. In dem gleichen Jahre 1908 verzeichnete die schottische Großverkaufs-Gesellschaft einen geringen Rückgang ihrer Umsätze und die englische Großverkaufs-Gesellschaft vermochte ihre Umsätze nur um 9 800 000 M. oder 2,1 Proz. zu steigern.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ein Reinfall der Gelben.

Bei der Wäderrimmung „Konfordia“ fand gestern die Gewerkschaftswahl statt. Die Innung arbeitete mit allen Mitteln, um den Gelben zum Siege zu verhelfen. Es hat alles nichts geholfen. Im ganzen wurden 21 Stimmen abgegeben. 192 davon entfielen auf die Liste des Zentralverbandes, nur 94 auf die Liste des gelben Bundes. Einige Stimmen wurden für ungültig erklärt.

Das Resultat der Wahl zeigt, daß auch bei den Berliner Wädern die Ideen der modernen Arbeiterbewegung in hohem Maße Eingang gefunden haben und daß im Wädernberuf jetzt schon sogar die Zahl derer überwiegt, die der blauen oder gelben Fahne den Rücken gekehrt haben. Es ist noch nicht allzu lange her, wo die „Reisertreuen“ in den Reihen der Wädern dominierten. Jetzt werden, trotz aller Machenschaften der Innung, die Gelben an die Wand gequetscht.

Das Beispiel zeigt wieder einmal, daß man nur nötig hat, dem gelben Phantom energisch zu Leibe zu gehen und es erweist sich als das, was es ist: eben als ein Phantom!

Die Arbeitslosigkeit unter den Metallarbeitern.

Die Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes hat eine Aufstellung über die Arbeitslosenunterstützung gemacht, welche in verschiedenen Beziehungen sehr lehrreich ist. In der Aufstellung wird festgestellt, wieviel Arbeitslosenunterstützung in den letzten drei Jahren durchschnittlich auf jedes einzelne Mitglied entfällt. Dabei sind die Mitglieder nach Branchen aneinander gehalten. Hieraus ist ersichtlich, daß die einzelnen im Metallarbeiterverband vereinigten Branchen in sehr verschiedenem Maße von der Arbeitslosigkeit betroffen werden, daß aber in allen Branchen, ob sie nun im allgemeinen mehr oder weniger unter der Arbeitslosigkeit leiden, die Arbeitslosigkeit in den letzten beiden Jahren bedeutend zugenommen und besonders im vorigen Jahre einen ungeheuren Umfang in fast allen Branchen angenommen hat. Als ein lehrreicher Beitrag zur Feststellung des Umfangs der Arbeitslosigkeit sei die Tabelle hier veröffentlicht.

Arbeitslosenunterstützung pro Mitglied erhalten

	im Jahre 1906	1907	1908
Schlosser	8,08	7,05	13,05
Alempuer	6,89	12,15	25,65
Rohrleger, Helfer	20,01	19,95	25,50
Dreher	4,65	10,85	21,65
Fenster	7,35	8,95	20,00
Arbeiter	6,09	6,45	13,52
Wärter	9,44	10,35	19,38
Anschläger	13,05	40,15	58,58
Schleifer	6,45	8,50	16,40
Mechaniker	2,69	4,85	0,15
Drücker	13,35	8,05	17,83
Schaber, Präler	0,95	6,45	18,52
Schmiede	2,04	4,45	7,15
Elektromonteur	1,81	4,55	8,97
Arbeiterinnen	0,95	1,15	1,15
Nichtmetallarbeiter	2,35	11,65	18,52
Radler	3,02	13,35	22,23
Feilenhauer	1,62	0,75	11,23
Goldschmied	1,85	1,75	8,00
Stilleure	—	1,55	16,47

Der Schlächtermeister F. Erdmann, Slogauer Straße 10, schreibt uns, daß er die Neuerungen den zwei Organisationsvertretern gegenüber in der Aufregung getan habe. Gleichzeitig hat er auch die Forderungen der Gesellen anerkannt. Zentralverband der Fleischer. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Ausperrung von Hüttenarbeitern.

In dem Hüttenwerk von Hoffmann u. Mohy in der Kolonie Eisenpaltrei bei Eberswalde ist am Freitag, den 19. Februar, sämtlichen an den Schweißöfen beschäftigten Arbeitern gekündigt worden. Die Kündigung erfolgte, weil sich die Arbeiter weigerten, die Arbeiten, welche bisher von vier Arbeitern am Ofen zu leisten waren, für die Zukunft von drei Arbeitern geleistet werden soll. Der vierte Mann soll also für die Zukunft wegenommen werden. Nach übereinstimmender Erklärung der Arbeiter ist es ganz unmöglich, diese außerordentlich schwere Arbeit zu den von der Betriebsleitung gewünschten Bedingungen leisten zu können. Wie uns mitgeteilt wird, soll sich ein Meister angeboten haben, der Firma genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stellen zu wollen. Wir ersuchen daher, etwaige Arbeitsangebote nach dem Hüttenwerk der Firma Hoffmann u. Mohy, Kolonie Eisenpaltrei bei Eberswalde bis zur Erledigung der Differenzen abzulehnen. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Deutscher Metallarbeiterverband. 8. Bezirk.

Die Kohlenarbeiter in Apler Hofen befinden sich in einem Abwehrstreik. Der Tarif war am 21. Dezember 1908 abgekauft. Die Unternehmer hatten den Arbeitern mitgeteilt, daß sie wegen der schlechten Geschäftslage die Sätze des alten Tarifs nicht weiter zahlen könnten. Bei den Verhandlungen legten die Unternehmer einen neuen Tarif vor, nach dem der Preis für das Köchen der Kohlen von 50 Pf. auf Land pro englische Tonne (1016 Kilogr.) statt bisher 70 auf 60 Pf. festgesetzt wurde, für Verladen von Land auf Wagen statt bisher 40 auf 30 Pf.; der Stundenlohn soll — statt bisher 50 Pf. — jetzt 40 Pf. betragen.

Die Organisation der Hafenarbeiter beschloß darauf — um ersten Differenzen vorzubeugen — die Löhne wie folgt festzusetzen: Stücken von Schiff auf Land 60 Pf., von Land auf Wagen 35 Pf., Stundenlohn 45 Pf.

In den dann folgenden Verhandlungen erklärten sich die Unternehmer damit einverstanden, wollten aber den veralteten Tarif auf drei Jahre festlegen. Das lehnte die Organisation ab. Die in

der Kohlen-Handels-Gesellschaft organisierten Arbeiter suchen nun in den Zeitungen Arbeiter zu den zuerst von ihnen verkündeten Lohnsätzen. Die Arbeiter bestehen jetzt auf ihren alten Tarif und sind in den Abwehrstreik getreten. Es kommen 300 organisierte Arbeiter in Betracht.

Die städtischen Arbeiter in Frankfurt a. M. haben der Stadtverwaltung neue Forderungen unterbreitet, da den vorjährigen Wünschen nach Lohnaufbesserung in nicht befriedigender Weise Rechnung getragen wurde. Die Lohnforderungen sind: Anfangslohn in Klasse I 24 M. wöchentlich, steigend alljährlich um 1 M. pro Woche bis 30 M.; Klasse II 25 bis 31 M.; Klasse III 26 bis 32 M.; Klasse IV 27 bis 34 M.; Klasse V 29 bis 33 M. In den Klassen IV und V sollen die Löhne jährlich um 1,50 M. pro Woche steigen, so daß auch hier der Höchstlohn in sechs Jahren erreicht wird. Weitere Forderungen sind: Begleichung der Ueberstunden bis 9 Uhr abends mit 33 1/3 Proz.; Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeiten mit 50 Proz. Zuschlag; Sändigmachen der Arbeiter nach sechsmonatlicher Beschäftigung; Errichtung von Arbeiterausschüssen für alle Betriebe und Befreiung der Geldstrafen.

Die Errichtung von ständigen Schlichtungskommissionen hat der Bayerische Metallindustriellenverband seit 1 1/2 Jahren angefordert. Sie sollten die Aufgabe haben, auftauchende Streitigkeiten zwischen den Arbeitern und den Mitgliedern des Industriellenverbandes durch Schiedspruch zu beseitigen. Die Mitglieder der Ausschüsse sollten durch Verhältnismäßigkeiten bestimmt werden. Nimmweh teilt der Verband der Unternehmer mit, daß sich die Verhandlungen geschlagen hätten, und zwar durch die Schuld des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der „Forderungen gestellt habe, von denen er wußte, daß der Industriellenverband sie nicht bewilligen werde“. Sie betrafen den Wechsel des Vorsitzes in den Ausschüssen und den Ausschluß einer Beteiligung der Gelben. Der Scharnacherverband hat eine merkwürdige Auffassung von derartigen Verhandlungen. Er stellt sich, als ob er allein hier etwas zu „bewilligen“ und die anderen nur zu nicken hätten. Mit dem gleichen Recht kann die andere Seite sagen, daß er Bedingungen gestellt hat, „von denen er wußte, daß der Metallarbeiterverband sie nicht bewilligen könne“. Dem Metallarbeiterverband kann man es übrigens nicht verdenken, wenn er von einem Zusammenwirken mit den Jüngern des Lebens in Ausschüssen nichts wissen will. Das gebietet schon das persönliche Reinlichkeitsgefühl.

Ausland.

Ausperrung in der Schuhindustrie Kopenhagens und Vertragsverlängerung in der dänischen Eisenindustrie.

Der vor drei Jahren zwischen dem Verein der Schuhwarenfabrikanten Kopenhagens und dem Schuharbeiterverband abgeschlossene Tarifvertrag ist am 15. Januar abgelaufen, ohne daß ein neuer Vertrag zustande kam. Die Arbeiter hatten bescheidene Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse verlangt, die Fabrikanten wollten Verschlechterungen durchgeföhrt wissen und beschloßen, als sie damit nicht durchdrangen, eine allgemeine Ausperrung am 22. Februar, falls die Arbeiter sich bis dahin nicht fügen würden. Nun hat eine Generalversammlung der Schuharbeiterorganisation mit 445 gegen 230 Stimmen die Vorschläge der Fabrikanten und die weitere Verhandlung darüber abgelehnt. Danach ist also am gestrigen Tage die allgemeine Ausperrung der Schuhfabrikarbeiter von Kopenhagen zur Tatsache geworden.

In der dänischen Eisenindustrie hatten die Unternehmer bekanntlich eine allgemeine Ausperrung der ungelerten Arbeiter beschloßen, die am 16. Februar durchgeföhrt werden sollte. Infolge weiterer Verhandlungen wurde der Termin inzwischen um acht Tage hinausgeschoben, und nun haben die Eisenindustriellen ihren Ausperrungsbeschloß rückgängig gemacht, nachdem die Arbeiter sich bereit erklärt, gezwungen durch die fürchtbare Arbeitslosigkeit, der zweijährigen Verlängerung des alten Tarifvertrages ihre Zustimmung zu geben. Sie taten das jedoch mit dem Vorbehalt, ihre Forderung — die ihnen im alten Vertrag versprochen, aber nun von den Unternehmern abgelehnte Erhöhung der Stundenlöhne um 1 Dore — zunächst vor dem gewerblichen Schiedsgericht, und wenn das nicht fruchtet, vor den ordentlichen Gerichten geltend zu machen.

Ein Textilarbeiterstreik ist in Frederiks havn (Zitland) ausgebrochen infolge Lohnherabsetzungen und Minderregelung der Organisationsleiter.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Kampf gegen das Oberhaus.

London, 22. Februar. Unterhaus. In fortgesetzter Adreßdebatte brachte Bonsondy (liberal) ein Amendement ein, in dem er verlangt, daß gegen das Oberhaus gesetzliche Maßnahmen ergriffen werden sollen, in der Richtung, wie sie Campbell-Bannerman im Jahre 1907 vorgezeichnet habe. Bonsondy erklärte, eine Verzögerung in dieser Angelegenheit wane den Erfolg der Regierungspläne gefährden, und er verlangte, daß nach in dieser Session eine Vorlage eingebracht werde, durch die das veto des Oberhauses eingeschränkt werde. Premierminister Asquith führte aus, daß ein Vorgehen, wie es Bonsondy beabsichtigt habe, die sofortige Schließung der Session bedeuten würde. Für ein solches Vorgehen gebe es unüberwindbare Einwände. Die Regierung sei nicht geneigt, dem Oberhause das Recht zuzugestehen, den Zeitpunkt für eine Auflösung des Parlamentes zu diktieren. Die ganze Sessionzeit sei Aufgaben gewidmet, die nicht billigerweise oder zum besten der Landesinteressen unterbucht oder halb vollendet gelassen werden könnten. Der Premierminister erinnerte an das Budget, an die irische Landbill sowie an verschiedene sozial-reformatorische Maßnahmen und sagte, hier sei Arbeit von höchster Wichtigkeit, die die sofortige Aufmerksamkeit des Hauses verlangt. Die Regierung habe nicht die Absicht, der Austragung der Oberhausfrage aus dem Wege zu gehen oder sie zu vertagen, und bei der erst möglichen Gelegenheit, die mit den von ihm angegebenen parlamentarischen Verpflichtungen vereinbar sei, werde dem Hause eine Lösung vorgeschlagen werden; durch einen kleinen Ausschub werde nichts verloren gehen.

Schneestürme in Galizien.

Lemberg, 22. Februar. (W. T. M.) Aus allen Teilen Galiziens laufen Meldungen über große Schneestürme infolge der seit zwei Tagen anhaltenden Schneestürme ein. Einzelne Ortschaften sind vom Verkehr ganz abgeschnitten. Auf acht galizischen Bahnhöfen wurde der Verkehr eingestellt. Einzelne Straßen im Bezirk Tarnopol sind derzeit verweht, daß man in die umliegenden Orte nicht einmal mit dem Schlitten gelangen kann. Am heftigsten wüten die Schneestürme an der russischen Grenze. Zwei Personenzüge und drei Güterzüge sind im Schnee stecken geblieben. Von den Zügen ragen nur die Rauchfänge der Lokomotive hervor. Hunderte von Arbeitern und Militär arbeiten an der Freimachung.

Berschütet.

Lüttich, 22. Februar. (W. T. M.) Bei Todhamos sind drei Erdarbeiter durch Herabstürzen der Erdmassen verschüttet worden. Einer war sofort tot, die beiden anderen sind lebensgefährlich verletzt.

Im Kampfe mit Banditen.

Lissabon, 22. Februar. (W. T. M.) Zwischen einer Räuberbande und einer Anzahl Zivilisten kam es in der spanischen Grenzortschafft Colrarde zu einem blutigen Zusammenstoß. Die Banditen ergriffen schließlich die Flucht, nachdem sie fünf ihrer Leute, unter ihnen eine Frau, tot auf dem Kampfplatze zurückließen. Fünf weitere Banditen wurden festgenommen.

Verantwortl. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsanstalt

Abgeordnetenhaus.

37. Sitzung Montag, den 22. Februar 1909, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Arnim-Crieten.

Zweite Beratung des Landwirtschaftsetats.

Die allgemeine Besprechung wird beim Titel „Gehalt des Ministers“ fortgesetzt.

Abg. Wamhoff (nall.): Es freut mich, daß der Minister die Hochwasserschäden anerkannt und Hilfe versprochen hat. Der Minister sagte freilich, der Schaden ließe sich noch nicht absehen. Das mag richtig sein, aber eine Abschlagszahlung könnte doch jetzt schon gewährt werden, denn rasche Hilfe tut not. Wünschenswert wäre es, wenn auch die Fonds zur Hebung der Pferdezucht erhöht würden; die jetzt bewilligten Summen sind zu niedrig! Energisch zurückweisen muß ich die Behauptung, als ob die Landwirtschaft alle möglichen Vorteile für sich beanspruche. Dies hat die Landwirtschaft nicht getan, sie hat nur das verlangt, was im Interesse der Erhaltung der heimischen Produktion unbedingt nötig war.

Abg. Frhr. v. Wolff-Metternich (P.) (fast unverständlich) tritt dafür ein, daß in den Großstädten das Interesse für die Landwirtschaft mehr geweckt werde, und klagt über zu große Steuerlast auf dem Lande.

Abg. Dr. v. Compe (nall.): Die Landwirtschaft in meinem Wahlkreis wird sehr durch die Abwässer der Bleihütten geschädigt, 2000 Morgen sind für die landwirtschaftliche Kultur verloren. Die Landwirte besitzen ihren Schaden auf 1386 000 Mark. Ich möchte dringend bitten, daß hier Abhilfe geschaffen wird.

Ein Regierungskommissar: Der Minister hat angeordnet, daß Kläranlagen angelegt werden, damit aus den Abwässern der Bergwerke das Oberharzes nicht mehr schädliche Stoffe in die Innerziele fließen können.

Abg. Engelmann (nall.): Kein Zweig der Landwirtschaft liegt so demüder wie der Weinbau. Ich bitte deshalb den Minister, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die Wünsche des preussischen Weinbauers berücksichtigt werden. Entschieden muß ich mich aber gegen eine Weinsteuer in jeder Form aussprechen.

Abg. Dr. Pashniko (ref. Vg.): Die Frage der Weinsteuer gehört nicht hierher, sondern in den Reichstag. Der Wert der landwirtschaftlichen Produktion beträgt etwa 15 Milliarden, der der gewerblichen aber 36. Deshalb darf man nicht eine einseitige Wirtschaftspolitik treiben, die nur die Landwirtschaft begünstigt. Der Frage der Landarbeiter widmen wir große Aufmerksamkeit. Aber man fördert die Interessen der Landarbeiter nicht, wenn man ihre Rechte, etwa durch Verkürzung der Freizügigkeit, beschneiden will. Gefangene sollte man in der Landwirtschaft nur in Ausnahmefällen beschäftigen. Den Professor Plate muß ich gegen die Angriffe des Zentrums verteidigen. Der Gelehrte muß keine Heberzeugung bekennen, das ist er seiner Heberzeugung schuldig.

Abg. Leinert (Soz.):

In der Debatte ist wiederholt gesagt worden, daß die Lage der Landwirtschaft keine glänzende sei. Man hat dies wohl nur in der Absicht gesagt, um wieder mit neuen Millionenforderungen für die Landwirtschaft zu kommen bei der Erneuerung der Handelsverträge, die in einigen Jahren bevorsteht. Demgegenüber muß ich betonen, daß von einer Not der Landwirtschaft keine Rede sein kann, sondern daß es im Gegenteil der Landwirtschaft so gut geht wie noch nie. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dies ist eine Folge unserer Zollpolitik, der Landwirtschaft geht es gut auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. (Lachen rechts.) Im Jahre 1902 war das Gesamteinkommen der Landwirtschaft 2557 Millionen, es stieg 1905 auf 2813 Millionen, 1908 auf 3759 Millionen. Die Zahl der ländlichen Jeniten über 900 M. betrug 1902 1 430 000, sie stieg 1905 auf 1 570 000 und 1908 auf 2 120 000. Diese große Steigerung ist also erst nach Inkrafttreten der Handelsverträge eingetreten. Besser noch als diese Zahlen zeigt die Statistik der Einkommensteuer überhaupt, daß ein glänzender Reichtum in das Land gekommen ist. Die Zahl der ländlichen Jeniten über 3000 M. betrug 1902 103 542; 1905 115 000; 1908 135 435. Sie ist also in sechs Jahren um 82 000 gestiegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Gesamteinkommen der Landwirtschaft betrug 1902 1000 Millionen. Es stieg 1905 auf 1128 Millionen und 1908 auf 1353 Millionen. Es hat also in den letzten drei Jahren um 225 Millionen zugenommen. Das Einkommen aus Handel und Gewerbe auf dem Lande hat eine solche Steigerung auch nicht entsetzt erfahren. Die

letzten drei Jahre sind also Jahre reichen Segens für die Landwirtschaft gewesen. Die Landwirte haben

Schätze gesammelt auf Kosten der Armut.

(Lachen rechts.) Dies zeigt auch die Statistik der Ergänzungssteuer. Ergänzungssteuer bezahlen bekanntlich nur solche Leute, die ein Vermögen über 6000 M. haben. Solche Jeniten gab es auf dem Lande 1902 680 000, 1905 710 000, 1908 780 000. Die Zahl der Jeniten ist also in den letzten sechs Jahren um 100 000 gestiegen. Darunter befanden sich doch gewiß keine Arbeiter. Das Vermögen auf dem Lande betrug 1902 23 Milliarden; 1905 30 Milliarden; 1908 31 Milliarden. Das Vermögen hatte sich also um 6 Milliarden erhöht. Nun sagt der Abg. Arsch, auch die Schulden auf dem Lande sind enorm gestiegen. Dem muß ich entschieden widersprechen. Die Schulden auf dem Lande betragen 1902 4201 Millionen; 1905 4811 Millionen und 1908 5295 Millionen. Gegenüber der Schuldenvermehrung der letzten drei Jahre von 481 Millionen steht aber eine Kapitalvermehrung von 5 Milliarden, d. h. mit anderen Worten, der Vermögenszuwachs der Landwirtschaft beträgt ebensoviel, wie ihre ganze Schuldenslast. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts solcher Verhältnisse läßt es sich auf dem Lande schon leben. (Weiterleut.) Die Landwirtschaft hat es eben verstanden, durch Brot, Fleisch und Milch sich eine glänzende Existenz zu verschaffen. Dazu kommen noch andere Maßnahmen, wie z. B. die Einfuhrschneide, über die hier schon gesprochen ist. Den Vorteil haben aber einzig und allein die

Großgrundbesitzer.

Die Kleinbauern sind an der Vermögensvermehrung nicht beteiligt. Der Staat gewährt der Landwirtschaft Zuwendungen, die kein anderer Stand bekommt. Allein für die Landwirtschaftskammern gibt der Staat einen Zuschuß von drei Millionen. Wo finden Sie denn eine Handelskammer oder eine Handwerkskammer, die einen solchen Zuschuß bekommt? Den Nutzen von allen diesen Maßnahmen hat auch nicht der Staat, wie es immer dargestellt wird, den haben einzig und allein die Agrarier. Die Agrarier haben diese Zuwendungen auch nur bekommen, seit der Bund der Landwirte in seine strupellose Agitation eingetreten ist. Er verfährt nach dem Rezept, immer zu schreien. Dann hat er auch immer alles bekommen, was er haben wollte. Die Agrarier haben ja früher schon gesagt, wenn wir keine Staatshilfe bekommen, gehen wir zu den Sozialdemokraten. Wir haben ihnen damals schon erwidert, für solche Genossen danken wir.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die zu uns gekommen sind, sind ja auch bald wieder fortgegangen, weil sie gesehen haben, daß der Kampf um Gleichberechtigung ein idealer Kampf war und weil ihr Streben auf Ideale nicht gerichtet ist, da sie nur Gewinne machen wollten auf Kosten der Bevölkerung. Deshalb sind auch die Agrarier, die zu uns gekommen sind, bald wieder zu den Fahren des Junkertums zurückgekehrt. — Angesichts der glänzenden Lage der Landwirtschaft muß man sich die Frage vorlegen, ob die Staatszuschüsse für die Landwirtschaft nicht reduziert werden müssen. Man könnte sie vielleicht sogar ganz abschaffen. Ich erlaube gern an, daß die Landwirtschaft sich auch durch Selbsthilfe weiter geholfen hat, besonders durch das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen. Es macht da aber einen fonderbaren Eindruck, daß die Landwirtschaft sich selbst zu Genossenschaften zusammenschließt, aber ihren Arbeitern den Beitritt zu den Konsumgenossenschaften verbietet. Der Abgeordnete Arsch meinte, man könnte das Einkommen der Landwirtschaft sehr leicht feststellen. Das scheint aber doch nicht der Fall zu sein, sonst würden doch wohl nicht so viele Prozesse wegen Steuerhinterziehung gegen Großgrundbesitzer vorgekommen sein. In meinem Wahlkreis sind drei Großgrundbesitzer, die überhaupt keine Einkommensteuer zahlen. Das ganze Bestreben der Agrarier geht nur dahin, die Preise der Produkte zu heben, und sie verdienen es, nicht nur die Hilfe des Staates, sondern auch die der Provinzen heranzuziehen. So sollte in Hannover eine Pferdeverwertungsgenossenschaft gegründet werden, wenn 750 Anteilscheine gezeichnet wären. Es wurden aber nur 500 gezeichnet, und da ging man an die Provinzialverwaltung heran, die übrigen Anteilscheine zu übernehmen. Es wurde denn auch ein Kapital von 50 000 Mark hergegeben. Für welche anderen Volksklassen geschieht wohl so etwas? (Lachen rechts: Die Gewerkschaften!) Sie sollten doch auch so viel Verständnis haben, daß man einen solchen Einwand nicht machen kann, und daß die Genossenschaften eine gebieterische Notwendigkeit waren gegenüber der Verteuerung der Lebensmittel der Agrarpolitik. Durch die Tätigkeit der Landwirtschaftskammern und der landwirtschaftlichen Vereine werden jetzt durch landwirtschaftliche Produkte,

die früher nur ganz nebenbei gehalten wurden, kolossale Einnahmen erzielt. Namentlich hat die Milchwirtschaft große Summen gebracht, die sogar höher sind als die Einnahmen aus der gesamten Brotgetreideernte. Ihr ganzes Geschäft über die Höhe der sozialen Lasten stimmt sonderbar mit den Tatsachen überein. Sie wollten ja, daß die großen Kapitalien der Arbeiterversicherung für Ihre Zwecke dienstbar gemacht werden. Sie wollten, daß die Kosten der Unfallversicherungsanstalten verflümmert werden Sie sind wiederholt eingetreten für eine

Verringerung der Unfallrente.

Das ist keine soziale Fürsorge. Außerdem will ich darauf hinweisen, daß der Landrat von Fischhausen eine Gesamtumordnung erlassen hat, worin er erklärt, daß beim Umtausch der Invalidenversicherungsarten verschiedene Unregelmäßigkeiten seitens der Amts- und Ortsvorsteher vorgekommen sind. Erwidernemachen seien eine ganze Reihe von Karten nicht eingegangen. In allen Fällen handelte es sich um Angestellte der eigenen Beamten der Guts- und Amtsvorsteher, so daß die Vermutung nahe liegt, daß man nicht aus Nachlässigkeit, sondern um Geld zu eripieren so gehandelt hat. Es wurde da unabweisbar eine Urkundenfälschung, ein Betrug im Sinne des Strafgesetzes begangen. Die Forderung, daß Unfallrenten bis zu 25 Proz. nicht gezahlt werden sollen, beweist auch, daß Sie trotz Ihres kolossalen Reichtums sich noch

auf Kosten der Armen und Krüppel

bereichern wollen. In Aussicht steht jetzt, daß die Krankenversicherung endlich auch auf die Landarbeiter ausgedehnt werde. Dies wird von heilsamer Wirkung sein auf die gesamte Lage der Landarbeiter. Aber da sehen wir, daß mehrere Landwirtschaftskammern erklären, das sei nicht notwendig. Insbesondere hat die Landwirtschaftskammer von Döpreußen sich dafür ausgesprochen, daß eine allgemeine Ausdehnung des Krankenversicherungsgesetzes nicht erforderlich sei. In ihrer diesbezüglichen Eingabe heißt es: Sollte die Krankenversicherung eingeführt werden, so dürfte nicht übersehen werden, daß es ersten finanziellen Bedenken unterliegt, wenn der Staat sich nicht zur Gewährung der Leistung entschließt. Denn die Versicherung würde in solchen Fällen für Arbeitgeber und Versicherte eine Belastung mit sich bringen, die ihre wirtschaftliche Existenz aufs schwerste bedrohen würde. Diese Behauptung läßt sich wirklich nicht aufrecht erhalten. Sie wollen selbst die geringen Kosten für die Krankenversicherung nicht bezahlen, weil das den Arbeitern zugute käme. Erwähnen will ich hier noch eine Behauptung des Abgeordneten von Oldenburg, die er in einer Sitzung der westpreussischen Landwirtschaftskammer getan hat. Er erklärte, im preussischen Staatswesen gäbe es eine geordnete und eine ungeordnete Vertretung der Landwirtschaft. In den Augen der Regierung sei der Landwirtschaftsrat, das Landesökonomienkollegium und die Landwirtschaftskammer die geordnete, und der Bund der Landwirte die ungeordnete Vertretung. In den Augen der Landwirte sei es jedoch umgekehrt. Da sei der Bund der Landwirte die geordnete Vertretung. Wenn die Kammern nicht genug Selbstständigkeit haben, seien sie geringwertige Institutionen, die jeden Kredit verlieren. Die Gelder werden vom preussischen Volke gezahlt. Die Vertretung der Landwirtschaft wolle, daß davon in erster Linie Landwirte und Vereine unterstützt werden, die der Landwirtschaft nützlich sind. Dies möge der Minister beherzigen. Die Landwirtschaftskammern seien keine Untergebenen des Ministers, sie stehen zwar unter staatlicher Kontrolle, aber nicht unter staatlichem Kommando. Wenn man das liest, kommt man zu dem Schluß, der Landwirtschaftsminister solle die Gelder, die er den Kammern zur Verfügung stellt, fortan den Organisationen des Bundes der Landwirte zur Verfügung stellen. Ich bin der Meinung, daß fortgesetzte Erhöhung der staatlichen Subvention für die Landwirtschaft dazu führen kann, daß die Selbsthilfe, das berechtigste Streben, selbst zu etwas zu kommen, immer mehr nachläßt. Die gutgefütterte Landwirtschaft wird es verlernen, sich selbst zu helfen in Zeiten, wo es ihr nicht gut geht. Die Großgrundbesitzer sind die

verzogenen Kinder der heutigen Gesetzgebung.

Jeder Wunsch wurde ihnen bisher erfüllt und mußte erfüllt werden, da sie nicht bloß die preussische, sondern alle anderen Parlamente, die Provinziallandtage, die Kreisräte und Kreisaußenstände beherrschten. In allen diesen Institutionen bewilligen sie die Gelder für sich selbst. Die Landwirte sollten ruhig sein und sich ihres Wohlstandes freuen, statt immer von neuem in eine Agitation einzutreten, die nur darauf gerichtet ist, die Verantwortlichkeit zu täuschen. Es ist eine Täuschung, daß es den Landwirten nicht gut geht. Statt zu schreien, sollten Sie dafür wirken, daß der preussische Staat aus der Hörigkeit der Junker herauskommt. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kleines feuilleton.

Der Zusammenhang der Erdbeben. Die tiefe Bewegung, die infolge der subatlantischen Erdbebenkatastrophe die gesamte Kulturwelt ergriffen hat, hat allmählich einer ruhigeren, überlegenden Stimmung Platz gemacht, so daß nach der tiefererschütternden menschlichen Seite des ungeheuren Unglücks auch die wissenschaftliche Untersuchung und Beurteilung zu ihrem Recht kommen darf. Eine der Fragen, die sich bei solchen gewaltigen Naturereignissen zunächst aufdrängen ist die, ob nach dem ungeheuren Schläge, mit dem der Hammer des Schicksals die Menschheit trifft, nicht noch Nachwirkungen eintreten, die neues Unglück und Elend mit sich bringen können. Es ist auch Tatsache, daß jedem großen Erdbeben eine Reihe von Nachstößen folgt, die sich erst allmählich, wie eine Welle, die ein ins Wasser geworfener Stein hervorbringt, beruhigen und verlaufen. Im Jahre 1783 wurden in Montecelone nicht weniger als 949 Stöße verzeichnet und im Jahre 1784 deren 159. Bei dem jetzigen großen Erdbeben in Calabrien ist die gleiche Erfahrung gemacht worden. Nach der Katastrophe brachten die Tagesblätter fortwährende Meldungen von neuerlichen Erschütterungen, die jedoch zu unvollständigen und unsystematischen waren, um ein vollständiges Bild zu geben. Einige von diesen Nachstößen waren heftig genug, um schon erschütterte Mauern und Gebäude vollends zum Einsturz zu bringen, und einzelne hatten arge Verwüstungen angerichtet, wenn eben noch etwas dagewesen wäre, was hätte verwüstet werden können. Der erste von diesen Nachstößen ist am 23. Januar um 7 Uhr 24 Minuten nachmittags eingetreten. Er soll in Reggio kaum minder heftig gewesen sein, als der Stoß am 28. Dezember und verursachte den Einsturz einer großen Menge von Häusern. Allerdings ist diese Angabe immerhin mit einer gewissen Vorsicht aufzunehmen, da man damit zu rechnen hat, daß ein Erdbeben eine so fürchterliche Nervenerregung in den Bewohnern der betroffenen Gegenden hervorruft, daß sie dazu geneigt sind, in leichteren Erschütterungen eine Wiederholung der früheren zu erblicken. Gleichwohl scheint der Nachstoß vom 23. Januar recht stark gewesen zu sein, ist es unwahrscheinlich, daß er die volle Heftigkeit des ersten Stoßes erreicht hat. Abgesehen von diesen örtlichen Nachwirkungen pflanzt sich die Erdbebenwelle auf sehr weite Entfernungen fort, so daß große Beben auf der Feinheit der Instrumente in allen Teilen der Welt verspürt werden. Allerdings muß man um so vorsichtiger sein, Zusammenhänge festzustellen, die vielleicht der Wirklichkeit durchaus nicht entsprechen. Das größte der um die Zeit der Katastrophe in Calabrien verzeichneten Beben fand am 11. Januar in Nordamerika statt, und am 19. Januar folgte hier eine gleichfalls sehr bedeutende Erschütterung in Kleinasien. Das amerikanische Beben wurde um 3 Uhr 55 Minuten nachmittags in Victoria (Canada) beobachtet, wo sein Zentrum gelegen war. Verschiedene Orte der Union meldeten das gleiche Beben. Nach den

Verichten, die eingegangen sind, scheint die Erschütterung in Kleinasien eine ziemlich starke und ausgedehnte gewesen zu sein. Am 13. Januar fand in Norditalien ein Erdbeben statt, das vielleicht ein sogenannter „sympathischer Nachstoß“ war, der durch den Ausgleich der in der Erdkruste infolge der Katastrophe von Messina-Calabrien entstandenen Spannungen eintrat. Es ist immerhin auffallend, daß das Erdbeben in Calabrien relativ vereinzelt geblieben ist, so daß man von einer Gesamterhöhung der seismischen Tätigkeit eigentlich nicht sprechen kann. Diese Vereinzeltung mag dadurch erklärlich sein, daß es trotz der fürchterlichen Folgen zwar als eine gewaltige, aber doch nicht als eine ganz große Erschütterung bezeichnet werden kann. Der größte Durchmesser des betroffenen Gebietes erreichte noch nicht 400 Kilometer, und bei höchster Schätzung ist seine Oberfläche nicht größer als 95 000 Quadratkilometer gewesen. Daß diese Distanz verhältnismäßig nicht bedeutende sind, zeigt ein Vergleich mit dem kalifornischen Erdbeben von 1905, wo 372 500 Quadratkilometer, und mit dem indischen Beben von 1897, wo sogar 1 750 000 Quadratkilometer getroffen wurden. Auch andere Umstände sprechen dafür, daß es sich nicht um eine Umwälzung ersten Ranges gehandelt hat.

Woher kommt das Wort Tarif? In einem der vielbelegtesten Worte gehört die Bezeichnung Tarif, die besonders im gewerkschaftlichen Leben eine ganz außerordentliche Rolle spielt und übrigens auch in diesem engen Rahmen Gegenstand oft lebhafter Auseinandersetzung über die Begrenzung dieses Begriffes gewesen ist. Neben der Anwendung im Rahmen der gewerkschaftlichen Politik spielt der Ausdruck in der Zollpolitik und auch sonst im Handelsverlehe eine ganz bedeutende Rolle. Leber die Entstehung des Wortes wurde auch schon viel herumgesprungen. Wir finden in einer Abhandlung des Professors Hans Strigl „Kaufmännische Ausdrücke, sprachgeschichtlich erläutert“ im 10. Jahrbuche der Epistoladenie des österreichischen Handelsministeriums die nachstehenden Ausführungen über das Auftreten und über den Ursprung des Wortes Tarif: „In seinem Fremdwörterbuche „A la Mode“ Sprach der Teutschen“, Nürnberg 1728, hat Sperander (H. Gladow) das Wort Tarif zum erstenmal gebildet. Das verbreitete Wort — italienisch tariffa, spanisch und portugiesisch tarif, französisch tarif, englisch tariff — ist arabischen Ursprungs, lautet in dieser Sprache tarik und bedeutet „Vermahnung“, „Nachricht“, „Anzeige“. Es gehört zu dem Wurzelverbum „arafa, kennen“, „erkennen“, „erklären“, „anzeigen“. Zur Verbreitung des Ausdrucks soll der darauf beruhende Name des Orts Tarifa in Spanien besonders beigetragen haben.“

Die Anwendung des Wortes auf die kollektiven Arbeitsverträge, die nicht sehr angemessen scheint, weil sie nicht durchaus eindeutig ist, scheint in Deutschland aufgenommen zu sein. Es wäre jedenfalls interessant, wenn man feststellen könnte, wann im Zusammenhänge mit der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung das Wort Tarif zum ersten Male Anwendung gefunden hat.

Ein Riesensarometer. Der Geburtsort des berühmten Physikers Torricelli Faenza ist die Wiege eines eigenartigen physikalischen Instruments geworden, das der Jesuitenpater Alfani dort konstruiert hat. Es handelt sich um das größte Barometer der Welt. Das gewöhnliche Quecksilberbarometer besteht aus einem Glasrohr, das mit Quecksilber bis zur Höhe von 700 Millimeter angefüllt ist, während sich darüber das berühmte „Torricellische Vacuum“ befindet. Diese Höhe von 760 Millimeter entspricht bekanntlich dem Druck, den das Gewicht der Erdatmosphäre auf das Quecksilber ausübt. Die Erdatmosphäre wird natürlich eine umsoweniger hohe Säule einer Flüssigkeit heben können, je größer das spezifische Gewicht dieser Flüssigkeit ist. Nimmt man an Stelle des schweren Quecksilbers in der Barometeröhre etwa Del, aus dem jede Spur von Luft entfernt ist, wie dies Alfani getan hat, so wird die Höhe der Flüssigkeitssäule, die dem Luftdruck das Gleichgewicht hält, über 11 Meter betragen. Alfani hat nun dies sonderbare Barometer tatsächlich praktisch ausgeführt. Es ist wohl die höchste Barometersäule, die jemals in Wirklichkeit gesehen wurde. Mit Wasser gefüllt wäre die Höhe, statt der 11,10 Meter des Delbarometers, nur 10,92 Meter betragen.

Humor und Satire.

Ein glänzendes Engagement.

„Mein Fräulein,“ sagt der Herr Intendant, „Das Fach der Kassen, es ist balast. Ich engagiere Sie gerne, mein Kind, weil Sie hübsch und jung und talentvoll sind! Denn auf ein nettes, pitantes Gesicht lege ich ganz besonderes Gewicht!“ Als Sage bekommen Sie, Fräulein, im Jahr Die enorme Summe von tausend Mark bar. Davon bekommt, wie bekannt, der Agent Auf Lebensdauer nur zehn Prozent. Und — darauf leg' ich besonderes Gewicht — Mein Fräulein, organisier' n Sie sich nicht! Die Strafgelder sind bei mir nicht stark: Es schwant zwischen zwanzig und hundert Mark. Vor allem bleiben Sie hübsch gesund. Denn Heiserkeit ist ein Entlassungsgrund. Und — darauf leg' ich besond' res Gewicht — Toiletten, die unmodern, dulde ich nicht! Für jede Rolle ein neues Kleid! Sonst bringen Sie's nie auf der Bühne weit. Ich sagte doch schon, mein liebes Kind, Daß Gut und Stoff im Ihre Sache sind? Zum Schluß — darauf leg' ich besond' res Gewicht — Leben Sie sitz' am und fallen Sie nicht!“ (Arzchen in der „Jugend“.)

Abg. Nissen (Däne) beklagt es, daß eine Prämierung eines Geflügelhofes später durch die Landwirtschaftskammer in Schleswig-Holstein wieder zurückgezogen wurde.

Abg. D. Sanderberg (natl.): Es ist nicht richtig, daß die Staatsunterstützung für die Landwirtschaft bloß dem Großgrundbesitz zufließt, der mittlere und der Kleinbesitz haben mehr Vorteile davon als der Großgrundbesitz. Der Weinbau bedarf einer stärkeren Berücksichtigung als er bis jetzt gefunden hat.

Abg. v. Rappenheim (L.): Ich gehe zu, daß die Landwirtschaft jetzt hoffnungsvolleren Zeiten entgegengeht, aber es ist zweifellos, daß die Landflucht gerade der jüngeren Elemente noch im Wachstume ist. Die Ausführungen des Herrn Reinert bedürfen keiner sachlichen Widerlegung, aber ich möchte doch feststellen, daß sie einen Mißbrauch dieser Rednertribüne darstellen. Bei der geringsten Prüfung des Staats hätte Herr Reinert solche Behauptungen nicht aufstellen können. Wenn er behauptet, daß das Landwirtschaftsministerium im Etat gegenüber den anderen bevorzugt werde, so muß ich annehmen, daß er wider besseres Wissen gesprochen hat. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Beifall rechts.) Herr Reinert ist es offenbar nur um die Verheerung der Bevölkerung zu tun. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Landwirtschaftsminister v. Arnim: Wenn Herr Reinert behauptet hat, daß die Regierung den Großgrundbesitz gegenüber dem mittleren und kleineren bevorzugt, so ist er im Unrecht. Denn von den 31 Millionen Mark, die der Etat für die landwirtschaftliche Verwaltung vorsieht, entfallen 10,8 Millionen Mark auf die General-Kommissionen, deren Tätigkeit sich fast ausschließlich auf den kleinen Besitz beschränkt. Ebenso kommen die Ausgaben für Lehranstalten, die 5 Millionen für das Veterinärwesen und die 4 Millionen für Förderung der Viehzucht vor allem dem kleinen Besitz zugute. Die Behauptungen des Herrn Reinert sind also ganz haltlos.

Damit schließt die allgemeine Besprechung. Das Gehalt des Ministers wird bewilligt. Angenommen wird ein Antrag Dr. Heißig (Z.) auf Neuregelung des Tagewesens.

Persönlich erklärt

Abg. Reinert (Soz.): Herr v. Rappenheim hat gesagt, ich habe viele Behauptungen wider besseres Wissen aufgestellt. Gegenüber dieser dreifachen Anmaßung kann ich nur sagen, daß es ein Mißbrauch der Rednertribüne ist, von sich auf andere zu schließen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

In der Einzelberatung befragt

Abg. Eder (natl.) einen Antrag, vom Jahre 1910 ab Mittel in den Etat einzustellen für die Förderung des hauswirtschaftlichen Unterrichts schulentlassener Mädchen auf dem Lande.

Landwirtschaftsminister v. Arnim: Durch das Dotationsgesetz sind derartige Ausgaben den Provinzialbehörden überwiesen, der Staat ist also nicht in der Lage, viel dafür zu tun. Jedoch gebe ich zu, daß es sich hier allerdings um eine sehr wichtige Aufgabe handelt, und wir werden tun, was in unseren Kräften steht. Wir haben jetzt schon 4 wirtschaftliche Frauenschulen und 27 landwirtschaftliche Schulen und 42 Haushaltungsschulen; außerdem werden durch Wanderlehrer eine große Anzahl von Kurien abgehalten. Wir meinen, daß ebenso wie der Mann für die Landwirtschaft die Frau auf dem Lande für den Haushalt vorbereitet werden muß, und wir hoffen, die Haushaltungsschulen ebenso hochzubringen wie die Winterschulen.

Abg. Brandhuber (Z.) weist auf die erzieherische Bedeutung der landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen hin.

Abg. Gröger (fr. Sp.): Im Osten läßt das landwirtschaftliche Fortbildungsschulwesen noch sehr viel zu wünschen übrig. Es müßte dort weit mehr geschehen, denn der Beruf des Landmannes erfordert mit jedem Jahre mehr eine bessere Ausbildung.

Abg. Heine (natl.): Die landwirtschaftlichen Lehrer müssen besser gestellt werden, damit sie die Stellen an den landwirtschaftlichen Schulen nicht nur als Durchgangsposten betrachten.

Hierauf wird der Antrag Eder angenommen.

Sodann vertagt sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr: Fortsetzung der heutigen Beratung und Geschäftstat.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Lebensmittelpreise und Haushaltskosten.

Berechnet man auf Grund der Nahrungsmittelration der deutschen Marineoffiziere die Kosten der Ernährung für eine vierköpfige Familie nach den Preisnotierungen im Januar, so erhält man für die einzelnen Plätze sehr stark voneinander abweichende Resultate, die in der Hauptsache daraus resultieren, daß die Haushaltskosten in den verschiedenen Gegenden Deutschlands quantitativ und qualitativ gleichem Niveau noch äußerst stark differieren. Für 55 deutsche Plätze ergibt sich, daß der wöchentliche Aufwand für die gleichen Nahrungsmittelmengen sich im Januar zwischen 19,56 und 25,47 Mark bewegt hat. Es läßt sich ganz deutlich eine Scheidung der verschiedenen Landesteile nach der Höhe des Kostenaufwands für die Ernährung durchfühlen, obwohl innerhalb jedes einzelnen Landesteils selbst wieder charakteristische Abstufungen zwischen Stadt und Land vorhanden sind. In den westlichen Provinzen ist zweifellos die Ernährung durchschnittlich teurer als im Norden und Osten Deutschlands.

In einigen größeren Orten stellte sie sich im Januar in Mark wie folgt:

Königsberg i. Pr.	20,81	Hannover	20,82
Berlin	21,98	Altona	23,88
Stettin	21,09	Dortmund	22,50
Breslau	22,53	Düsseldorf	24,42
Magdeburg	22,77	Köln	25,47
Halle	24,87	Essen	23,37

Gehen wir den Ursachen nach, die die Verschiedenheit der Haushaltskosten zwischen Westen und Osten bedingen, so zeigt sich, daß es in erster Linie der Preis für Schweinefleisch ist, der den Unterschied veranlaßt. Während nämlich in den Städten der Provinzen Ost- und Westpreußen, Schlesien, Posen, Pommern und Brandenburg der Höchstpreis für Schweinefleisch im Januar nur bis auf 1,70 M. pro Kilogramm (in Potsdam) hinaufging, betrug der niedrigste Preis 1,90 M. (in Memel und Graudenz). Dem steht in den westlichen Provinzen ein Höchstpreis von 2,02 M. gegenüber, der in Köln im Januar notiert wurde. Der niedrigste Preis war in Rheinland-Westfalen und Hessen-Nassau 1,40 M.; er wurde in Münster und Paderborn bezahlt. 2 M. kostete 1 Kilogramm in Danau, Wiesbaden und Arefeld. Auch Rindfleisch ist im Westen erheblich teurer; der relativ niedrige Preis von 1,10 M. für 1 Kilogramm, der in den mehr östlichen Provinzen für fünf Städte notiert wurde, kam im Westen nur einmal, und zwar in Koblenz, vor. Der Preis für Hammelfleisch bewegte sich im allgemeinen in den verschiedenen Gegenden auf ziemlich dem gleichen Niveau; er stand am höchsten in Breslau, Altona und Wiesbaden, wo er 1,80 M. pro Kilogramm betrug. Starke Verschiedenheiten war der Kartoffelpreis unterworfen; in Alenstein ging er im Januar auf 0,20 M. pro Kilogramm hinaus, in Memel und Posen bis auf 0,04 M. herab. Auch der Brotpreis wies in den verschiedenen Orten starke Gegenätze auf; er erreichte in Arefeld, Neuß a. Rh., Köln und Wachen eine Höhe von 0,40 M. pro Kilogramm, während er in Bromberg nur 0,23 M. betrug. Butter endlich schwankte zwischen 2,11 M. pro Kilogramm und 2,91 M. Ersterer Preis wurde in Köslin, letzterer in Halle a. S. bezahlt.

Festlichkeiten.

Infolge Abnahmangels feierte am 22. Februar die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft auf den beiden Rheinische und Almo, die Bergwerks-Gesellschaft Consolidation ließ auf ihren Schachtanlagen I und II den Betrieb ruhen, ebenso die Bergwerks-Gesellschaft Dahlbusch.

Deutscher Außenhandel im Januar 1909. Nach den monatlichen Nachweisen über den deutschen Außenhandel, herausgegeben vom kaiserl. Statistischen Amt, betrug im Januar 1909 im Spezialhandel die Einfuhr 3 651 637 Tonnen gegen 3 632 870 Tonnen im

Vorjahre, ferner 83 623 Stück, worunter 74 859 Uhren und 8719 Pferde usw., gegen 103 061 Stück im Vorjahre, worunter 95 793 Uhren und 7817 Pferde usw. Die Ausfuhr betrug 3 356 289 Tonnen gegen 3 168 754 Tonnen im Vorjahre, ferner 87 480 Stück, worunter 30 718 Uhren, gegen 87 667 Stück, worunter 37 017 Uhren. Steigerungen in der Einfuhr erfuhren namentlich mineralische und fossile Rohstoffe trotz der Ausfälle bei Brennstoffen und Mineralölen, da mehr Erze usw. eingingen. An der erhöhten Ausfuhr sind am meisten mineralische und fossile Rohstoffe (Brennstoffe + rund 280 000 Tonnen, Eisen und Eisenlegierungen + 15 000 Tonnen) beteiligt.

Männer mit guten Beziehungen.

Als sich vor nicht langer Zeit der erste Staatskommissar an der Berliner Börse, der Reichliche Geheimere Oberregierungsrat Hemptenmacher durch die Kommerz- und Diskontobank engagieren ließ, brachte der „Vorwärts“ eine Reihe ähnlicher Vorfälle in Erinnerung. Heute sei die Liste der Männer, die gleich Herrn Hemptenmacher ihr Staatsamt mit der Würde eines Bankdirektors veräußert haben, vervollständigt.

Es engagierten in den letzten Jahren: Die Bank für Brauindustrie den Regierungsrat a. D. Mich. Ehrzeinst, die Essener Kreditanstalt den Regierungsrat a. D. Dr. v. Waldthausen, die Gildesheimer Bank den Gerichtsassessor a. D. O. Schneider, die Landbank den Hofammerrat a. D. Herrn. Pasch, den Regierungsrat a. D. Willi. Zuercher und den Regierungsrat a. D. Erwin Lauenstein, die Deutsche Grundkreditbank den Amtsgerichtsrat a. D. P. Randschüß, die Deutsche Hypothekbank den Regierungsrat a. D. Ludw. Kieder, die Westfalen-Stralingsche Hypothekbank den Regierungsrat a. D. Felix Gutmann, die Mitteldeutsche Vodenkreditanstalt den Geh. Regierungsrat P. Stier, die Norddeutsche Grundkreditbank den Regierungsrat a. D. Dr. H. Michael, die Preussische Hypothekbank den Landgerichtsrat a. D. Fr. Wagner, die Preussische Hypothekbank den Kammergerichtsrat a. D. Wilh. Timms, die Rheinische Hypothekbank den Landgerichtsrat a. D. Dr. Otto Schneider und den Staatsanwalt a. D. Dr. Heinrich Fuchs, die Sächsische Vodenkreditanstalt den Landgerichtsrat a. D. A. Walzer, die Sächsische Vodenkredit-Anstalt den Landesrat a. D. L. Rood und die Württembergische Vereinsbank den Geh. Regierungsrat Jul. v. Richter. Und warum holt man so viele Staatsbeamte in den Kaufdienst? Im Dezember vorigen Jahres schrieb die „Hamburger Nachrichten“: „Für die Banken hat es sich im Laufe der Jahre scheinbar als notwendigste herausgestellt, neben die Männer, die gewissermaßen als Rekruten des Handelsstandes von der Pike auf gebildet und sich an die Spitze der Banken heraufgearbeitet haben, Persönlichkeiten zu stellen, die Erfahrung im Dienste der Staatsverwaltung gesammelt haben, die Beziehungen unterhalten zu den maßgebenden Kreisen der Regierung und die auch einen hohen gesellschaftlichen Rang bekleiden.“

Sie sind eben Mittel zum Zweck und das Volk zahlt die Kosten.

Triebwagen.

Um den Personenverkehr auf wenig belasteten Strecken zu fördern, ohne dabei unwirtschaftlich zu verfahren, sollen mit Beginn des Monats März verschiedene Verbindungen durch sogenannte Triebwagen hergestellt werden. Triebwagen haben ihre eigene Kraftquelle — Akkumulatoren, und es kann mit ihnen eine häufigere Verkehrsverbindung als zwischen solchen Orten hergestellt werden, deren Verbindung durch Lokomotiven mit anhängenden Wagen zu teuer ist, daß nur wenige Züge im Tage verkehren können. Zunächst kommen im Bereich der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft 69 Wagen in Betrieb. Davon sind 57 nach einem System gebaut. Es sind vierachsige Akkumulatoren-Doppelwagen. Die Akkumulatoren liegen in besonderen Räumen vor dem Führerstand. Die beiden durch Kurkupplung verbundenen Wagen enthalten 48 Plätze dritter Klasse, 54 Plätze vierter Klasse. Acht Plätze lassen sich von der dritten Klasse abtrennen und als zweite Klasse benutzen. Die Fahrgeschwindigkeit beträgt pro Stunde 50 Kilometer, kann aber auf 60 erhöht werden. Auf 52 Strecken kommen die Triebwagen zunächst zur Einführung.

Vom amerikanischen Eisenmarkt. Der Preisrückgang am Roh-Eisenmarkt hat auch auf die Schienenpreise gedrückt. Der Rückgang beträgt 3 Dollar = 10,7 Proz. Die Situation wird als äußerst ungünstig bezeichnet.

Ein amerikanischer Zementstreik.

Die größeren Zementfabriken der Vereinigten Staaten haben sich zu einer Preisreduktion zusammengetan. Es soll ein Preis von 1,20 Dollar per Sack ab Werk festgesetzt worden sein. An der neuen Vereinbarung sollen neun Zehntel der amerikanischen Produktion beteiligt sein.

Aus der Frauenbewegung.

Vom Kampf um das Frauenstimmrecht in England.

Mitglieder der Allgemeinen Stimmrechtsvereinigung (Adult Suffrage Society) beteiligten sich kürzlich — wie „The Woman Worker“ berichtet — in großer Zahl an einer von den nationalen Frauenstimmrechts-Vereinigungen einberufenen Versammlung in der Stadthalle von Reading. Lady Frances Balfour und Mrs. Philip Snowden waren Referentinnen. Jeder Zuhörer hatte ein Flugblatt der Adult Suffrage Society erhalten, in welchem Lady Frances Balfours Ausspruch angeführt war, daß das beschränkte Frauenwahlrecht so gut wie sicher eine Schutzwehr gegen einige der extremsten Forderungen der Ultraradikalen, z. B. die des allgemeinen Wahlrechts bilden würde. Das genügt, um zu bewirken, daß Mrs. Snowden, als sie das Wort nehmen wollte, mit Fischen und Käse empfangen wurde, weil sie eine so ausgesprochen anti-demokratische Maßregel verteidigen wollte.

Noch bevor eine der beiden Vertreterinnen der Limited Bill (des beschränkten Wahlrechts) ihre Rede beginnen konnte, schlug unsere Genossin Mrs. Montefiore, Sekretärin der Adult Suffrage Society, aus der Mitte der Versammlung folgende Resolution vor: „Da unter einem Wahlrecht nach den bisher geltenden Bestimmungen nur jede dritte Person der Bevölkerung wahlberechtigt wäre, ist der einzig logische und demokratische Weg, um den Frauen das Stimmrecht zu verleihen, die Einführung des allgemeinen Stimmrechts.“ Diese Resolution wurde darauf von der Tribüne aus von Mrs. Montefiore wiederholt, die Mrs. Snowden — natürlich erfolglos — aufforderte, sie zu unterstützen. Dafür wurde sie von der Versammlung mit Beifall ausgenommen.

Ein Bischof und die Diensthotennot. Der Fastenbroschensbrief des Bischofs von Passau behandelt die Diensthotenfrage, die ihren Ursprung habe in der Sünde und in der Sünde bestehe. Unmöglichkeit und Unzufriedenheit seien die Hauptlasten der Diensthoten! Sie sollten zufrieden und bescheiden ihr Kreuz tragen und sich niemals zur Auflehnung gegen jene hinreizen lassen, welche über sie gesetzt sind.

Der Bischof (Freiherr v. Dr.-Feldorf) stammt aus dem Geschlecht der Junker, und die Junker waren und sind in der Diensthotenfrage mit der Kirche immer einer Anschauung!

Lesende.

Mahlendorf (Ordnung). Heute, Dienstag, 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Müller, Berliner Chaussee.

Ziegel, Mittwoch, den 24. Februar, 8 1/2 Uhr, bei Gaisel, Brunnenstraße 23.

Steglich, Donnerstag, den 25. Februar, 8 1/2 Uhr, bei Wahrensdorf, Schloßstr. 117.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Treptow-Baumschulweg. Heute (Dienstag) 8 1/2 Uhr abends: zwei öffentliche Frauenversammlungen. Für den Ortsteil Treptow, im

Saale „Zur Radrennbahn“, Eisenstraße, Ecke Treptower Chaussee; für den Ortsteil Baumischulweg in Speers Festjalen, Baumischulstr. 78.

Versammlungen.

Der Protest der Jugendlichen.

Kellers Festjale waren am Sonntagvormittag das Ziel der Arbeiterjugend Berlins. Schon um 2 Uhr zogen die Jugendlichen ruhig und in größeren und kleineren Gruppen dem Versammlungsort zu. Aus den Fenstern der Wohnungen blickten die Bewohner erstaunt auf den unabsehbaren Strom von jugendlichen Gestalten. Was aber die Zuschauer noch mehr interessierte, war das ungeheure Polizeiaufgebot, das die Appenstraße und besonders Kellers Lokalitäten besetzt hatte. Fünf oder sechs ergraute Polizeioffiziere bewachten den Torweg. Ordnonnzen jagten auf flinken Mätern auf und ab und in den umliegenden Häusern hatten sich zahlreiche Geheimpostier. Hedrigen waren auch an verschiedenen Stellen fliegende Wachen untergebracht, unter anderem bei Buggenhagen am Rorichplatz.

Als der Vorsitzende Maschke die Versammlung eröffnete war der große Saal beängstigt angefüllt. Auf den Galerien zog sich eine vier- bis fünfgliedrige Zuhörerreihe hin. 200 Jugendliche beiderlei Geschlechts lauerten in laustöhlische Stille den trefflichen Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Eichhorn, der, gestützt auf sorgfältig gesammeltes Material und auf eigene viele Erfahrungen, mit überzeugender Eindringlichkeit die jämmerlichen Verhältnisse der Lehrlinge und den ungenügenden Schutz derselben, besonders draußen in den Provinzen, den Zuhörern schilderte. Auf die Gewerbeinspektion übergehend, zeigte der Redner die Unzulänglichkeit der Beamten, denen es nicht an gutem Willen, wohl aber an ihrer Erziehung und ihres Risikos und besonders ihrer Abhängigkeit als Beamte an dem nötigen Verständnis und Objektivität mangelte, um die Verhältnisse der arbeitenden Schichten richtig und voll erfassen zu können. Um so mehr müßten diese ihre Rechte erlärnen und wahren. Wenn es der bürgerlichen und christlichen Jugend gestattet sei, sich in politischen Vereinen zusammenzuschließen, so könne die arbeitende Jugend mindestens verlangen, daß man ihr das Recht lasse, in Vereinen und Versammlungen zusammenzukommen, um ihre wirtschaftlichen Interessen zu besprechen. Der von der Handwerkskammer gefasste Beschluß soll aber nicht die christlichen Vereine, die Schutztruppen der Reaktion, treffen, sondern der proletarischen Jugend die Möglichkeit unterbinden, ihre Lebensfragen zu erörtern. Redner gibt eine Charakteristik der Handwerkskammer, in der die 14 Arbeiter nur als Stoffage dienen, während die Unternehmer tun und lassen, was ihnen beliebt. Die Kammer sei dem Wink mit dem Jaunpfehl des Staatssekretärs v. Weismann-Hollweg gefolgt und verlege nun auf dem Erziehungsweg das Reichsgefäß illusorisch zu machen.

Unter großer Heiterkeit gliederte der Referent die umfangreichen Vorkerungen der Polizei und bezeichnete dies in der Hauptsache als die Folge jener journalistischen Achtgroßentungen, die ein Gewerbe daraus machten, die Polizei auf die Arbeiterfront zu heben. Bezüglich des neuen Lehrvertrages forderte der Referent alle Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß alle Eltern derartige Verträge einfach zurückweisen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

In der Diskussion schilderte noch ein Jugendlicher seine Erlebnisse als Lehrling und gab mit seinen schlichten, ergreifenden Ausführungen eine lebendige Illustration zu dem Referat des Genossen Eichhorn. In seinem Schlusswort teilte Maschke noch seine Unterredung auf dem Polizeipräsidium mit und wies besonders auf den Umstand hin, daß das, was ihm dort gesagt wurde, sich mit dem dachte, was die bürgerliche Presse veröffentlicht habe. Er habe aber von vornherein erklärt, daß absolut nichts geplant wäre, und die Schredschiffe der bürgerlichen Presse nur dem erregten Hirn journalistischer Achtgroßentungen entsprungen seien. Man sehe aber, wie innig die Beziehungen zwischen kapitalistischer Presse und Polizei seien. Mit einem braufenden Hoch auf die proletarische Jugendbewegung schloß die imponierende Versammlung, nachdem die unten folgende Resolution einstimmig angenommen war. Unter Absingung eines Arbeiterliedes leerte sich der große Saal langsam und in aller Ordnung. Als das Hoch erklang, wurde es draußen lebendig. Aus dem Hinterhalt erschienen circa 30 Schuppleute und auf der Straße sammelten sich an allen Ecken ebenfalls Ordnungsmänner an. Sie belagerten aber nichts zu tun. In zwanglosen Gruppen verlorren sich die Besucher nach den verschiedenen Gegenden.

Die Resolution lautet:

„Die am Sonntag, den 21. Februar, in Kellers Festjalen tagende, von 2000 Jugendlichen besuchte öffentliche Versammlung nimmt mit Entrüstung von dem Beschluß der Handwerkskammer Kenntnis, der auf Grund eines Lehrvertrages der Jugend das Vereins- und Versammlungsrecht vollständig rauben will. Die Versammlungen erfassen die Eltern und Vormünder, Lehrverträge mit solcher Klausel nicht einzugehen und geloben, mehr als bisher alle Kräfte zur Agitation für die freie Jugendbewegung anzusetzen.“

Verband der Gasarbeiter und verwandten Berufsgruppen. Die Mitgliedschaft Berlin dieses Verbandes hielt am Sonntag im „Königstädtischen Kasino“ ihre Generalversammlung ab, in der als erster Punkt der Tagesberichts des Vorstandes auf der Tagesordnung stand. Aus dem Bericht, den der Vorsitzende O. Riecke gab, ist zu entnehmen, daß im verflochtenen Jahre bei drei Firmen, und zwar in Schöneberg, Kottbus und Charlottenburg, Abwehrstreiks stattgefunden haben. Im übrigen bemerkte der Redner, daß die wirtschaftliche Krise auch für die Gasarbeiter große Arbeitslosigkeit mit sich brachte. Auch die Holzfirmen hätten nur wenig Beschäftigung, und wenn einmal etwas mehr zu tun war, so dauerte es höchstens eine oder zwei Wochen. — Die Abrechnung vom verflochtenen Jahre, die der Kassierer R. z. o. v. a. verlas, schloß mit der Bilanzsumme von 622,07 M. ab. An die Verbandskasse wurden 1086,23 M. abgeliefert. Die Krankenunterstützung forderte 2090,50 M., die Sterbenunterstützung 435 M., die Streikunterstützung 273,95 M. — In den Vorstand wurden gewählt als: 1. Vorsitzender O. Riecke, 2. Vorsitzender O. Krüger, 1. Kassierer A. Romka, 2. Kassierer W. Bettler, 1. Schriftführer F. Trapp, 2. Schriftführer F. Labenthin. Als Revisoren wurden Kube, Göck und Kiemer gewählt, als Kontrollreure Vieigzogen, Grimad und Wrosowka.

Berichtigung. In dem Versammlungsbericht in Nr. 44 des „Vorwärts“ von unserer Generalversammlung vom 17. Februar ist folgender Satz enthalten: „Leber Quercidreidern von seiten der Kirche und Lokalfisten, durch deren Schuld sämtliche Sperren illusorisch gemacht wurden, wird geklagt.“ Dies trifft für die Lokalfisten nicht zu, und ist auch nicht in unserem Geschäftsbericht enthalten.

Zentralverband der Läufer Deutschlands. Filiale Berlin.

Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

Die kirchliche Eberchunde findet Enderchunde Nr. 3, zweites Teil, dritter Eingang, vier Treppen, 1. Bahnhofs- wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr Sonntagabend beginnt die Eberchunde um 6 Uhr. Jeden Freitag ist ein Nachhabe und eine Nacht als Wochentag beizufügen. Christliche Nummer wird nicht erstellt. Bis zur Beendigung im Christlichen Sinne 14 Tage vergangen. Gütige Fragen tragen wir in der Eberchunde vor.

G. R. 35. Wenn der Betreffende seine Verpflichtungen bis zum 28. Lebensjahre nicht erfüllt, ist eine Einlegung möglich. — G. R. 42. Das Testament ist gültig. — W. H. 1. Da; die Strafe trafe den Arbeitgeber. — Friedlch 2. Ein Recht, vom Vertrag zurückzutreten, besteht für Sie nicht. Eine Klage der Gesellschaft hätte Aussicht auf Erfolg. — Zwei Streitende. 1. Nein. 2. Auch im Auslande können die zivilrechtlichen Forderungen jeder Art verfolgt werden. — S. G. 59. Nr. 12. 13. Berufung an das Landgericht wäre zulässig, verspricht aber Ihrem Falle wenig Erfolg. — H. R. 61. 1.—3. Nein. 4. Ein Fall.

würde der Großmutter nicht zusehen. — Weniger. Ja; eine aufgestiegene Forderung verjährt erst in 30 Jahren. Von jeder Forderung ab läuft die Verjährungsfrist aus. — G. S. G. 1. — 3. Ja. — G. M. 6. Die Liebererung würde in drei Monaten verjähren. Eine richterliche Handlung unterbricht die Verjährung. Wenn Bestrafung erfolgt, würde vornehmlich auf eine geringe Geldstrafe erkannt werden. — G. S. G. 1. und 2. Ja. 3. Ja. 4. Ja. — G. P. 99. 1. Ja. 2. Ja; die Versicherungspflicht der Heimarbeiter ist auch kausalrechtlich gerechtfertigt. Deshalb sind leider die Heimarbeiter nicht fränkerversicherungspflichtig, die außerhalb des Bezirks wohnen, für den die Klasse errichtet ist. 3. Der von Ihnen genannten Klasse beizutreten, raten wir ab. Empfehlenswerter ist die Offenbacher Krankenkasse für Frauen und Mädchen, Prinzengasse 66. — Neu* 4. 1. Außer der Invalidenrente wird nicht die Altersrente gewährt, sondern nur die, die höher ist. 2. Neben der Unfallrente wird die Invaliden- oder Altersrente nur gewährt, wenn beide Renten zusammen den siebenundeinhalbfachen Grundbetrag der Invalidenrente nicht übersteigen, also daß in der ersten Lohnklasse nicht mehr als 450 M., in der zweiten nicht mehr als 525 M., in der dritten nicht mehr als 600 M., in der vierten nicht mehr als 675 M., in der fünften nicht mehr als 750 M. zu zahlen wäre. — Voh. Derjenige, der den Offenbarungseid leistet, ist in dem Erwerb und dem Besitz von Sachen durchaus nicht beschränkt. Im Offenbarungseid ist anzugeben, welche Vermögen der Betroffenen befreit. Zur Wiederleistung kann durch Haft gezwungen werden. Auch wenn der Offenbarungseid geleistet ist, kann immer wieder von neuem geandert werden. — C. S. 24. Nur an den Vormund oder an die Mutter können Sie sich wenden. Sie können den Pflegevertrag derselben Person gegenüber kündigen. — R. 500. Ein und wieder wird auch auf solche anonymen Zuschriften der Sachlage nachgegangen. — W. S. 1000. Ja.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, 23. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Lammhüter.
Königl. Schauspielhaus. König Heinrich IV.
Deutsches. Revolution im Erzstift.
Kammerbühne. Der Graf von Gleichen. (Anf. 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Hamlet.

Anfang 8 Uhr.
Festung. Der König.
Berliner. Einer von unsers Leut'.
Thalia. Wo wohnt sie denn?
Komische Oper. Jaga.
Neues. Die fremde Frau.
Kleines. Moral.
Hebbel. Revolutionshochzeit.
Lustspielhaus. Seine kleine Freundin.
Residenz. Kümmer dich um Amelie.
Schiller. Die Braut von Messina.
Charlottenburg. Charleys Tante.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Rean.
Wetien. Der tapfere Soldat.
Luitens. Die goldene Lebensläge.
Trionon. Der Saiter.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Bernhard Noie. Die Geier-Wald.
Gastspiel-Theater. Langabend. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Bürgerl. Schauspielhaus. Der Salonkriter. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Gebrüder Herrnsfeld. Die beiden Einzelbände.
Apollon. Duell Cosimir. Spezialitäten.
Metropoli. Donnerwetter — fadello.

Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Vahage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Ein lediger Ehemann. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Kaffee. Russland. Spezialitäten.
Gustav Behrens. Gastspiel d. Dr. Latouré. Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr.

Vareadie. Siegel segelt alles. — Alles für's Kind. Oder: Die Folgen eines Rendezvous. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis Korfu.
Dienstag 8 Uhr: Dr. A. Nippoldt: Irdische und kosmische Kräfte.
Stenwarte. Anwaltsamt. 37/38.

Lessing-Theater.
Dienstag 8 Uhr: Der König.
Mittwoch 8 Uhr: Schenkeplaus, 11te Vorstellung: Klein Eyolf.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: Einer von unsers Leut'.
Morgen: Einer von unsers Leut'.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die fremde Frau.
(La femme X...)
Morgen und folgende Tage: Die fremde Frau.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Der tapfere Soldat.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, 23. Februar, Anf. 8 Uhr.
Zum erstenmal:
Kean.
Mittwoch: Rean.

DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132
Abends 8 Uhr:
Die Geier-Wally.
Wochenpreis.
Mittwoch: Einjährig-Unfrewillig.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von Abbazia bis Korfu.
Hörssaal 8 Uhr:
Dr. A. Nippoldt: Irdische und kosmische Kräfte.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Seine kleine Freundin.
Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
„Kümmer dich um Amelie.“
Schwan in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 28. d. M., nachm. 3 Uhr:
Der Fled im Ohr.

Neues Operetten-Theater.
Schnitzbänke 23, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Hebbel-Theater
Königsgräber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.

Luisen-Theater.
Premiere:
Die goldene Lebensläge.
Mittwoch: Mädchen auf dem Weg.
Donnerstag: Der Mann mit den vier Frauen.
Freitag: Die goldene Lebensläge.
Samstag nachm. 4 Uhr: Kinder-Verstellung: Kollkoppchen. Abends 8 Uhr: Das Mädchen auf dem Weg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Mädchen auf dem Weg. 8 Uhr: Die goldene Lebensläge.
Montag: Der Störenfried und: Die Dienstboten.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Mittwoch, den 24. Februar 1909:
Berlin wie es weint und lacht.
Balkenstück mit Gesang in 8 Bildern v. Berg u. Kallisch. Musik v. Conrad. Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter — fadello!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Massary — Perry
Helden — Bender
Giampietro — Kettner
Piann — Thierscher.

Apollo Theater
S. Medt Nerdina
Goberl Belling
Maria Vinent
Lloyd
10 1/2: Hochwasser-Katastrophe in der Altmark.

Palast-Theater
Burgstraße 24, 3 Minuten vom Bahnhof Börs.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das vom Publikum u. d. gesamten Presse anerkannt vorzügliche **Februar-Programm.**
Sensationell! Sensationell!
Georg Gailer
der phänomenale Balancekönig.
Wiederanstreuen von Ivan Bekoff
Sturz aus der 6. Etage.
Der arme Kasimir.
Schwan in 1 Akt u. Schmidt-Davids.
Familienfarren nachmittags halbe Preise überall gratis zu haben.

Schiller-Theater.
O. (Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Braut von Messina.
Ein Trauerspiel mit Chören von Friedrich Schiller.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Charleys Tante.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Erbe.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Charleys Tante.
Schwan in 3 Akten von Brandon Thomas.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Erbe.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Rechts herum.

Ausstellungshallen am Zoo.
HEKTOR-Ausstellung
20. u. 21. Febr.: Nicht-Jagd Hunde
22. u. 23. Februar: Jagdhunde
Am 20. und 22. Februar bis 2 Uhr:
Richten der Hunde.
Eintritt 1 Mark
Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108-114
Im Riesen-Festsaal:
Großes bayerisches Bockbier-Fest.
Baron Muckl. Original-Alpendekoration. Max vom Hede.
Jeden Dienstag, Mittwoch u. Donnerstag: Gr. Tanz-Reunion.
Heute, Dienstag, den 23. Februar: Elftag.
= Prämierung des kleinsten Damenfüßchens. =
3 Barpreise: 50 M., 30 M., 20 M.
Anfang 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree 30 Pf., Sonntags 50 Pf.
Näheres Anschlagssäulen.

Gastspiel-Theater
Köpenicker Straße 68. 8 1/2 Uhr:
Gastspiel Hedwig Lange:
Der Hüttenbesitzer.

WINTERTGARTEN
Letzte Woche!
Saharet
Gertrude Barrison
Simon u. Gardner
in ihrer amerikanischen Burleske:
Der neue Kutscher
und das drollige
Faschings-Programm.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Madme.
Hanako
Japans größte Schauspielerin, mit ihrem Ensemble
Robert Koppel, Chansonnier
The May Sisters, Drahtseil
Boston Quartett, Kunstgesang
und das glänzende
Februar-Variété-Programm.

Passage-Panoptikum.
Neu! Neu!
Singhalesen.
Gankter-Truppe
in ihr. wilden Heimatstreifen
Salome,
das blaue Weib.
D. Opfer unbarmherz. Tötation.
Alles ohne Extra-Entree.
Eintr. 50 Pf., Kind., Soldat. 25 Pf.

Herrnfeld-Theater. Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Heute Dienstag, 23. Februar, zum 146. Male:
Die beiden Bindelhands
Anzu neuer Variététeil
5 Grebneffs — Lyrico-Quartett — Diodrich Upts — Georg Schindler — Lea Astrées.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Sensationell!
Rußland.
Aktuell!
Rußland.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Grabert.

— 200. S. und G. D. 71. Offenbacher Krankenkasse, Prinzeng. 66 del. Hinz. — S. S. 110. Wiederholen Sie die Ansage. — C. P. 333. 1. Das ist möglich. 2-4 Ja. 5. liegt eine Gesundheitsgefährdung vor, so sind Sie berechtigt, den Vertrag aufzuheben und Schadenersatz vom Verr zu verlangen. — P. S. 21. Sind Sie volljährig, so würden Sie für den Fall einer Klage voraussichtlich zur Verantwortung gezogen werden. — R. S. G. 1. 1. Ihre Klage könnte mit Aussicht auf Erfolg gegen Ihren Vater auf Unterhalt außerhalb der gemeinsamen Wohnung klagen, falls die Klagehandlung erwiesen wird. 2. Eine Klage hätte leider keine Aussicht auf Erfolg. — S. S. 5. 1. und 2. Nein. Warten Sie ruhig eine Klage ab. — C. G. 27. 1. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. 2. Unieres Erachtens nicht; wenden Sie sich an die Oberpostdirektion. 3. Durch die Buchhandlung Vorwärts können Sie sämtliche Bücher, nicht nur die im Verlage des Vorwärts erschienenen, beziehen. 4. Der Lehrer hat recht. — Friedmann 2. Nein.

Zirkus Schumann
Heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Vorstellung.
Nur noch kurze Zeit:
Tiberio hebt einen Elefanten 5500 Pfund.
Der drollige Pael als Radfahrerkünstler.
Frl. Dora Schumann mit ihren Schul- und Springpferden.
James Dutton Company.
Um 9 1/2 Uhr:
Der Schläger der Saison!
der Golo, Seeräuber.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Oranienstr. 16.
Zum letztenmal:
Die alte Hanne.
Lebensbild in 4 Akten.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 20 Pf.
Mittwoch: Gr. Bockbierfest.
Eintr von uns're Leut'. Entree freil.

Folies Caprice
Zum 75. Male:
Ein lediger Ehemann.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Parodie-Theater.
Dresdener Straße 97. Anf. 8 1/2 Uhr.
Siegel segelt alles!
oder: Der Bäckisch in Rötten.
Vorher: Alles für's Kind! oder: Die Folgen eines Rendezvous.
Preise d. Sitzplätze: 20, 40, 75 Pf., 1 M.

Fröbels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Dienstag, den 23. Februar 1909:
Graf Waldemar
oder: Stolz und Liebe.
Schausp. in 7 Bild. u. Gust. Freitag.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Theater Variété Brillant
(City-Passage)
Dresdener Str. 52/3 Annonc. 42/3
Täglich: Auftreten von nur erstklassigen Spezialitäten bei günstigem freiem Entree, auch Sonntags.
Sonntag und Sonntag nach der Post: Gr. Feiertags-Kinematograph.

Sanssouci, Kottbuser
Direktion Wilhelm Holmer.
Heute Faschings-Dienstag:
Gr. karnevalistischer Theater-Abend.
Der verwunschene Prinz.
Aufgeführt in 3 Akten.
Faschings-Ball.
Gr. Faschingsbrunnen!
Tadel und Trübel!!!
Beginn 8 Uhr.
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Nord. Sänger u. Tanzkränzen.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 1/2.

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn.
Bis nachts 12 Uhr geöffnet.
Konzert und Kunstlaufen.

XIV. Saison! Zirkus Busch.
Heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung
Um 9 Uhr der weltber. Original
Konsul Peter!
Mensch oder Affe? Bemer:
Die Vieilles!
Hdm. Olympia Desvall!
I Tackas?
Frau. Martha Robule, Schulmeisterin. Herr Ernst Schumann.
Kasseneröffnung. Um 9 1/2 Uhr:
Auswanderer!
Vorher: Das gr. Programm.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Tägl. Spezialitäten-Vorstellung mit **Franz Sobanski**
Ollewa Lorma, Gescha. Goldader, The Gouthmitts, Gili u. Rag Bach, Max Hilberg, Max Kee.
Der Talmi-Graf.
Softe in 1 Akt von F. Sobanski.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Der Kompagniebalk.
Humorvolle Komödie von Meysol.
Anfang wochentags 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2.

Gustav Behrens-Theater.
Goltzstr. 9.
Gastspiel des Mr. Latouré
mit seinem weltberühmten Zwergtheater und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Zur Einsegnung und Jugendweihe
Uhren, Ketten, Kolliers, Garnituren
modern und in jeder Preislage.
Wilhelm Flade, Postbuser Straße 20, Lieferant d. Konf.-Gen. Ver. u. Umg.

Säle frei!
Im März sowie Oster:
Englischer Garten
Alexanderstr. 27c. Amt 7, 10098.

Dr. Simmel, Prinsenz
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden
10-2.5-7. Sonntags 10-12. 2-4
Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geruchsalben, Spritzen, Suspensoren sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Lieferant für Orth. und Ortho-Stenientoffen.
Berlin N.,
sicht Lothringer Straße 60.
Alle Druckbänder mit elastischen Gelenken, angenehm u. weich am Körper.

Leihhaus
Gelegenheitskäufe vorfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren **Prinsenzstr. 28**
Ecke Ritterstr.

Turmstr. 76
Warenhaus
Lachmann u. Scholz
doppelte Rabattmarken.
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag

Nationalbank für Deutschland.

Geschäftsbericht.

Der Druck der amerikanischen Krisis und einer ganz ungewöhnlichen internationalen Geldsteuerung, unter dem das Jahr 1907 gestanden hatte, verschwand im abgelaufenen Berichtsjahre, das seinerseits durch eine stetig zunehmende Geldflüssigkeit seine charakteristische Prägung erhielt. An sich und nach dem natürlichen Verlauf würde diese Leichtigkeit des Geldmarktes, verbunden mit guten und reichlichen Ernten, sowohl in Deutschland wie in Amerika, zu einem wirtschaftlichen Aufschwunge haben führen können, wenn nicht andere Umstände hemmend und störend auf das Erwerbaleben eingewirkt hätten. In der auswärtigen Politik lagen unangenehme Momente der Unruhe und Unsicherheit, die es zu einer ruhigen Entwicklung des Geschäftslebens nicht kommen ließen. Dazu gesellte sich in der inneren deutschen Politik die durch die bevorstehende Reichsfinanzreform verursachte Baurückbildung wichtiger Industriezweige, die im Zusammenhange mit der Unsicherheit in der auswärtigen Politik wiederholt eine in dem Mangel an Unternehmungslust und wirtschaftlicher Initiative zum Ausdruck gelangende Nervosität zeitigten.

Vor allem aber machte im verflorenen Jahre der Rückgang in der Industrie weitere Fortschritte. Während das erste Halbjahr 1908 noch durch reichliche, aus der Zeit der Hochkonjunktur stammende Aufträge Beschäftigung fand, erlahmte die Nachfrage im Verlaufe des Berichtsjahres sichtlich; die Konsumfähigkeit ließ auf dem gesamten Weltmarkt nach, und Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen traten an die Stelle der intensiven Tätigkeit der letzten Jahre. Wesentlich dem Umstande, daß der Inlandmarkt durch die Aufnahmefähigkeit und Kaufkraft der Landwirtschaft eine Stütze fand, dürfte es zu danken sein, daß das Jahr 1908 zwar als ein solches wirtschaftlicher Depression und starken Konjunktur-Rückganges zu bezeichnen ist, daß ihm krisenhafte Erschütterungen aber erspart geblieben sind.

Das Börsengeschäft litt unter den vorstehend geschilderten Verhältnissen und konnte zu einem rechten Aufschwung nicht gelangen, obwohl das Berichtsjahr die lange ersehnte Abänderung des so verhängnisvollen Börsengesetzes von 1896 gebracht, die schlimme Gefährdung der Rechtssicherheit beseitigt und durch Wiedereinführung des Börsen-Terminhandels in Bergwerks- und Fabrikanteilen zur Belebung des Geschäfts beigetragen hatte. Immerhin setzte bald nach Beginn des Jahres 1908 eine steigende Tendenz in den Kursen ein; offensichtlich, weil der Rückgang in der allgemeinen Konjunktur bei der Bewertung der Papiere schon hinreichend berücksichtigt schien. Begünstigt von der sich immer mehr steigenden Geldflüssigkeit, die zunächst das Kursniveau der Anlagewerte — sowohl der deutschen Staatspapiere, als überhaupt inländischer fest verzinslicher Werte — hob, erstreckten sich die Kursbesserungen auf die meisten Gebiete des Effektenmarktes. An dieser Bewegung änderte auch die Tatsache nichts, daß seitens des Reichs und der Bundesstaaten, von Provinzen, Kreisen, Kommunen, Hypothekendarlehen sehr bedeutende Anforderungen an den Geldmarkt gestellt wurden; hat doch das deutsche Publikum im Laufe des Berichtsjahres allein an inländischen Anlagepapieren mehr als zwei Milliarden Mark aufgenommen.

Der internationale sowohl wie der heimische Geldmarkt weist, wie bereits oben angedeutet, im Berichtsjahre eine dem Vorjahr diametral entgegengesetzte Entwicklung auf. Hätte 1907 mit einem Bankdiskont von 7 1/2 Proz., mit dem Satze von 9 Proz. für Ultimo-Geld und der Befürchtung geschlossen, ob die gesetzliche Notendeckung zum Januar-Termin ausreichen würde, so begann bereits in den ersten Tagen des Jahres 1908 die Bank von England ihren Diskontsatz von 7 Proz. zu ermäßigen, um in wenigen Wochen wieder bei 4 Proz. anzulangen. Und wenn auch die Deutsche Reichsbank sich diesem Vorgehen nur zögernd und in erheblich langsamerem Tempo anschloß und erst kurz vor dem Juli-Termin den Diskont wieder auf den normalen Satz von 4 Proz. festsetzte, so zeigen doch die Bankausweise gerade am Ende des Berichtsjahres mit ihren starken Goldbeständen sowie das Festhalten an dem Satze von 4 Proz. sowohl beim Oktober-Termin als beim Jahres-schluß, daß die Geldkrise auch in Deutschland endgültig überwunden sei. Unterstützt wurde das Zurückströmen des Goldes in die Kassen des Zentralnoten-Instituts durch dessen Förderung der Goldimporte, durch die Erweiterung des Scheck- und Verrechnungsverkehrs, zu dem sich neuerdings noch der Post-scheckbetrieb gesellt hat, und durch Ausgabe kleinerer Reichsbanknoten. Freilich darf andererseits nicht übersehen werden, daß gerade die unerfreulichen Momente in dem vorjährigen Wirtschaftsleben: der starke Rückgang im Konsum und der Geschäftstätigkeit, der Mangel an Unternehmungslust und die allgemeine wirtschaftliche Einschränkung einen erheblichen Anteil an der zunehmenden Geldflüssigkeit hatten.

Angesichts dieser Entwicklung erfahren die Durchschnitts-zinssätze für das abgelaufene Jahr einen erheblichen Rückgang im Vergleich zum Vorjahre. Der Reichsbanksatz, der 1907 durchschnittlich 6,03 Proz. betrug, stellte sich für das Jahr 1908 auf 4,77 Proz.; der Privatsatz, der im vorhergehenden Jahre einen Durchschnitt von 5,12 Proz. hatte, fiel im Berichtsjahre auf 3,53 Proz. Diese Zinssätze blieben naturgemäß nicht ohne Einfluß auf das Ertragnis des Wechsel- und Zinskontos, wenn auch andererseits durch weitere Ausdehnung unseres laufenden Geschäfts ein gewisser Ausgleich gegenüber den Zinsrückgängen erzielt wurde.

Ein Anlaß, die seitens des Auslandes im Jahre 1907 zurückgezogenen Guthaben wieder nach Deutschland zu überführen, lag in Ermangelung einer angemessenen Zinsmarge nicht vor.

Hinsichtlich der Debitoren ist zu erwähnen, daß infolge der oben geschilderten industriellen Einschränkungen Rückflüsse stattgefunden haben; die so freigewordenen Beträge konnten anderweitig nutzbringend angelegt werden.

Das Effekten- und Konsortial-Konto zog Nutzen aus der besseren Börsenlage und der Möglichkeit, Effekten — sowohl festverzinsliche, als andere Werte — zu plazieren. Die Bilanz zeigt infolgedessen eine Erleichterung unseres Effekten-Portefeuilles und Konsortial-Kontos, die wir beide vorsichtig bewertet haben.

Die Entwicklung der Deutschen Orientbank hat auch im Berichtsjahre gute Fortschritte gemacht. Der inzwischen vollzogene durchgreifende Systemwechsel in der Türkei läßt hoffen, daß eine Epoche des wirtschaftlichen Aufblühens auch den türkischen Niederlassungen der Deutschen Orientbank wichtige und lohnende Aufgaben zuweisen dürfte. Die Filialen in Kairo und Alexandrien haben ihren Geschäfts- und Kundenkreis weiter vergrößern können. Neue Niederlassungen der Bank sind in Tanger und Casablanca errichtet worden, um die Handelsbeziehungen Deutschlands mit Marokko zu pflegen und zu erweitern; weitere Filialen in der europäischen und asiatischen Türkei sind geplant.

Die Deutsch-Südamerikanische Bank, die in den ersten Jahren unter der geschäftlichen Krisis in Argentinien zu leiden hatte, entwickelt sich jetzt bei den dort sich bessernden wirtschaftlichen Verhältnissen befriedigend; die Filiale in Mexiko macht weitere gute Fortschritte und hat ihren Geschäftskreis auszudehnen vermocht.

Die von uns kommanditierte Firma Ertel, Freyberg & Co. in Leipzig hat befriedigend gearbeitet.

Wir hatten Gelegenheit, uns an zahlreichen Emissions- und Konsortialgeschäften zu beteiligen; von bedeutenderen seien erwähnt: neue Aktien der Canadian Pacific-Eisenbahn, der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, der Rheinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, der Vereinigten Königs- und Laurahütte, ferner die Anleihen der Provinz Buenos Aires, der Kaiserlich Chinesischen Tientsin-Pukow-Staatsbahn und der Victoria Falls Power Co. Unter unserer Mitwirkung sind das Kohlenbergwerk Westfalen und die Deutsch-Südamerikanische Telegraphengesellschaft begründet worden.

Unser neues Bankgebäude Behrenstr. 68/69 wurde im Frühjahr des Berichtsjahres in allen Teilen fertiggestellt.

Der Umsatz betrug auf der einen Seite des Hauptbuches 11 521 069 384,42 M. gegen 11 992 710 344,10 M. im Vorjahre.

Der Brutto-Verdienst, einschließlich des aus dem Vorjahre mit 203 054,74 M. übernommenen Vortrages, beträgt 10 194 195,87 M. Abzusetzen hiervon sind für Verwaltungskosten einschließlich Depeschens, Stempel und Steuern 3 039 834,92 M. und für Abschreibung auf Mobilien-Konto 12 461,37 M., auf Bankgebäude 78 055,63 M. und auf Kontokorrent-Konto 210 500,73 M.

Der hiernach verfügbare Reingewinn beträgt 6 853 783,02 M., aus dem wir die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. vorschlagen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahre nahmen wir an folgenden Emissionsgeschäften als Kontrahenten teil:

- M. 250 000 000 4proz. Deutsche Reichs-Anleihe,
- 400 000 000 4proz. Preußische kons. Staats-Anleihe,
- 100 000 000 4proz. Preußische Staatschatzanweisungen,
- 65 000 000 4proz. Hamburg. amortisierbare Staatsanleihe,
- 3 000 000 4proz. Anleihe der Stadt Aachen,
- 20 000 000 4proz. Anleihe der Stadt Charlottenburg,
- 2 599 000 4proz. Anleihe der Stadt Mülheim a. Rhein,
- Pfd. St. 750 000 5proz. Pfd. St.-Anleihe der Provinz Buenos Aires,
- 1 890 000 5proz. Kaiserl. Chinesische Tientsin-Pukow Staats-eisenbahn-Anleihe,
- M. 10 000 000 4proz. Pfandbriefe der Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank,
- 3 000 000 4proz. Schuldverschreibungen der Herzoglichen Landes-Kreditanstalt in Gotha,
- 3 000 000 4proz. Schuldverschreibungen der Staatl. Kreditanstalt des Herzogtums Oldenburg,
- 15 000 000 4 1/2proz. Anleihe der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Serie VI,
- 10 000 000 4 1/2proz. Anleihe der Berliner Elektrizitätswerke,
- 1 000 000 4 1/2proz. Teilschuldverschreibungen der Koblenzer Straßenbahn-Gesellschaft, Serie II,
- 25 000 000 5proz. Teilschuldverschreibungen der Deutsch-Überrheinischen Elektrizitäts-Ges., Serie IV,
- 20 000 000 4 1/2proz. Schuldverschreibungen der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft, IV. Em.,
- 4 000 000 5proz. Anleihe d. Handelsgesellschaft f. Grundbesitz,
- 3 250 000 5proz. Schuldverschreibungen der Stears Aktiengesellschaft für Petroleum-Industrie,
- Pfd. St. 625 000 5proz. hypothek. Teilschuldverschreibungen der Victoria Falls Power Company Ltd., Serie A,
- M. 1 130 000 4 1/2proz. hypothek. Teilschuldverschreibungen der Zechau-Kriebitzscher Kohlenwerke Glückauf A.-G., Serie II,
- 6 750 000 4 1/2proz. Vorkaufaktien d. Berlin-Elektrizitätswerke,
- 6 300 000 neue Aktien der Berliner Elektrizitätswerke,
- DoIt. 24 335 000 neue Aktien der Canadian Pacific-Eisenbahn,
- M. 18 000 000 neue Aktien der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft,
- 6 000 000 neue Aktien der Deutschen Nationalbank, Kom.-Gesellschaft a. Aktien,
- 5 000 000 neue Aktien der Elektrizitäts-Lieferungs-Ges.,
- 5 000 000 neue Aktien der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft,
- 11 000 000 Stammanteile Lit. B der Kamerun-Eisenbahnges.,
- 4 500 000 Aktien der Kraftübertragungswerke Rheinfelden,
- 2 800 000 neue Aktien der Oberschlesischen Eisen-Industrie-Aktienges. für Bergbau und Hüttenbetrieb,
- 17 000 000 neue Aktien der Rheinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation (früher Fortuna),
- 1 000 000 neue Aktien der Telephon-Fabrik Akt.-Gesellsch. vorm. J. Berliner,
- 4 500 000 neue Aktien der Vereinigten Königs- u. Laurahütte,
- 1 000 000 neue Aktien der Zechau-Kriebitzscher Kohlenwerke Glückauf, Akt.-Ges.

Die Umsätze auf den einzelnen Konten haben sich wie folgt gestaltet:

Kassa-Konto.	
Bestand am 1. Januar	M. 9 415 477,83
Eingang	2 598 814 671,13
Ausgang	M. 2 606 230 148,95
	2 599 048 819,77
Bestand am 31. Dezember	M. 9 181 829,18
Wechsel-Konto.	
Bestand am 1. Januar	M. 66 472 058,50
Eingang	2 201 877 568,36
Ausgang	M. 2 205 349 625,46
	2 211 260 588,77
Der Saldo von	M. 57 089 038,69
erweist gegenüber dem am 31. Dezember konstatierten Effektiv-Bestand von	59 890 743,10
einen Gewinn von	M. 2 801 706,41
Sorten- und Coupons-Konto.	
Bestand am 1. Januar	M. 2 083 328,01
Eingang	122 004 065,92
Ausgang	M. 124 087 393,93
	121 476 278,56
Der Saldo von	M. 2 611 120,37
erweist gegenüber dem am 31. Dezember konstatierten Effektiv-Bestand von	2 680 759,50
einen Gewinn von	M. 69 639,13
Akzepten-Konto.	
Im Umlauf am 1. Januar	M. 45 689 502,70
Zugang	559 737 568,23
Abgang	M. 605 407 074,93
	554 420 480,66
Im Umlauf verblieben am 31. Dezember	M. 50 996 590,97
Konto-Korrent-Konto.	
Saldo am 1. Januar	M. 33 852 545,52
Kredit	4 724 396 400,67
	M. 4 758 248 946,19
Debet	4 726 252 310,87
Saldo am 31. Dezember	M. 31 996 635,12
und zwar	
Guthaben bei Banken und Bankiers	M. 10 418 050,64
gedeckte Debitoren	120 076 175,62
ungedekte	19 870 000,—
	M. 150 364 226,26
Kreditoren:	
Depositengelder	M. 36 856 001,76
Kreditorenlaufende Rechnung	145 504 859,62
	M. 182 360 861,38
Effekten- und Konsortial-Konto.	
Bestand am 1. Januar	M. 98 253 578,05
Eingang	1 283 917 124,29
Ausgang	M. 1 389 170 709,28
	1 274 134 604,16
Der Saldo von	M. 108 038 098,15
erweist gegenüber dem am 31. Dezember konstatierten Effektiv-Bestand von	108 551 598,08
einen Gewinn von	M. 513 500,48
Die Effekten-Bestände umfassen:	
Staats- und Stadt-Anleihen	M. 3 336 088,00
Eisenbahn- u. Industrie-Obligationen	2 091 280,45
Aktien von Eisenbahnen und Banken	4 403 988,75
Aktien von Industrie-Gesellschaften	11 140 348,65
Eigene Effekten	M. 21 171 603,75
In Prolongation genommene Effekten und Lombardgelder	54 088 794,53
	M. 75 260 388,43
Auf Konsortial-Konto haben unsere Einzahlungen betragen:	
Festverzinsliche Werte	M. 2 449 500,55
Eisenbahn-, Schiffs- u. Bankaktien	12 901 841,55
Grundstücksgeschäfte (Berlin und Vororte)	3 927 441,—
Diverse Industrie-Unternehmungen	14 012 427,30
	33 291 210,30
Wir beantragen folgende Verteilung des Netto-Gewinnes von M. 6 753 653,02	
6 Proz. Dividende auf M. 80 000 000	M. 4 800 000,—
Reserve-Fonds II.	400 000,—
Beamten-Pensions- und Unterstützungs-Fonds	100 000,—
Tantieme des Aufsichtsrats (inkl. Steuer)	290 183,40
Vertragmäßige Tantiemen und Gratifikationen	1 030 743,80
Gewinnvortrag auf neue Rechnung	282 856,32
	M. 6 853 783,02

Berlin, den 17. Februar 1909.

Direktion der Nationalbank für Deutschland.

Stern. Witting. Schiff.

Dem vorstehenden Bericht der Direktion, mit dessen Inhalt wir einverstanden sind, haben wir nichts hinzuzufügen. Die Bilanz sowie das Gewinn- und Verlust-Konto sind von einer aus unserer Mitte bestellten Kommission geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern übereinstimmend befunden worden.

Unser Institut ist durch den Tod eines Mitgliedes des Aufsichtsrats in Trauer versetzt worden. Am 30. Dezember 1908 verschied Herr Fabrikbesitzer August Klönne, Dortmund, der unserer Bank seit dem Jahre 1902 angehört hatte und dessen schwerkranke Frau uns stets von besonderem Wert war. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Berlin, den 17. Februar 1909.

Der Aufsichtsrat der Nationalbank für Deutschland.

Magnus.

Auf Teilzahlung
wöchentlich nur 1 Mark
Uhren jeder Art und
Goldwaren sowie
Zithern, Sprech-
maschinen und Musik-
instrumente.
Jahre & König,
Warschauer Str. 68. Reichen-
dorfer Str. 101. Göbenstr. 19.
Blendenbühl
wäscht
b. promptester Lieferung u. schonen-
ster Behandlung der Wäsche
Dampf-Wäscherei „Schneewittchen“
Weihenstephan, Friedrichstr. 39/40.
Telephon: Weihenstephan 203.

Sofastoffe
Klebauswahl aller Qualitäten.
Welle-Reste! Moquettens.
Püsch-Satteltaschen.
Muster b. n. h. Angabe franko.
Emil Lefevre, Berlin, 150.
Oranienstr.

Engelhardt
Malzbier
alkoholarmes, diätisches Specialbräu
Ärztlich empfohlen. Flasche 10 Pfg. Ueberall käuflich.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. Akt. Ges.
Berlin-Pankow. Grösste Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr

Hygienische
Bedarfsartikel. Neues Katalog
b. Empfehlung vieler Aerzte u. Prof. grat. u. f. r.
H. Ungar, Sommerstr. 14
Berlin NW., Friedrichstr. 91/92

Zur Maifeier!
Großer Saal, großer schattiger
Garten u. f. r. i.
Beylers Gesellschaftshaus
(Ruh. Franz Drogge), am Ring-
bahnhof Zehlendorf, Amt IV 7366.

Zum Ausschneiden
Die Vorzüge
des Dr. Rud. Weil's
Nährsalz-Bananen-Kakao
sollten jedermann veranlassen, einen Versuch damit zu
machen. Derselbe enthält die Bestandteile der so über-
aus nahrhaften und wohlchmeckenden Bananenfrucht,
vereinigt mit garantiert reinem Kakaopulver und einem
erheblichen Zusatz von Nährsalzen. Dieser N. B. K. ist
von großer Wichtigkeit für Blutmangel, Nerven-, Rekon-
valeszenten und bei allen Schwächestufen sowie für
in der Ernährung zurückgebliebene Kinder. Niemand
wird sich der Tatsache verschließen können, daß damit
ein wirklich gutes, die Gesundheit förderndes Nahrungs-
und Genußmittel geboten wird. N. B. K. stoppt nicht.
Preis: 1 Paket = 1/2 Pfd. 1 M. Zusendung in Berlin
und nächsten Vororten frei Haus. Nach ausw. Probepaket
gegen Einsendung von 0,50 M. franko.
General-Depot: D. Mader, Berlin S., Pritzenstr. 37.
Versandgeschäft gesundheitl. Nahrungs- u. Genußmittel.
Ausführ. erklärende Preisliste bitte zu verlangen.*

Partei-Angelegenheiten.

Generalversammlungen.

Heute, Dienstag, den 23. Februar, 8 1/2 Uhr abends, Generalversammlungen der 6 Berliner Kreise:

- 1. Kreis: „Lebensquelle“, Kommandantenstr. 20.
2. Kreis: Hofsäger-Palast, Hasenheide 52/53.
3. Kreis: Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15.
4. Kreis: Kellers Festhale, Kopenstr. 29.
5. Kreis: Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.
6. Kreis: Prachtstale Nordwest, Wieleffstr. 24.
Tagesordnung in allen Versammlungen: Vorstandsberichte, Vorstandswahlen und Sonstiges.
Mitgliedsbuch des Wahlvereins legitimiert überall. Zahlreichen Besuch der Genossen und Genossinnen erwarten.

Die Vorstände.

Vierter Wahlkreis. Am Sonntag, den 22., findet in unserem Kreise eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Schöneberg. Die Wahlvereinsversammlung findet heute, Dienstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Neuen Rathauskellern, Weinbergstr. 8 statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Anträge. 3. Wahl der Delegierten zu Groß-Berlin. 4. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Mittdorf. Heute abend 7 1/2 Uhr findet in Hoppes Festhale, Hermannstr. 49, eine Volksversammlung statt. Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann spricht über das Thema: „Die Parteienbedingungen und der preussische Landtag“. Massenbesuch erwartet. Der Einberufer.

8. Bezirk. Morgen Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet in Wolfs Lot, Kirchhofstr. 41, eine Bezirksversammlung statt. Referiert wird über den Wert der Konsumgenossenschaft.

Friedrichshagen. Heute, Dienstagabend 7 1/2 Uhr, findet von den Bezirkslokalen aus eine Handzettelverbreitung statt. Der Vorstand.

Lichtenberg. Wegen einer sehr wichtigen Angelegenheit werden die Genossen dringend ersucht, sich heute (Dienstag) abend 8 1/2 Uhr in ihren Bezirkslokalen einzufinden. Der Vorstand.

Lankwitz. Am Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr findet im Lokal Obel, Mariensfelderstr. 9, die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Stegmüller über „Nationalökonomie“. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Der Vorstand.

Brig-Südow. Heute abend 7 1/2 Uhr findet im Landhaus, Chausseestr. 97, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Genossenschaften und ihre zweckmäßige Organisationsform. Referent: Arbeitersekretär Karl Siebel. 2. Diskussion. — Zu dieser Versammlung sind die Frauen sowie die Käufer des Käufervereins Brig besonders eingeladen. Der Vorstand.

Miersdorf. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute abend 8 1/2 Uhr im Lokal von Kühne, Bismarckstr. 60 statt. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Die Genossen werden ersucht, sich am Mittwoch in ihren Bezirkslokalen abends 8 Uhr zwecks einer Flugblattverbreitung einzufinden. Der Vorstand.

Südwalde-Zenthen-Miersdorf. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 24. d. M., abends 8 1/2 Uhr in Miersdorf „Zur Mühle“ statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Gemeindevertreterkonferenz. 2. Ausfertigung der Kandidaten zur Gemeindevertreterwahl. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Kummelsburg. Heute (Dienstag) abend 8 Uhr findet im Lokal von Schiffer, Hauptstr. 4, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Berichterstatter vom Kreis. Statutenänderung. Anstellung eines befähigten Kreisbeamten. 2. Wahl von 11 Kreisdelegierten wie zur Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin. 3. Vereinsangelegenheiten. Ausschlußantrag gegen Mitglied Tapezier Jintel. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Heute abend 8 Uhr findet bei Ramlow, Schindholz 14, eine Volksversammlung statt. Referent: Genosse Stabthagen. Thema: „Deutschland nach außen hin, nach innen?“

Parteilosen und Genossinnen! Eure Pflicht ist es, für guten Besuch der Versammlung Sorge zu tragen. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von R. Otto, Berliner Str. 118, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Frau Stein Dr. Wagners, 2. Vereinsangelegenheiten, 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Niederhauhausen-Nordend. Heute, Dienstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Genossen Radtke, Kaiser-Wilhelm-Str. 10, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: „Reisebilder aus dem Orient“. Referent: Redakteur Genosse Dittmer. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden auf den Beschluß der Versammlungskassas aufmerksam gemacht. Ferner gelangen in dieser Versammlung die Freibillets zum Winterfest für die arbeitslosen Genossen und Genossinnen zur Ausgabe. Der Vorstand.

Vorsigwalde-Wittenau. Am Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Vorsigwalder Festhale eine Volksversammlung statt, welche sich mit der Einführung der Wertzuwachssteuer beschäftigen wird. Handzettelverteilung dazu am heutigen Dienstag, abends 7 Uhr. Treffpunkt in Wittenau bei A. Schulze, Hauptstr. 2, Vorsigwalde I bei Jälske, Vorsigwalde II bei B. Schulze. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins findet am Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, in Wahrensdorfer Gesellschaftshaus, Vorkstr. 23, statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dr. Bruno Vorwardt über: „Die Bedeutung Darwins für die Naturwissenschaft.“ Wahl der Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlin. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Berliner Karneval.

Der lustige Prinz mit der Schellenkappe ist ein griechischer Peter geworden. Freund Michel, die deutsche Glendstange, braucht nur ein paar Klänge an die Schlafmütze zu binden und kann sich auch als Karnevalprinz präsentieren. Weide nehmen sich nicht viel. Wie kann's denn auch anders sein? Wo das Volk nach Brot und Arbeit schreit, hat es kein Geld, um Feste zu feiern. Und nun gar Maskenfeste, die von jeder kein allzu billiges Vergnügen bedeuteten. Die Zeremonien der Berliner Gastwirte und Saalbesitzer sind der richtige Gradmesser. Noch vor einem Jahrfrüh hatte es keine Schwierigkeiten, um diese Zeit, die der ausgelassensten Tollheit geweiht sein soll, für größere Festlichkeiten geeignete Räume zu mieten. Nüchtern früh mußte man auf dem Posten sein, um nicht das Nachsehen zu haben. Heute ist keine Sorge um den blanken Tanzboden. Selbst die bösen „Noten“ finden, wenn's scharf

an den Geldbeutel geht, Gnade vor den Augen sonst dreihäariger Saalbesitzer. Aber es wird verzichtet, muß verzichtet werden. Weils am Nötigsten fehlt. Man hat ja in Berlin, das kein geeigneter Boden dafür ist, nie soviel gespielt vom echten, rechten, volkstümlichen Karnevalstreiben wie in anderen deutschen Großstädten, wenigstens nicht in der Öffentlichkeit. Nun sind die frohen Stätten Tempelhofes, der Muse des Tanzes, auch leer von denen, die ab und zu mal am Freudenfeld nippen möchten. Was war das früher, in besseren Zeiten, im Faschingsmonat für eine Stimmung auf der nächstigen Straße, besonders in den Frühstunden des Sonntags! Nichts mehr von alledem oder doch nur ein Schemen. An Phrynen und ihrem sorglosen, geldverpulvernden männlichen Anhang fehlt's auch heute nicht auf der Großstadtstraße. Die tollten nach wie vor durch die Nacht. Das wahre Volk mit seiner ursprünglichen, heilbringenden Lustigkeit hat den Frohsinn verlernt, sitzt trostlos am kalten Herde und sorgt sich um das Essen für den nächsten grauen Tag.

Nat Prinz Karneval dem Sündenbabel an der Spree, wo es so prächtige Beute zu haschen gibt, wirklich ganz den Miden gefehrt? O nein, so ist's nicht gemeint. Nur an Kundschaft hat er verloren, der eitle Narr. Bei der vom Volksbuchermarkt lebenden Gesellschaft, die sich nicht langweilt, ist er noch immer der alte, geringesehene Freudenbringer. Geht doch hin, wenns euch Spaß macht, nach den Palästen der Großen! Seht zu, wie sie seidenrauschend und juwelenbeladen aus den kostbaren Karossen steigen, die teppichbelegten Marmorstufen hinauf zu ihren Feenfesten! Nicht eines Blickes würdigen sie den Armen, der mit sehnen Augen auf all den zauberhaften Glanz starrt. Der sich nicht sehnt nach Prunk und Reichtum, nur nach einem menschenwürdigen Dasein. Und während Hunderttausend mit leerem Magen, mit dem brennenden Gefühl des Hungers ihr hartes Lager ausschlagen oder ohne Heim frostschaudernd durch die eisigkalte Nachtstraße stürmen, schweben sie da oben auf spiegelglattem Parquet in sträflichem Luxus, ohne Verständnis für die gewaltige Not im Volke, an nichts denkend wie an das satte Vergnügen der flüchtigen Stunde. Ein einziges solches Fest verschlingt, wovon tausende armer Familien tagelang leben könnten. Ich höre den alten landläufigen Vers, daß der Arme verdient am Verschwenden der Reichen. Auch so eine blödsinnige Logik ist's, die nicht aussterben will. Was da schon verdient wird, fließt in ganz andere Taschen, nur nicht in die des darbenenden Volkes. Und ein anderer schnadt klug: Aber das Bürgertum feiert doch auch seine Feste, seinen Berliner Karneval! Jawohl, auch der Mädel, der bei Tage die Augen verdreht und mit frommen Sprüchen um sich wirft, hat noch heute Zeit und Muße, in der Faschingsnacht an Rastezeiten des lieben Leibes nicht zu denken. Studiert doch mal die Vereinsnachrichten unserer orthodoxen Mitbürger katholischen Glaubens! Da wimmelt's von Maskenfesten und anderen Fastnachtsvergünstigungen, unter Aufsicht einer hochwürdigen Geistlichkeit, die am demaskierten Fleckmarkt bei elektrischer Beleuchtung ihre edel menschliche Freude hat. Dieselben Deutchen, die bis in den Sonntagmorgen hinein das Tanzbein schwingen, drehen ein paar Stunden später wieder den Rosenkranz, nehmen der Mund voll von den ollen Kamellen der sogenannten christlichen Nächstenliebe. Und das Volk, auf dessen blutenden Herzen man getauft hat, darbt weiter. . . . Nein, sie sind in ihrer Gemütsucht einander würdig, die blaublütigen und bürgerlichen Ausgauer der Volkstrast. Es ist überall da, wo sie den Vorteil und die Macht des Besitzes auf ihrer Seite haben, genau dasselbe. . . . gleiche Heuchler und gleiche Narren, gleiche Brüder und gleiche Kappen! Bis das Volk vom ewigen Zusehen an den vollbeladenen Tafeln des Glucks und des Uebermutes rasenden Appetit bekommt und den Narren der modernen Gesellschaft die Maske der Falschheit vom Gesicht reißt. . . .

Katholische Vergnügungsbarren.

In ihren regelmäßigen „Katholischen Zeitläufen“ schreibt die „Germania“ u. a. folgendes: „Nichtgroß ist das Heer der Vergnügungsbarren. Sie wollen sich amüsieren, genießen, lustig und selig sein um jeden Preis. Dabei greifen sie zu den törichtesten Mitteln, die ihnen nur zu häufig statt der erstrebten Lust das bitterste Leid bringen. Töricht genug ist ja schon die Gemütsucht, die in der übertriebenen Geselligkeit, dem Laufe nach allerhand Festlichkeiten, der Schoppenstecherei, der Schlederei und Gefährlichkeit sich befindet. . . . Bei mal in die Karheit der Vergnügungsbarren geraten, kann nur schwer wieder zur Vernunft kommen. Er macht immer neue und immer höhere Einsätze in dieser Nietenlotterie, bis ihm die Mittel ausgehen. Dabei überfließt er die wirkliche Glückseligkeit, die wie ein Weiden am Wege blüht und so leicht zu erreichen wäre. Ein wohlgeordneter Lebenswandel mit frischer Berufsarbeit, gehöriger Erholung und ruhigem Wohgen in einer freundlichen Häuslichkeit bildet das ganz einfache Glücksrezept. . . . Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie! Am selben Tage, als dies die „Germania“ schrieb, sprach im Abgeordnetenhaus Genosse Hoffmann an der Hand von Beweismitteln über die Schlemmerei und Gefährlichkeit der hohen katholischen Geistlichkeit. Die sorgt allerdings dafür, daß ihr die Mittel zur „Karheit der Vergnügungsbarren“ niemals ausgehen. Die eine Hälfte zahlt aus dem großen Volkspottmonnaie der gefügige Staat, die andere Hälfte bringen die dummen Schäfchen auf.

Ein alter Parteigenosse ist dieser Tage in der Person des Webers Karl Schwoida gestorben und am Sonntag beerdigt worden. Einer von der alten Garde schreibt uns: „Schwoida gehörte zu der kleinen Gruppe, die im Jahre 1869 in Berlin als Eisenarbeiter sich zusammenschloß. Wir waren etwa 20 bis 25 Genossen, worunter sich die Genossen Niels, Baumann, Heppner, Kwasninski u. a. befanden und tagten in einem kleinen Hinterzimmer bei Kahlstedt in der Koblenstraße (Scheunenviertel), wo wir diskutierten und uns über die Art unserer Agitation unterhielten. Da der Raum bald zu klein wurde, zogen wir zu Vogel in der Alexanderstraße, wo Wegner den Vorkitz hatte. In den Jahren 1870/71 besuchten uns da auch Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, mit denen eine lebhaft Diskussion gepflogen wurde. Mit der Weberei wurde es immer weniger und unser Freund Schwoida hatte recht schwer um seine Existenz zu kämpfen. Noch vor vier Wochen war er mit den Alten in Berlin im Gewerkschaftshaus wohl und munter beisammen, Freitag früh traf ihn ein Herzschlag. Die Alten, denen er ein lieber Freund geblieben war, bewahren ihm ein gutes Andenken.“

Mit einem regelrechten Boykott gegen den bekannten Berliner Komponisten Paul Linde haben die Kapellmeister am Sonntag in den Berliner Konzertsälen begonnen. Die Kapellmeister sind von den Saalbesitzern auf Grund eines Beschlusses in der letzten Versammlung verpflichtet worden, bis auf weiteres weder tantiemepflichtige noch tantiemefreie Stücke von Linde zu spielen. Die Veranlassung dazu sind in den Differenzen zwischen den Saalbesitzern und der Konseger-

genossenschaft, welcher Linde angehört, zu suchen. Wenn der Boykott nicht wirksam sein sollte, wollen die Saalbesitzer noch weitere Kompositionen aus dem Programm verbannen.

Zwei schwere Straßenbahnunfälle haben sich Sonntag abend zgetragen. In der Pankstraße wurde der Schlosser Alwin Wenz, Pringelallee 88 wohnhaft, von einem Straßenbahnwagen der Linie 84 erfasst und vom Vorderrand niedergedrückt. Er wurde festgenommen und eine Strecke mitgeschleift. Der Verunglückte war so verhängnisvoll eingeklemmt worden, daß man zu seiner Befreiung die Hilfe der Feuerwehr in Anspruch nehmen mußte. Nachdem er auf der Unfallstation in der Lindowstraße die ersten Notverbände erhalten hatte, wurde er in schwerverletztem Zustande in das Virchow-Krankenhaus eingeliefert. — Ein zweiter schwerer Unfall ereignete sich in der Köpenicker Straße. Der 52 Jahre alte Oberpostkassener Kerfener, Parbeineckelplatz 10 wohnhaft, wurde vor dem Grundstück Köpenicker Straße 66 von einem Straßenbahnwagen der Linie 15 überfahren. Er erlitt einen schweren Unterschenkelbruch sowie erhebliche Quetschungen und erhielt auf der Rettungswache in der Köpenicker Straße die ersten Notverbände. Er fand im Krankenhaus am Urban Aufnahme.

Ein Revolverattentat unternahm am Sonntag ein junger Russe Erndt gegen den Biesenfelder Straße 23 wohnenden Formereimer Schubert, bei dem er wohnte. D. unterhielt mit der Tochter seines Wirtes ein Liebesverhältnis, von dem die Eltern des Mädchens nichts wissen wollten, weshalb Sch. dem D. die Wohnung kündigte. Hierüber geriet der junge Mann in Wut und feuerte im Verlaufe eines Wortwechsels auf Schubert einen Revolverkugeln ab, wodurch Sch. eine erhebliche Verletzung erlitt. Ein schnell herbeigerufener Arzt legte einen Notverband an und dann wurde Sch. nach dem Rudolf Virchow-Krankenhaus geschafft. Lebensgefahr scheint nicht zu bestehen. Der Attentäter verblieb während des Tages auf dem Polizeirevier 9 in der Christiania Straße und wurde abends dem Polizeipräsidium zugeführt.

Eine jähe Unterbrechung erfuhr das in der Sonntagsnacht in der „Schlaraffia“ am Endeplatz vom Verein der Rheinländer veranstaltete Kostümfest. Gegen Mitternacht, als das Fest seinen Höhepunkt erreicht hatte, wurde plötzlich von irgend einer Seite ein Feuerwerkskörper abgebrannt. Ein Nest von diesem Körper fiel auf das Kostüm der Festteilnehmerin Martha Radow vom Vette-Verein. Das Kostüm fing Feuer und im Nu stand die junge Dame in Flammen gehüllt. Trotzdem die übrigen Festteilnehmer schnell zu Hilfe eilten und das Feuer erlosch, hatte die Unglückliche doch schon so schwere Brandwunden an der Brust und an den Händen davongetragen, daß sie nach Anlegung von Notverbänden schleunigst nach der königlichen Klinik geschafft werden mußte. Welche Person den Feuerwerkskörper abgebrannt und dadurch das Unglück verschuldet hat, konnte von der Polizei noch nicht festgestellt werden.

Meldungen von Messerstechereien sind gestern zwar auch erfolgt, es hat damit aber eine eigene Bewandnis. Eine Frau Marzahn aus der Kummelsburger Straße 74 wollte gestern gestochen worden sein, die Kriminalpolizei sieht dieser Meldung aber sehr skeptisch gegenüber; Frau M. ist schon einmal vor ihrer Wohnungstür in den rechten Oberarm gestochen worden.

Eine andere geringfügige Messerstecherei wird aus der Pestalozzistraße zu Charlottenburg gemeldet. Der dort im Hause drei Treppen wohnende Papierwarenhändler Porsch hatte seine 15 Jahre alte Tochter Martha vorgestern vormittag um 11 Uhr nach der Wehlingstraße geschickt. Auf dem Rückwege wurde das Kind in der Pestalozzistraße zwischen der Kaiser-Friedrich- und Preißestraße von einem etwa 20 Jahre alten Mann gestreift. Als es fragte, was er wolle, erhielt es einen Stoß und sah später, daß Mantel, Gürtel und Rock durchstochen waren. Dieser Fall gehört zu denen, wo das Gegenteil nicht nachzuweisen ist, für den aber auch kein weiteres Zeugnis zu beschaffen ist.

Mit der Wehlingstraße als Schuttmittel vor Messerstechern scheint es eine eigene Bewandnis zu haben, denn der Polizeipräsident v. Studenrauch verwendete folgende Verordnungen: „Die Nr. 8 der „Welt am Montag“ vom 22. Februar 1909 enthält in dem Artikel „Der Schreden von Berlin“ die Behauptung, der Dirigent der Kriminalpolizei, Ober-Regierungsrat Hoppe, habe den Frauen und Mädchen als Schutz gegen Messerstecher empfohlen, eine Tüte Wehl mit sich zu tragen und damit den Angreifer zu bestreuen. Diese Behauptung ist unrichtig. Mehrere Juristen aus dem Publikum an die Kriminalpolizei hatten angeregt, daß die weibliche Bevölkerung versehen sollte, durch Werfen mit Pfeffer oder Wehl, durch Regieren mit Tinte usw. die Angreifer zu kennzeichnen. Von diesen und ähnlichen Einwendungen hat der Dirigent der Kriminalpolizei einigen Pressevertretern Mitteilung gemacht, um dadurch lediglich die Teilnahme und die Auffassung des Publikums zu charakterisieren.“

Uns scheint die vorstehende Verächtigung sehr gewunden, denn die Mitteilung ging den Berliner Blättern — aus uns — durch eine von der Kriminalpolizei informierte Korrespondenz zu und man mußte annehmen, daß die Kriminalpolizei ausdrücklich den Vorschlag des Chefs empfahl.

Feuerwehrbericht. In der Nacht zum Montag wurde der 11. Zug nach der Kaserne des Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiments gerufen. Dort war in einer Wohnung Blücherstr. 47/48 Feuer ausgebrochen, das Möbel ergriffen hatte, aber schnell gelöscht werden konnte. Fast gleichzeitig erfolgte ein Alarm nach der Semarstraße 19, wo Papier und Pappkarton brannten, die vermutlich vorzüglich in Brand gesteckt worden waren. Durch Unfall einer Petroleumlampe kam in der Krausstraße Feuer aus, das auf keinen Feind beschränkt werden konnte. Am Bundesrat-Ufer 11 befanden sich Menschen in Gefahr. Sie waren im Jahrhubschacht eingeklemmt. Die Feuerwehr holte die Personen heraus. Im Keller des Hauses Montanestr. 18 brannten in großer Ausdehnung Regale, Schalbeden und andere, so daß längere Zeit Wasser gegeben werden mußte. Ein Küchenbrand beschäftigte die Wehr in der Charlottenstr. 65, Fußböden und Balken usw. brannten Pankstraße 2 sowie Zimmerstr. 69 und an anderen Stellen. In der Anlestr. 44 kam in einer Wäschekammer Feuer aus. Ferner wurde die Wehr nach der Musterhauser Straße und Sebastianstr. 1 gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Wegen einer Explosion wurde die Ostwache der Charlottenburger Feuerwehr nach der Meißnerstr. 22 alarmiert. Die Explosion war beim Stocken von Gasen entstanden. Der Drogerielehrling Erich Duffson, welcher Brandwunden erlitten hatte, wurde von Samaritern der Feuerwehr verbunden. Nach einhelfendiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Durch die Gewalt der Explosion waren Fensterscheiben usw. gesprungen.

Köpenick.

Die Stadtverordnetenwahl in der zweiten Abteilung findet am Donnerstag, den 25. Februar statt. Bis dahin wird die Arbeiterchaft ersucht, für unseren Kandidaten, den Genossen Otto Nidel zu agitieren.

Südwalde.

In der letzten Gemeindevertreterwahl trillte der Stellvertretende Gemeindevorsteher Schöffe Lehmann mit, daß im Gemeindefußel arger Dales herrsche. Man habe sich deshalb nach einer neuen Einnahmequelle umsehen müssen und sei dabei auf den Quind gekommen. Es wurde der Vertretung der Untergang unterbreitet.

die Hundesteuer von 10 auf 20 M. pro Jahr zu erhöhen. Raum das ein Wort der Kritik fiel, wurde dem Antrage zugestimmt. Von dem zwischen der Firma Schmid u. Seegers-Berlin und dem hiesigen Gemeindevorstand schwebenden Verwaltungstreiberverfahren wurde berichtet, daß dasselbe für die Gemeinde günstig verlaufen sei. Außerdem wurde der Beschluß gefaßt, daß die unteren Räume des Amtshauses nicht, wie erst beabsichtigt war, vermietet werden sollen. Man hegt infolge einer Rückfrage zweier Vertreter des Gemeindevorstandes auf dem Landratsamt die Hoffnung, daß das Amtsbureau, das sich jetzt in Zeitzien befindet, wieder nach hier verlegt wird.

Geschäftsordnung und parlamentarische Gepflogenheiten scheinen in unserer Gemeindevertretung immer noch böhmische Dörfer zu sein.

Klein-Schönebeck-Fichtenau.

Eine Volksversammlung fand am Sonntag in Fichtenau statt, die sich eines guten Besuchs erfreute. Genosse Karl Leib schilderte das Wirken der Sozialdemokratie in Staat und Gemeinde, dabei im besonderen auf unsere kommunalpolitischen Forderungen eingehend. In der Diskussion wurde die Treibererei einer kleinen Clique am Orte geißelt, die fortgesetzt der Gemeinde Schwierigkeiten zu bereiten sucht in Sachen des Baues einer eigenen Gasanstalt, der beschloffen ist. Ein bestimmter Unternehmer, der selbst eine Gasanstalt errichten will, hat natürlich ein besonderes Interesse, das von der Gemeinde zu errichtende Werk zu hintertreiben, wozu ihm eine Handvoll Leute Beistand leisten. Da es diesen Personen gelungen ist, die Fortsetzung des Gemeindebaues einzustellen zu infizieren, so ist der Gemeinde bereits ein erheblicher Schaden erwachsen, den die Steuerzahler tragen müssen. Und deshalb herrscht am Orte eine große Erbitterung gegen die Quertreiber; die ganze Gemeinde ist gegen diese Leute in heller Aufregung. In der Diskussion brachte es ein Herr fertig, den Bau einer Gasanstalt nicht als ein Kulturwerk, sondern als ein Zugzwang zu bezeichnen. Er wurde aber unter allgemeiner Heiterkeit gründlich abgetan.

Spandau.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins nahm vor einigen Tagen Stellung zu der am 28. Februar in Staaken stattfindenden Kreisversammlung. Hierzu hat Spandau eine Reihe Anträge zu stellen, die in der Versammlung durchberaten wurden. Mit Rücksicht darauf, daß wir über die Kreisversammlung berichten, erübrigt sich eine vorläufige Wiedergabe der Anträge sowie der Diskussion über dieselben.

Hervorgehoben zu werden verdient ein durchberatener und einstimmig angenommener Antrag, laut welchem die Spandauer Genossen an allen Aktionen Groß-Berlins teilzunehmen wünschen, da Spandau mit Groß-Berlin wirtschaftlich eng verbunden ist. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Seior, Senfleben und Pieper gewählt. Den Bericht über die Gemeindevertreterkonferenz erstattete Genosse Stadtverordneter Paul Schmidt. — In der Diskussion sprach Genosse Pieper in längeren Ausführungen über die Kommunalverhältnisse Spandaus. Er wünschte, daß die Genossen in der Stadtverordnetenversammlung etwas mehr Obstruktion machen. Die Genossen Pieper und Schmidt verteidigten die Haltung der sozialdemokratischen Stadtverordneten. Stadtgenosse Pieper erstattete dann noch einen längeren Bericht über hiesige kommunale Angelegenheiten und die Stellung der sozialdemokratischen Stadtverordneten dazu. Wegen vorgerückter Zeit wurde der Bericht über die Arbeitslosen-Zählung von der Tagesordnung abgesetzt. — Es folgte die Neuwahl der Lokalkommission. Gewählt wurden die Genossen Senfleben, Koniger und Pieper. — In die Schiedskommission wählte die Versammlung vom Bezirk 1 Genossen Krause, Bezirk 4 Genossen Emil Stahl, Bezirk 5 Genossen Koniger, Bezirk 6 Genossen Fritz Schmidt, Bezirk 7 Genossen Amshuf, Bezirk 8 Genossen Wegelles, Bezirk 8a Genossen Kühne.

Vom Bezirk 8 war niemand vorgeschlagen und folgte die Wahl später. An Stelle des aus dem Vorstand austretenden Genossen Sommer wählte die Versammlung den Genossen Karl Pöhl zum 2. Schriftführer. Der Genosse Seior gibt bekannt, daß von einer Eskamotade Abstand genommen worden sei, weil keine entsprechenden ausübenden Kräfte gefunden wurden. Ferner teilte Genosse Seior mit, daß in Gatoiw und Kladow die Fadel verbreitet worden sei. In Kladow habe man Anschlag gefunden, dort sei auch ein Fadel zu haben. Der hiesige Vorstand werde dort alle vier Wochen einen Fadelabend veranstalten. Am Sonntag, den 7. März, werden die hiesigen Genossen wieder nach Kladow gehen. Der Abmarsch erfolgte mittags 1 Uhr von seiner Wohnung, Gatoiw Str. 1. Der hiesige Gesangverein habe seine Teilnahme auch zugesagt.

Potsdam.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung erstattete der Oberbürgermeister in einem längeren Vortrag den Verwaltungsbericht für 1908, der zugleich einen Ausblick für den kommenden Etat gab. Ist es auch diesmal möglich, den Etat wieder unter den alten Steuerjahren (110 Proz.) zur Balance zu bringen, so stehen doch für die Zukunft Schwierigkeiten in Aussicht. Wir sind ja stolz — so führte der Oberbürgermeister aus — daß auf den Städten das Staatsgebilde ruht, aber es ist die Frage, ob die durch die staatliche Besetzung der Städte aufgetragenen Leistungen auch von diesen getragen werden können. Potsdam bringt 1 017 990 M. Staatseinkommensteuer auf; trotzdem 110 Proz. Kommunalsteuern erhoben werden, kommen aber nur 800 000 M. hierfür ein. Geldkräftige Leute sind genug da, aber die durch Privilegien geschützten königlichen Beamten usw. kosten der Stadt über 1/2 Millionen Mark. Das neue Polizeiverordnungs-Gesetz erhöht den Aufwand der Stadt zur königlichen Polizeiverwaltung von 50 000 M. auf 100 000 M.; selbstverständlich hat eine Stadt von 60 000 Einwohnern die über 150 Mann starke Polizei nicht nötig, aber der Residenzstadtcharakter! Durch das Lehrerbeförderungsgesetz entstehen der Stadt 44 000 Mark Kosten und 50 000 M. für die Lehrer höherer Lehranstalten. Neben der Belastung des Etats für 1909 durch diese Summen (160 000 M.) bringt der Etat 1910 einen Ausfall von 400 000 M. für die Fleisch- und Schlachtsteuer. Bei solchen Zuständen sind die Stadtverordneten (ausschließlich Bürgerliche) vollständig mutlos und lassen dem Oberbürgermeister in der Lösung dieser Notlage vollständig freie Hand. Einen Teil hofft die Stadt aus der jetzt eingeschlagenen Bodenpolitik zu decken. So sind im vergangenen Jahr für circa 2 Millionen Mark Terrains gekauft worden, die je nach Bedürfnis der Bebauung erschlossen werden sollen. Durch diese Ankäufe ist allerdings die Spekulationsfirma Hochde vor dem Zusammenbruch bewahrt worden, aber durch Rückgeben der in Betracht kommenden Kreditinstitute von 600 000 M. soll der Abschluß günstig für die Stadt zustande gekommen sein. Ferner wird das städtische Elektrizitätswerk ausgebaut und die Vororte angegeschlossen (Gatow, Sadrow, Klein-Glinde, Neu-Babelsberg, Rowaves, Kaputh, Dreiwitz und Wannsee). Einzelne Orte sind schon seit Jahren angegeschlossen. Das Werk bringt in diesem Jahre 220 000 Mark Ueberschuß. Dazu kommen noch 80 000 Mark aus der städtischen Straßenbahn. Diese beiden Summen betragen allein 40 Proz. der Kommunalsteuern. Auch bei der Straßenbahn soll Anschlag nach den Vororten gesucht werden, da weitere Stadtlinien schwerlich rentabel sein werden. — In einer regen Debatte kam es noch bei den Schulgebührensfragen für die höheren Schulen. Der Magistrat schlug sowohl für das Realgymnasium wie für die Oberrealschule eine Erhöhung des Schulgeldes um 20 M. vor. Der Stadtv. Töpfer trat für Freilassung der Oberrealschule ein, damit wenigstens die kleineren Leute (gemeint ist: Mittelstand) ihren Söhnen eine bessere Schulbildung mitgeben können; die Gemeindefürsorge genüge nicht mehr für den Kaufmannsstand, Kunsthandwerker usw. Das rief den liberalen Stadtv. Dr. Friedländer auf den Plan, der die Ansicht vertrat, daß die bessere Bildung das Vorrecht des Geldtades bleiben müsse. Heute sind schon viele unbegabte Kinder auf höheren Schulen, die besser in der Gemeindefürsorge wären. Angelehrt wohl auch! Nicht wahr, Herr Justizrat? Die Volksschulbildung ist so, daß man sich mit ihr redlich durchs Leben schlagen kann. Ent-

gegnungen gegen den Stadtv. Töpfer trugen ihm von diesem in einer persönlichen Bemerkung den Ratsschlag ein, es wäre besser für mandien Juristen, er wäre auch Handwerker geworden. Die Vorlage wurde gegen vier Stimmen angenommen.

Bernau.

Ein frecher Einbruchdiebstahl wurde hier in der Nacht vom Sonntag zum Montag in dem Kolonialwarengeschäft von Raum am Marktplatz verübt. Der Dieb, welcher ausbaldowert hatte, daß der Inhaber des Geschäfts mit seiner Frau in der fraglichen Nacht verreist war, ließ sich gegen 8 Uhr nachts vom Wächter das Haus öffnen und drang vom Flur aus in den Laden. Er verstaute alsdann die Ladentasse, eine sogenannte Registrierkasse, zu öffnen, was ihm jedoch nicht gelang. Nun schlug der freche Vursche das Glas an der Kasse entzwei und entleerte den Inhalt von circa 800 M. Alsdann verschwand er ungesehen durch den hinteren Torweg. Alle Umstände sprechen dafür, daß der Dieb mit den Verhältnissen im Geschäft sehr gut vertraut war. Die sofort eingeleiteten polizeilichen Ermittlungen haben bisher zu keinem Resultat geführt.

Gerichts-Zeitung.

Liebebedürftigkeit

war dem Nähmaschinenhändler Vorpahl nachgeglaubt worden, der in der Gerhardt-Kirchengemeinde (Teil der Schönhauser Vorstadt, außerhalb der Ringbahn) das Ehrenamt eines Kirchenältesten inne hat. Eine Frau hatte die Mitteilung verbreitet, daß ein älterer Herr, der sich als „Kirchenältester“ oder als „Kirchenrat“ oder ähnlich bezeichnet habe, sie wegen eines Unterstützungsgesuches in ihrer Wohnung aufgesucht und sie bei dieser Gelegenheit mit Ungeflüm bedrängt habe. Da die Vermutung auftauchte, daß der Besucher, der sich so stürmisch benommen haben sollte, ein Armenkommissionsvorsteher gewesen sei, so bemühten sich ein paar Armenkommissionsvorsteher jenes Stadtteils, der Sache auf den Grund zu kommen. Nachdem sich dann ergeben hatte, daß die Anschuldigungen dem Herrn Vorpahl galten, stellte sich zu der einen Frau noch eine andere, die behauptete, auch sie habe anlässlich eines Unterstützungsgesuches Herrn Vorpahls Bekanntschaft gemacht und sei ihm gefügig gewesen. Diese Dinge wurden von dem Armenkommissionsvorsteher Noack, der zugleich in der Gerhardt-Kirchengemeinde Mitglied der Gemeindevertretung ist, den kirchlichen Körperschaften unterbreitet. Eine Zeilung ließ Herr Vorpahl die Gerüchte über sich ergehen, schließlich aber erhob er Beleidigungsklage gegen die beiden Frauen und auch gegen Herrn Noack.

Gestern sollte vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte die Klage verhandelt werden. Rechtsanwalt Pinkus, der Verteidiger des Angeklagten Noack, gab von vornherein die Erklärung ab, daß ein Vergleich gänzlich ausgeschlossen sei. Er müsse aber Aussetzung des Verfahrens beantragen, weil inzwischen auch die Armenleitung der Angelegenheit näher getreten sei und ihrerseits gegen Vorpahl Strafantrag wegen Beleidigung Noacks gestellt habe. Uebrigens habe auch der Ehemann der einen der beiden Frauen gegen Vorpahl bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet und ihn eines Notzuchtversuchs beschuldigt. Der Kläger Vorpahl antwortete, er wisse nichts von einem Notzuchtversuch, es handele sich bei all diesen Beschuldigungen nur um einen Nachhakt. Rechtsanwalt Schwandt, der Vertreter des Herrn Vorpahl, warf ein, die Anzeige komme erst sehr spät und solle wohl nur die Beleidigungsklage durchkreuzen. Hierzu machte der Vorstehende die Bemerkung, daß auch Herr Vorpahl sich recht viel Zeit gelassen habe, ehe er klagte. Das Gericht mußte sich entschließen, das Verfahren auszusetzen. Auch soll erst noch entschieden werden, ob nicht die Klage gegen Herrn Noack von der Klage gegen die beiden Frauen zu trennen ist, so daß die Klage in zwei getrennt zu verhandelnden Klagen erdört werden müßte.

Get der Landrat ein Recht zu beleidigen?

In der Gemeinde Jendeschel sollte der Fleischbeschauer Konzehl im Nebenamte Gemeindefreier werden. In einem Gespräch, das die Frage der Verleihung betraf, sagte der Landrat Graf v. Linsburg-Sturum zu dem Gemeindevorsteher, J. sei ungeeignet, da er ein Sozialdemokrat und Polak sei. J. erfuhr davon und verklagte den Landrat wegen Beleidigung. Besonders lag ihm an der Feststellung, daß er kein Sozialdemokrat sei. Uebrigens hatte der Landrat nicht nur die Anstellung J.'s in der genannten Gemeinde verhindert, sondern als Aufsichtsbehörde auch veranlaßt, daß die Gemeinde Zuschuß, wo J. bereits Gemeindefreier war, ihn künbigte.

Bevor es in der Beleidigungssache zur Verhandlung kam, erhob die Regierung in Oppeln den Konflikt.

Das Oberverwaltungsgericht erklärte den Konflikt für begründet und entschied, daß das Verfahren gegen den Landrat endgültig einzustellen sei. Als der Landrat im amtlichen Gespräch mit dem Gemeindevorsteher den Privatkläger in der gedachten Weise charakterisierte, sei er von der Richtigkeit seiner Äußerung überzeugt gewesen. Indem er seiner Ueberzeugung so Ausdruck gab, habe er seine Amtsbefugnisse nicht überschritten. Nach dem Gesetz müsse deshalb der Konflikt für begründet erklärt werden. Wenn der Kläger großen Wert darauf lege, daß festgestellt werde, er sei kein Sozialdemokrat, dann müsse es ihm überlassen bleiben, dies der Behörde gegenüber nachzuweisen. Entweder dem Landrat gegenüber oder, wenn er es für besser halte, gegenüber dem Regierungspräsidenten. Dann würde es sicher von der Behörde richtig gestellt werden.

Nach § 188 Str.-G.-B. ist, wer in Beziehung auf einen Anderen eine Tatsache behauptet oder verbreitet, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist, zu bestrafen, wenn nicht diese Tatsache erwieslich wahr ist. „Sozialdemokrat und Polak“ sind zwar keine Behauptungen, welche unter verständigen Menschen in der Regel den davon Betroffenen herabzusetzen geeignet sind. Im Gegenteil schließt die Behauptung, jemand sei Sozialdemokrat, in der Regel die Anerkennung in sich, daß der Betreffende charaktervoll für die Interessen der Allgemeinheit eintritt. Im vorliegenden Fall sollte aber die Äußerung zur Herabwürdigung des Klägers dienen. Wenn dennoch das Oberverwaltungsgericht der Klage in den Arm gefallen ist, so hätte es zum mindesten von dem Landrat den Beweis für seine dem Kläger schädigende Äußerung verlangen müssen und dürfte nicht die Beweislast umkehren.

Falsch ist aber die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts noch aus einem anderen Grunde. Nach Artikel 4 der preussischen Verfassung sind vor dem Gesetz alle Preußen gleich. Der Sozialdemokrat und der Pole haben dieselben Rechte wie alle anderen Staatsbürger. Ein Beamter hat sich durch Eid verpflichtet, die Verfassung zu beobachten. Ein Landrat aber vertritt gegen die Verfassung, wenn er die Befähigung eines Mannes versagt oder gar auf dessen Entlassung hinarbeitet, weil der Betreffende Sozialdemokrat oder Pole ist. Der Landrat handelte also nicht innerhalb seiner Amtsbefugnisse, als er die Befähigung aus dem angeführten Grunde ablehnte. Daron wird dadurch nicht geändert, daß das Oberverwaltungsgericht die Amtsentsetzung eines Gemeindevorstehers zu hoch, weil dieser Sozialdemokrat war, oder daß Herr Bülow am 19. Januar entgegen der von ihm beschworenen Verfassung im Abgeordnetenhaus in seinem Sirenenlied an die

Konserverfabrik erklärte, Sozialdemokraten dürften keine Beamten sein. Das Oberverwaltungsgericht überprüfte, daß es durch Annahme dieses Grundgesetzes die Verfassung verletzt und überdies die Beamten so tief beleidigt wie denkbar; denn es erklärt sie dadurch für unfähig, für die Interessen der Allgemeinheit einzutreten.

Vermischtes.

Verzögerung der Auszahlung der für die Hinterbliebenen von Radbod gesammelten Gelder.

Gestern fand in Hamm eine von über 1000 Personen besuchte Versammlung statt, die wiederum Protest gegen die Verzögerung der Auszahlung der sogenannten Kronprinzenspende für die Hinterbliebenen von Radbod erhob. An der Versammlung nahmen auch viele Witwen verunglückter Vergleute teil. Die Versammlung sandte ein Telegramm an den Kronprinzen, er möge die Auszahlung der Gelder veranlassen.

Fünf Menschen bei einem Brande getötet.

Aus Mülhausen (Lothringen) wird gemeldet: Bei einem Brande, der in der gestrigen Nacht die Dorfschenke von Effelder auf dem Giesfeld einäscherte, wurden durch Einfürzen der Dede des Torweges fünf Menschen getötet, darunter drei Familienväter.

Ueber Störungen im Telegraphendienst wird aus Reichenbach (Schlesien) berichtet: Durch eingediebt Eisablagerungen auf den Telegraphendrähten infolge starken Raufrostes sind in der letzten Nacht auf den Strecken Reichenbach-Peterswaldau und Langenbielau-Oberlangenbielau die Drähte gerissen und die Stangen gebrochen. Der Fernsprechverkehr ist auf beiden Strecken gestört. Unter Zuziehung von Hilfskolonnen aus Breslau hofft man, den Verkehr bis morgen abend wieder herzustellen.

Die aus dem Kindesunterschiebungssproch bekannte Gräfin Krolewa-Besierska auf Broblewo ist, wie aus Posen gemeldet wird, am Sonntag in Breslau infolge Herzschlags gestorben.

Schiffsunfall im Hamburger Hafen. Nach einer Meldung aus Hamburg rannte infolge starken Nebels im Hafen und auf der Unterelbe der ausgehende Dampfer „Gentz Horn“ und der ankommende Dampfer „Salamanca“ beim Fagenland zusammen. Ersterer sank, während „Salamanca“ anscheinend nur leicht beschädigt wurde. Personen sind nicht verunglückt.

Ueber die Lage im Hochwassergebiet der Elbe und Havel wurde gestern seitens der Igl. Wasserbauinspektion in Rathenow folgender amtlicher Bericht veröffentlicht: Die Eisbrecher auf der Elbe passierten am Sonntagnachmittag die Havelmündung. Infolge des Eisauflaufs ist in der Havel Strömung zu Tal eingetreten. Der Wasserstand der Havel bei Havelberg betrug heute vormittag 4,18 Meter, der Wasserstand der Elbe bei Domnühlensholz 4,07 Meter. Gestern vormittag haben die Eisbrecher der Strombauverwaltung Neutreiben erreicht.

Erdbeben in Spanien. Ein Telegramm aus Madrid meldet: Aus Elche werden mehrere Erdstöße gemeldet. Die in den Kirchen versammelte Menge flüchtete, wobei eine Anzahl Personen, unter ihnen Frauen und Kinder, verletzt wurden.

Ueber eine Schiffskatastrophe

wird unterm 21. Februar von Buenos Aires gemeldet: Der Fracht- und Passagierdampfer „Presidente Roca“ ist auf der Fahrt von Süd-Argentinien hierher zwischen San Antonio und Puerto Madrin bei der Halbinsel Voldez in Brand geraten und untergegangen. Man glaubt, daß alle Passagiere und die ganze Besatzung, zusammen 200 Personen, um Leben gekommen sind.

Eingegangene Druckschriften.

Der „Jüdische Postillon“ (Nr. 5), Verlag M. Ernst, München, ist soeben erschienen. Das Titelbild „Nach dem Jähling“ stellt den Reichsschatzmeister Sydow mit dem deutschen Reichel am Morgen des Wäckermittwochs dar; Sydow spricht: „Reichel, ich will, der Jähling mit seinen Mitteln in der Hand, sich um die Wäckermittwochs und da brauche ich nicht den Wäckermittwochs.“ Weitere drei Wäckerbilder behandeln die wackelige Situation des Reichsschatzmeister Sydow. Aus dem textlichen Teile heben wir hervor: Aus der Welt vorgeht. — Karrenlied. — Der Postillon auf der Reiboute. — Bülow's letztes Stillein. — Eduards Eingug. — Der ausfallende Postillon. — Bilder.

Die Entwicklung der gewerblichen Löhne seit der Begründung des Deutschen Reiches von Dr. A. Kuczynski. Brosch. 2 M. G. Reimer, Berlin, Lützowstr. 107/108.

Wieland u. Sohn. Schauspiel von R. v. Erdberg. 2 M. A. Curtius, Berlin W. 35.

Eugenlopbie der modernen Kriminalistik. Die Kriminalpolizei und ihre Hilfswissenschaften. Von Nicolo-Ardenano. 20 M., geb. 23 M. Dr. A. Langenscheidt, Groß-Lichterfelde.

Der Dionysos. Nr. 32. Darwin-Kammer. Blätter des Deutschen Rosenbundes. 30 Pf. Selbstverlag, Berlin W. 57.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthaus-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch; Futur minimal, Geschäft ruhig, Preise fest unbedändert. Wild: Futur minimal, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel: Futur mäßig, Geschäft lebhaft, Preise festbediegend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unbedändert. Gemüse, Obst und Sädfrüchte: Futur mäßig, Geschäft mäßig, Preise wenig bedändert.

Wetterungsbericht vom 22. Februar 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. d. 8 Uhr	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. d. 8 Uhr
Emmenbe	774.50		2bedekt	-0	Saparanda	776.50		Rebel	-12		
Camburg	775.50		1Rebel	-3	Petersburg	770.50		1bedekt	-7		
Berlin	774.50		2bedekt	0	Schwiz	771.50		3wolllig	8		
Frankf.a.M.	775.50		3bedekt	-1	Aberdeen	773.50		2heiter	4		
München	774.50		2bedekt	-5	Bari	774.50		2wolllig	-2		
Wien	773.50		2wolllig	-7							

Wetterprognose für Dienstag, den 23. Februar 1909. Klär, trocken und vielfach heiter, zeitweise neblig bei mäßigen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 21. 2. 20. 2.		am 21. 2. 20. 2.		
	am	seit	am	seit	
Premer, Mühl	153	-1	Saale, Großhly	115	-6
Premer, Jüterburg	153	-1	Havel, Spandau	71	-7
Premer, Thorn	90	-14	Havel, Potsdam	138	0
Oder, Nalbor	88	-5	Spreew., Spreemburg	94	-2
„ Trofen	183	-10	„ Beestow	96	+2
„ Frankfurt	236	-11	„ Witten	54	-5
„ Schrum	68	-4	„ Rindon	33	-13
„ Landsberg	75	-4	„ Rhein, Weymüllandau	227	-1
„ Borsdam	116	-7	„ Ansb	110	-2
„ Elbe, Litzmerz	44	-6	„ Rön	112	-6
„ Dresden	154	-4	„ Neud., Pilsbrom	38	-2
„ Barch	142	-17	„ Rön, Wertheim	148	-7
„ Magdeburg	120	-16	„ Rojei, Trier	59	-2

+) bedeutet Hoch, -) Tief. — ?) Unterpegel. — ?) Hochstand. ?) fast eisfrei. — ?) Schwaches Grundeis.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1229. Charitéstraße 2. Hof III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 21. Februar, abends 6 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12:

Versammlung der Chirurgischen Branche.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Agitationskommission und Neuwahl derselben. 2. Bericht des Arbeitsvermittlers und Neuwahl desselben. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 8:

Branchen-Versammlung der Drahtarbeiter Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Galda. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

Graveure, Biseleure!

Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45:

Versammlung.

Achtung! Achtung! Die nächste ordentl. Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin findet am 4. April d. J. statt. Anträge hierzu müssen spätestens bis zum 7. März bei der Verwaltung eingereicht sein.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Schmiede

Zahlstelle Berlin. Bureau: Straßener Straße 48. Telefon: Amt I. 7770.

Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Große ordentliche General-Versammlung in Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstr. 35.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1908. 2. Jahresbericht der Ortsverwaltung und sämtlicher Körperschaften. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung und sämtlicher Körperschaften. 4. Anträge und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Kollegen! In Anbetracht der Wichtigkeit vorstehender Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen unbedingt erforderlich.

Bitte aller Kollegen ist es, für einen vollständigen Besuch dieser wichtigsten Versammlung des ganzen Jahres Sorge zu tragen.

Mit Gruß Die Ortsverwaltung.

Achtung! Vereine, Gewerkschaften! Voigts Krampenburg, Berliner Alpen.

gegenüber von Schmiedew. am Fuße der Müggelberge, inmitten der drei herrlichsten märkischen Seen gelegen.

Größtes Ausgabelokal. Aussichtsturm mit herrlicher Fernsicht auf das ganze Talgebiet. Zur Unterhaltung der Kinder: Kasperle-Theater und Eselgespann kostenlos. — Zwei Wälschläge zu Dampfperipartien erhalte die gerichten Vorstände um baldige Werbung; komme auf Wunsch auch ins betreffende Sitzungslokal.

Hochachtungsvoll Robert Voigt.

Tel.: Amt Köpenick Nr. 227.

MANOLI Cigarettes

Abbas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.

Reichel's echter Wacholder-Extrakt

Marks „Medico“

wird mit vielseitigem Erfolge gegen Rheumatismus, Gicht, Nephritis, Hämorrhoiden, Magenischämie, Frauenleiden, Blasen- und Nierenleiden, Gichtleiden, Asthma u. gebraucht, in kleinen Dosen auf Brust und Lunge, treibt Erkältungen aus dem Körper, regt Appetit u. Verdauung an und ist ein Blutreinigungsmittel sondersguten Wirkens. Unvergleichlich für alle Teile des Organismus wohlthätigen Wirkung. Tausende verdanken ihm ihre Gesundheit! Garantiert rein und unverfälscht nur in Flaschen mit Marke „Medico“ à 75 Pf., 1.50 und 2.50, große Flasche M. 6.—, einzig echt von

Otto Reichel, Berlin SO. 43, F.-Anschlöße Eisenbahnstr. 4. IV. 4751, 4752, 4753. So in den Drogerien und Apotheken nicht erhältlich, hier frei Haus.

Warnung: Man verlange ausdrücklich Marke „Medico“ und nehme keinesfalls andere Fälschungen.

Carmen Sylva Cigaretten

Beste Qualitäten

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabako.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 67341*

Am 4. 3014.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter Ortsverwaltung Berlin.

Geschäftsstelle Berlin O. 54, Mulackstr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518

Gruppen-Versammlungen: Fahrpersonal,

Fahrer, Mitfahrer, Reservefahrer, Stallente u. Hofarbeiter

Mittwoch, den 21. Februar, abends 7 1/2 Uhr, bei Vocker, Weberstr. 17.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Die geplanten Steuererhöhungen der Klassen. Referent: Landtagsabg. Genosse Ströbel. 2. Wahl der Gruppenleitung. 3. Verschiedenes.

Maschinisten, Heizer, Handwerker und deren Hilfsarbeiter

Mittwoch, den 21. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3.

Tagesordnung: 1. Wahl der Gruppenleitung. 2. Verschiedenes. Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert zum Eintritt.

Flaschenkeller- und Weißbier-Brauereiarbeiter

Freitag, den 26. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, großer Saal.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Störmer über: Der Kampf zweier Welt- und Lebensanschauungen. 2. Wahl der Gruppenleitung. 3. Verschiedenes.

Brauer und Brauereihilfsarbeiter

Sonntag, den 28. Februar, nachmittags 2 Uhr, in Freyer's Festsaal, Köpenicker Str. 29, kleiner Saal, 2 Tr.

Tagesordnung: 1. Vortrag 2. Wahl der Gruppenleitung. 3. Diskussion über den Geschäftsbericht. 4. Verschiedenes.

Kollegen! In diesen Versammlungen werden die Gruppenleitungen gewählt. Es ist darum Pflicht eines jeden Mitgliedes, in diesen Versammlungen zu erscheinen.

Kollegen! Agitiert tatkräftig für starken Besuch dieser Versammlungen! Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltung Berlin.

Die Jahresberichte für das Jahr 1908 sind erschienen. Die Verhaltens-Berichtende können dieselben unter Vorzeigung der Vertrauensmännerkarte für ihre Kollegen vom Bureau abholen.

Für die ausgestellten Mitgliedsbücher können die Kollegen Futterale zum Preise von 10 Pf. von den Beitragsanjahlern beziehen.

Das diesjährige Winterfest findet am Sonnabend, den 6. März, in der „Neuen Welt“ statt. Glückwünsche sind bei den Beitragsanjahlern und im Bureau zu haben.

Dr. Hehler, Treppengeländer- und Luxurmöbelbranche.

Mittwoch, 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Vocker, Weberstr. 17:

Außerord. Vertrauensmänner-Versammlung.

Da wichtige Angelegenheiten auf der Tagesordnung stehen, muß an jeder Werkstatt jede Branche vertreten sein!

Bürsten- und Pinselmacher.

Mittwoch, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Preuss, Olfseben-Rudolfstr. 65:

Versammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die Entstehung der Goldarbeiter“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.

Bodenleger.

Mittwoch, 21. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Parteileiter-Konferenz. 2. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Perlmutter-, Horn- u. Steinmaß-Arbeiter.

Mittwoch, 21. Februar, abends 6 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend), im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 5:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Leopold über: „Arbeitslosenversicherung“. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Branchenangelegenheiten. 79/13

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Wegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Ermäßigung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Salbe. Der Schmerz ist in 5 Minuten fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Groß-Apothek, Barnimstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 110/1*

Für Wöchnerinnen

wird von ärztlichen Autoritäten HYGIOPON, das neue, auf elektrischem Wege hergestellte Eisenpräparat, als hervorragendes blutbildendes Kräftigungsmittel warm empfohlen. HYGIOPON regt den Appetit intensiv an und stärkt die Nerven. — Originalflaschen M. 1.75 und M. 3.— in den Apotheken erhältlich.

Generaldepot für Deutschland: Dr. Wasserzug, Frankfurt a. M., Theaterpl. 1.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Otto Dinkel

am 20. Februar gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 79/14 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.

Für die zahlreiche Beteiligung und Kräftigung bei der Beerdigung unseres im geliebten Sohnes Bruders und Schwagers Hermann Carlsson, sagen wir unseren tiefgefühlten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen 11415/1 E. Heinzig und Frau.

Dankfagung.

Für die zahlreiche Beteiligung sowie Kräftigung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines treuen fürsorgenden Vaters, des Zimmerers

Karl Paeglow

sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere der Direktion und den Mitarbeitern der Schlichter-Brauerei unseren herzlichsten Dank. 11425 Witwe Paeglow nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die Kräftigung bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. 11426 Witwe Paeglow nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die Kräftigung bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. 11426 Witwe Paeglow nebst Kindern.

Hugo Schwabe und Kinder.

Bekanntmachung.

Am Sonnabend, den 13. März er., findet in unserem Geschäftsal Weihenfer, Langhausstr. 100, die

General-Versammlung

statt. 103/17

Tagesordnung: 1. Berichterstattung des Vorstandes sowie des Aufsichtsrates über das Geschäftsjahr 1907—1908.

2. Genehmigung der Bilanz.

3. Entlastung des Vorstandes sowie des Aufsichtsrates.

4. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates.

5. Abänderung des § 28 des Statuts.

6. Verschiedenes.

Genossenschaftslehre Weidensee

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Der Vorstand. D. Beckerling, Fr. Baumann.

BÖHMISCHES BRAUHAUS

Unsere echten Biere sind überall zu haben. In Flaschen à 10 Pf. In Kannen u. Syphons Lit. 35 Pf. Wo nicht, dann direkt durch uns NO. 19. Tel. VII, 1670, 2088, 3128.

1908er Segekhüner

anerkannte feinstgige Eierleger der Welt. Ital. Rasse, weiß, gelb, garantiert lebende Ankunft, franco überall p. Nachnahme: 12 St. m. Bahn 22.50 M., 6 St. mit Hahn 13.50 M. Kuhmilch-Naturbutter per 10 Pf. -Stück franco 7.75 M. H. Kaphan, Buczarz 6, via Myslowitz (Schlesien). 258/11

Kaiser's Brust-Caramellen 5500

not begl. Zeugnisse verbürgen die sichere Wirkung bei

Husten

Heiserkeit, Katarrh, Keuchhusten. Paket 30 Pf. Kaiser's Brust-Extrakt Flasche 90 Pf.

Zu haben in Apotheken u. Droger.

Stempel-Fabrik von 56342*

Robert Hecht, Berlin S., Cranichstr. 112, liefert schnell und billig alle Arten

Stempel in bester Ausführung.

Kautschuk-Typen „Perfekt“ zum Zusammenlegen einzelner Blätter sowie ganzer Cöde von 1.50 M. an

H. Pfau, Bandagist

Berlin, Direksenstraße 20

zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Veltjeprähidium. — Amt VII, 13799.

Für Damen weibliche Bedienung. *Referent für alle Krankenkassen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis

Landesberger Viertel. Bezirk Nr. 357, Teil II.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schlosser

Reinhold Nadeborn

Bornsdorfer Straße 54 gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 215/20 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Todes-Anzeige.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter

Albert Zwirner

(3. Bezirk) 234/8

gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Kaiser-Friedrich-Straße 236 aus nach dem Rixdorfer Friedhofe statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Todes-Anzeige.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter

Albert Zwirner

(3. Bezirk) 234/8

gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Kaiser-Friedrich-Straße 236 aus nach dem Rixdorfer Friedhofe statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter

Albert Zwirner

am 21. Februar gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Kaiser-Friedrich-Straße 236 aus nach dem Rixdorfer Gemeindefriedhof am Mariendorfer Weg statt. Um rege Beteiligung ersucht 79/15 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin I.

Todes-Anzeige.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Eduard Mittmann

Mitglied seit 24. 5. 03, am 20. d. Mts. an Nieren- und Herzleiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Kadernann-Richthofes in Reinickendorf, Berliner Straße 17, aus statt.

Ihr gef. Beachtung! Die Beerdigung des Kollegen

Edmund Beuthan

ist, wie bekanntlich in der Sonntagnummer berichtet wurde, noch nicht erfolgt, sondern findet heute Dienstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes, Friedrichsfelde, aus statt. Um rege zahlreiche Beteiligung ersucht 65/18 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Berlin I.

Todes-Anzeige.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Eduard Mittmann

Mitglied seit 24. 5. 03, am 20. d. Mts. an Nieren- und Herzleiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Kadernann-Richthofes in Reinickendorf, Berliner Straße 17, aus statt.

Ihr gef. Beachtung! Die Beerdigung des Kollegen

Edmund Beuthan

ist, wie bekanntlich in der Sonntagnummer berichtet wurde, noch nicht erfolgt, sondern findet heute Dienstag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes, Friedrichsfelde, aus statt. Um rege zahlreiche Beteiligung ersucht 65/18 Die Ortsverwaltung.

Statt besonderer Anzeige!

Hiermit allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, mein guter Vater, Bruder, Schwager und Sohn

Hermann Piefke

im Alter von 44 Jahren am Sonntag plötzlich (sonst unglücklich) ist.

Elisabeth Piefke und Tochter Lydia.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Staaken aus statt. 2292

Dankfagung.

Für die rege Teilnahme und die zahlreichen Kräftigungen bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schlossers

Max Scholz

sage ich allen meinen herzlichsten Dank

Witwe Minna Scholz.

